

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der Weg
der Deutschen
in die
NWO-Diktatur**

Sonderheft Nr. 37



Der Weg der Deutschen in die NWO-Diktatur

Sonderheft Nr. 37

Die deutsche NWO-Diktatur

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Die Freimaurer prägten seit dem 18. Jahrhundert alle bedeutenden Geschehnisse der Weltgeschichte	2-4
Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die von den NWO-Strategen systematisch geplante und realisierte Diktatur in Deutschland	4-96
Schlußbemerkungen	97-98
Hinweise für den Leser	99
Quellen- und Literaturnachweis	

Die Freimaurer prägten seit dem 18. Jahrhundert alle bedeutenden Geschehnisse der Weltgeschichte

Diktatur ist eine Staatsmacht, die sich unmittelbar auf die Gewalt stützt.

Lenin, eigentlich Wladimir I. Uljanow (1870-1924, russischer Politiker)

Obleich die freimaurerische Geschichtsschreibung alle politischen, revolutionären oder kriegerischen Handlungen leugnete, wurden seit dem 18. Jahrhundert fast alle bedeutenden Geschehnisse der Weltgeschichte von den geheimen Freimaurerlogen entscheidend beeinflusst und geprägt.

In zahlreichen Ländern, wie z.B. in Nordamerika, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Polen, Griechenland, Südamerika und in Rußland, beteiligten sich später die Freimaurer maßgeblich direkt oder indirekt an fast allen gewalttätigen Revolutionen und kriegerischen Auseinandersetzungen des 18., 19. und 20. Jahrhunderts.

Seit Gründung des Freimaurerordens gab es für die Freimaurer eigentlich nur ein Ziel: Beständig und unaufhörlich geistige, wirtschaftliche und politische Revolutionen sowie kriegerische Auseinandersetzungen zu planen, zu organisieren, zu finanzieren und durchzuführen.

Die Französische Revolution im Jahre 1789 wäre ohne aktive Beteiligung der französischen Freimaurer nicht möglich gewesen. Nicht umsonst wurden während der Französischen Revolution öffentlich die sogenannten Ideale der Freimaurerei ("Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit") gefordert.

Der revolutionäre Fanatismus und die Brutalität der Jakobiner, sämtliche Lebensbereiche zu politisieren und die radikale Unterdrückung des Christentums sowie die systematische Unterwanderung der katholischen Kirchenführung, kündigten damals bereits die geheimen Ziele des geplanten totalitären Weltstaates der Freimaurer an.

Auch die bolschewistische Oktoberrevolution in Rußland im Jahre 1917 wurde von den Freimaurern siegreich vollzogen. Lenin und Trotzki, die Hauptanführer der russischen Revolution, waren nicht nur fanatische Kommunisten, sondern auch leidenschaftliche Freimaurer.

Sie gehörten dem 33. Freimaurergrad des sog. Schottischen Ritus an.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen des Ersten und Zweiten Weltkrieges wurden ebenfalls maßgeblich von den Freimaurern geplant, organisiert, finanziert und durchgeführt.

Der angebliche Kampf der Freimaurer um Freiheit, Gleichheit, Humanität, Brüderlichkeit und Toleranz für alle Menschen forderte schließlich **von 1914 bis 1945 weltweit mindestens 73 Millionen Kriegstote und ein Millionenheer von physisch und psychisch traumatisierten Kriegsversehrten.**

Infolge des Ersten Weltkrieges (Menschenverluste des Ersten Weltkrieges = mindestens 18 Millionen, davon waren 1,8 Millionen deutsche Soldaten und 1,1 Millionen deutsche Zivilisten) und im Verlauf des Zweiten Weltkrieges (Menschenverluste des Zweiten Weltkrieges = mindestens 55 Millionen, davon waren 5,9 Millionen deutsche Soldaten und 8,0 Millionen deutsche Zivilisten) starben insgesamt mindestens 16,8 Millionen Deutsche.

Die religiösen und weltlichen Terrororganisationen strebten seit jeher die totalitäre Herrschaft an. Diese globalen Terrororganisationen verfügten bereits seit dem 18. und 19. Jahrhundert über effektive Geheimgesellschaften, mildtätige Organisationen und sonstige gemeinnützige Service Clubs:

Freimaurer, gegründet 1717,

Komitee der 300, gegründet 1729,

Rosenkreuzer, gegründet 1760,

Illuminaten, gegründet 1776,

Mafia, gegründet 1800,

Skull & Bones, gegründet 1832,

B'nai B'rith, gegründet 1843,

Rotes Kreuz, gegründet 1863/64,

Ku-Klux-Klan, gegründet 1865,

Propaganda Due (P2), gegründet 1887,

The Round Table, gegründet 1891,

Rotary International, gegründet 1905,

Federal Reserve System (Fed, privates US-Notenbanksystem), gegründet 1913,

Kiwanis International, gegründet 1915,

Lions Club International, gegründet 1917,

Völkerbund, gegründet 1919,

Council on Foreign Relations", gegründet 1921,

Opus Dei, gegründet 1928,

UNO bzw. Vereinte Nationen, gegründet 1945,

United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), gegründet 1945,

Internationaler Währungsfonds (IWF), gegründet 1945,

Internationale Arbeitsorganisation (IAO), gegründet 1946,

United Nations International Children's Emergency Fund (UNICEF), gegründet 1946,

Tavistock Institute of Human Relations (TIHR), gegründet 1947,

World Health Organization (WHO), gegründet 1948,

NATO, gegründet 1949,

Bilderberger, gegründet 1954,

EWG bzw. EU, gegründet 1957,

Amnesty International, gegründet 1961,

World Wide Fund for Nature (WWF), gegründet 1961,

Club of Rome, gegründet 1968,

Rote Armee Fraktion, gegründet 1970,

Médecins sans Frontières (MSF) bzw. Ärzte ohne Grenzen e.V., gegründet 1971,
Trilaterale Kommission, gegründet 1973,
Greenpeace, gegründet 1975,

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), gegründet 1975,
Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU), gegründet 1990.

Diese Geheimorganisationen, mildtätigen Organisationen und sonstigen gemeinnützigen Service Clubs sowie die Familien Rothschild, Rockefeller und weitere superreiche Sippen prägten seit jeher sämtliche wesentlichen Entscheidungen der Weltpolitik.

Die Geheimgesellschaften rekrutierten zunächst in erster Linie einflußreiche Führungspersönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Militär, um ihre politischen Ziele durch gezielte Einflußnahme und Unterwanderung zu realisieren.

Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die von den NWO-Strategen systematisch geplante und realisierte Diktatur in Deutschland

Im Jahre 1950 kehrten die deutschen Philosophen und Soziologen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen NWO-Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung, um die planmäßige Umerziehung der Deutschen fortzusetzen. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die "68er Bewegung" und "Die Grünen".

Das Internetportal "Wikipedia" berichtete später über die Frankfurter Hefte, die seit April 1946 in Frankfurt erschienen (x1.003/...): >>... Die nach ihrem Verlagsort benannten *Frankfurter Hefte* wurden 1946 als monatlich erscheinende *Zeitschrift für Kultur und Politik* (so der Untertitel) gegründet. Gründer waren der Sozialwissenschaftler Eugen Kogon und der Publizist Walter Dirks, die auch als Herausgeber auftraten, sowie der spätere Fernsehdirektor des Bayerischen Rundfunks und Präsident der Hochschule für Fernsehen und Film München Clemens Münster und der Journalist und Übersetzer Walter Maria Guggenheimer.

Politisch orientierte sich die Zeitschrift am Ideal des christlich-demokratischen Sozialismus, das sie in der deutschen Nachkriegsgesellschaft einbringen wollten. Kogon und Dirks hatten 1945 die "Frankfurter Leitsätze" verfaßt, auf denen das Gründungsprogramm der hessischen CDU basierte, das - ähnlich wie das bekanntere Ahlener Programm in Nordrhein-Westfalen - unter Berufung auf die katholische Soziallehre eine Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und weitgehende Mitbestimmung forderte.

Nachdem sich diese Ideen innerhalb der CDU jedoch nicht durchsetzten, wandten Kogon und Dirks sich bald wieder von der Partei ab. Statt dessen verfolgten die Herausgeber mit den *Frankfurter Heften* fortan das Ziel einer kritischen Kulturzeitschrift, die auch breitere Leserkreise ansprechen und u.a. für die Ideen des christlichen Sozialismus gewinnen sollte.

Im Laufe der Zeit entwickelte die Zeitschrift jedoch ein breiteres Profil und wurde eine der wichtigsten Zeitschriften der frühen Bundesrepublik; Ernst-Otto Czempel bezeichnete sie als "intellektuelle Agora der Bundesrepublik", in der jeder schrieb, der "Rang und Namen hatte".

Die erste Ausgabe erschien im April 1946, die letzte 1984. Der Preis betrug am Anfang 2 Reichsmark (RM), am Ende 9 Deutsche Mark (DM). Die Zeitschrift war mit einer *Military Government Information Control License Nummer* ausgestattet, der US-W-2010. Die stärkste Verbreitung fand die Zeitschrift zwischen 1946 und 1950, als sie eine Auflage von 50.000 bis 75.000 Exemplaren erreichte.

Thematische Schwerpunkte waren:

- Rolle, Aufgabe und Probleme von Publizisten
- Christentum, Kirche und Leben
- Sozialismus und Marxismus (Vereinbarkeit von Freiheit und Christentum, Idee des christlichen Sozialismus)

- Betrachtungen theoretischer/politischer Natur zu Rußland und den USA (Modell und System)

- Schule, Bildung, Hochschule

- Literatur: Neubetrachtungen von Belletristik, Sachbücher, Neuerscheinungen ...

Bei der zweiten Bundestagswahl 1953 hatte die SPD eine schwere Niederlage hinnehmen müssen; während das rechte bzw. "bürgerliche" Lager über 60 % der Stimmen erhielt, kam die SPD lediglich auf 28,8 %.

Insbesondere die von Kanzler Konrad Adenauer geführte CDU/CSU konnte sich mit 45,5 % stark von der 1949 noch fast gleich starken SPD absetzen und verfehlte die absolute Mehrheit nur um einen Sitz.

In dieser Situation gründeten sozialdemokratische bzw. der SPD nahestehende Intellektuelle eine Zeitschrift, in der u.a. theoretisch-programmatische Vorschläge diskutiert werden sollten, um die noch primär als traditionelle Arbeiterpartei wahrgenommene Partei stärker in die Mitte der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft zu rücken und für bürgerliche Wählerschichten attraktiver zu machen; dazu gehörte u.a. die Annäherung an die Kirchen. Gründungsherausgeber der im zweimonatlichen Rhythmus erscheinenden *Neuen Gesellschaft* waren der Staatsanwalt Fritz Bauer, der später die ab 1963 stattfindenden Ausschwitzprozesse organisierte, der spätere Initiator des Godesberger Programms Willi Eichler, der zu den "Vätern des Grundgesetzes" zählende Staatsrechtler Carlo Schmid sowie der Soziologe Otto Stammer.

Erster Chefredakteur ab 1954 war der spätere SPD-Bundestagsabgeordnete und Politikwissenschaftler Ulrich Lohmar, zu dieser Zeit Assistent des Soziologen Helmut Schelsky und Bundesvorsitzender des damals noch SPD-nahen SDS. 1968 folgte ihm der Stern-Redakteur Leo Bauer, der - ebenfalls SPD-Mitglied - Berater Willy Brandts bei der neuen Ostpolitik war. Bauers Nachfolger von 1972 bis 1982 war Herbert Wehner sowie ab 1983 Peter Glotz, in dessen Anfangszeit die Übernahme der *Frankfurter Hefte* fiel (1985).

Glotz blieb bis zu seinem Tod 2005 Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung läßt die alten der Ausgaben der *Neuen Gesellschaft* digitalisieren; die bisher erfaßten Exemplare sind momentan (Stand Januar 2014) nur aus dem Intranet der Stiftung erreichbar. ...<<

Die evangelisch-lutherische "Kommunität St. Michael" berichtete auf ihrer Webseite "www.stmichael-online.de" über den Niedergang des Christentums (x1.007/...): >>**Der Antichrist**

Die letzte Zeit des Kirchenjahres hat ein großes Thema: das Ende der Welt und das Wiederkommen Jesu Christi. Es ist gut, sich bei Predigten an die Themenkomplexe des Kirchenjahres zu halten. So besteht nicht die Gefahr, Wichtiges zu vernachlässigen und eigene Lieblingsthemen überzubetonen. Zudem darf man das Thema "Endzeit" nicht Sektierern überlassen.

Über die letzte Zeit liest man in der Bibel "Unerfreuliches": Kriege, Seuchen, Christenverfolgung, Verführung zum Abfall vom Glauben, das Aufhören der Liebe ... Heute wollen wir einen Punkt herausgreifen: den "Menschen der Bosheit", den "Sohn des Verderbens", den "Widersacher, der sich erhebt über Gott und den Gottesdienst, der sich in das Haus Gottes setzt und behauptet Gott zu sein", "der mit Macht und großer Kraft auftreten wird" - heute würden wir sagen "voller Power" - "und mit Zeichen und Wundern und durch süße Worte und prächtige Reden die Herzen der Ahnungslosen zur Ungerechtigkeit verführen wird: **der Anti-Christus** (bzw.: Antichrist oder Antichristus)

Das Thema "Anti-Christus" wird in der gegenwärtigen evangelischen Kirche offenbar gemieden. In den Predigttext-Ordnungen unserer Kirche kommen leider kaum Texte vor, die vom Anti-Christus handeln. Matthäus 24, 15-28 war bis vor einiger Zeit das in der Evangelischen Kirche verlesene Evangelium des Drittlezten Sonntages im Kirchenjahr. Bis zur letzten großen Reform der Textordnungen für den Gottesdienst stand dieser Sonntag also geradezu unter dem Thema "Das Kommen des Anti-Christus".

Nach der letzten Reform ist dieser Text samt allen Paralleltexten ganz weggefallen. Dem Teufel hat man damit einen guten Dienst getan: Der Anti-Christus wird kommen, ohne daß die Gemeinden durch entsprechende Predigten vorgewarnt sind. Es werden die Herzen der *Ahnungslosen* sein, die von Jesus Christus weggedreht werden. Der Teufel hat zwei Dinge besonders gern: wenn *gar nicht* über ihn und seine Werke geredet wird bzw. wenn *nur noch* darüber geredet wird.

Es könnten der Einwand vorgebracht werden:

1. Sind bei diesem Stoff nicht viel zu viele Dinge reine Spekulation?

2. Ist der Anti-Christus nicht als Thema zu schwierig?

Dazu ist zu sagen: Es gibt erstens viele Stellen in der Heiligen Schrift, die klar und deutlich über den Anti-Christus sprechen, so daß wir hier nicht auf reine Spekulationen angewiesen sind.

Zweitens gehörte schon in der Alten Kirche die Kenntnis der Lehre vom Anti-Christus zu den grundlegenden Dingen, die sogar schon den Taufbewerbern beigebracht wurden. Den Leuten, die sich auf die Taufe vorbereiteten, wurden in der Alten Kirche viele wichtige Dinge des christlichen Glaubens wie zum Beispiel der Text des Vaterunsers und die Belehrung über das Heilige Abendmahl aus Gründen der Geheimhaltung erst nach der Taufe beigebracht. So sollte verhindert werden, daß man sie mißversteht und Schindluder damit treibt. Die Lehre vom Anti-Christus gehörte aber *nicht* dazu zu diesen Lehren. Bischof Cyrill von Jerusalem - er lebte um 350 n. Chr. - mahnte seine Taufbewerber:

Sei also standhaft, o Mensch! Du weißt von den Wundertaten des Antichrist. Nicht nur für dich allein denke daran, berichte darüber vorbehaltlos allen! Hast du ein leibliches Kind, unterweise es bereits (als Kind) darin.

Die Zeiten haben sich geändert. Heute werden die heiligsten Dinge oft wie Perlen vor die Säue gestreut. Dinge aber, die die Alte Kirche der Geheimhaltung nicht wert achtete, werden verschwiegen. Die Lehre vom Anti-Christus ist aber kein Wissen Privilegierter, das geheim bleiben soll.

Selbstverständlich wird es hier heute keine umfassende Belehrung zu dem Thema geben können. Wir werden viele Dinge nur kurz streifen können und auch nur einige der zahlreichen Bibelstellen zum Thema ansprechen können.

2. Thessalonicher 2, 1-12 ist gewiß eine der wichtigsten Bibelstellen zum Anti-Christus:

Wir bitten euch aber, Brüder, wegen der Ankunft unseres Herrn Jesus Christus und unserer Vereinigung mit ihm, daß ihr euch nicht schnell in eurem Sinn erschüttern, auch nicht erschrecken laßt, weder durch Geist noch durch Wort noch durch Brief, als (seien sie) von uns, als ob der Tag des Herrn da wäre.

Daß niemand euch auf irgendeine Weise verführe! Denn (dieser Tag kommt nicht), es sei denn, daß zuerst der Abfall gekommen und der Mensch der Gesetzlosigkeit geoffenbart worden ist, der Sohn des Verderbens; der sich widersetzt und sich überhebt über alles, was Gott heißt oder Gegenstand der Verehrung (ist), so daß er sich in den Tempel Gottes setzt und sich ausweist, daß er Gott sei. erinnert ihr euch nicht, daß ich dies zu euch sagte, als ich noch bei euch war?

Und jetzt wißt ihr, was zurückhält, damit er zu seiner Zeit geoffenbart wird. Denn schon ist das Geheimnis der Gesetzlosigkeit wirksam; nur (offenbart es sich nicht), bis der, welcher jetzt zurückhält, aus dem Weg ist; und dann wird der Gesetzlose geoffenbart werden, den der Herr Jesus beseitigen wird durch den Hauch seines Mundes und vernichten durch die Erscheinung seiner Ankunft; ihn,) dessen Ankunft gemäß der Wirksamkeit des Satans erfolgt mit jeder Machttat und mit Zeichen und Wundern der Lüge und mit jedem Betrug der Ungerechtigkeit für die, welche verloren gehen, dafür, daß sie die Liebe der Wahrheit zu ihrer Errettung nicht angenommen haben. Und deshalb sendet ihnen Gott eine wirksame Kraft des Irrwahns,

daß sie der Lüge glauben, damit alle gerichtet werden, die der Wahrheit nicht geglaubt, sondern Wohlgefallen gefunden haben an der Ungerechtigkeit.

1. Der Anti-Christus als Ersatz-Christus

Es fällt auf, daß der Begriff "Anti-Christus" hier bei Paulus gar nicht vorkommt. Statt dessen schreibt er vom "Menschen der Bosheit", dem "Sohn des Verderbens", dem "Widersacher", dem "Bösen".

Der Ausdruck "Anti-Christus" taucht aber in einer anderen wichtigen Bibelstellen auf: in 1 + 2 Johannesbrief (eigene Übersetzung):

Kinder, es ist die letzte Stunde! Wie ihr gehört habt, kommt (ein) Anti-Christus. Nun sind schon viele Anti-Christusse gekommen. ... Wer ist ein Lügner, wenn nicht der, der leugnet, daß Jesus der Christus ist. ... ein jeder Geist, der Jesus nicht bekennt, der ist nicht von Gott. Und das ist der Geist des Anti-Christus, von dem ihr gehört habt, daß er kommen wird und er ist jetzt schon in der Welt.

Es ist offensichtlich, daß die Paulus und Johannes beide über dieselbe Person schrieben. Wir lernen hier zwei wichtige Dinge über den Anti-Christus:

1. Schon in neutestamentlicher Zeit kam der antichristliche Geist auf.
2. Es ist das Offenbarwerden eines personenhaften antichristlichen Weltherrschers zu erwarten.

Man muß also unterscheiden zwischen der Vielzahl der seit neutestamentlichen Zeiten auftretenden Anti-Christussen und dem einen kommenden Anti-Christus, der als der letzte und eigentliche Anti-Christus all seine Vorgänger überbietet, dessen Geist aber jetzt schon in ihnen als seinen Vorschattungen wirksam ist.

Nun denkt mancher, daß es nicht schwierig sein wird, wenn jener kommt, ihn zu erkennen und hält es für leicht, den "**Menschen der Gesetzlosigkeit**", den "**Sohn des Verderbens**", den "**Den sich Widersetzenden**" und "**Gesetzlosen**" zu identifizieren. Vielleicht nehmen viele an, daß der Anti-Christus ein atheistischer und bestialisch grausamer Diktator sein wird, der sich unvermittelt auf die Kirche Gottes stürzen wird, um ihr Gewalt anzutun.

Vielleicht denken jene in den Kategorien von Hollywoodfilmen. In denen ist es ja in der Regel leicht, die Bösen und die Guten auseinanderzuhalten. Ist der Böse nicht immer *der* in der dunklen Kleidung mit dem fiesem Grinsen und dem lauernden Blick? Aber das Leben ist nicht wie in Hollywood! Es gibt nicht immer ein Happyend und das Böse ist nicht immer leicht zu erkennen.

Ihr Lieben, laßt euch nicht täuschen. Erwartet nicht die Vergewaltigung der Kirche, sondern ihre Verführung! Jesus Christus und die Apostel warnten immer vor der Verführung der Gemeinde, nicht vor ihrer Vergewaltigung!

Wenn eine Frau vergewaltigt wird, weiß sie genau, daß ihr Gewalt angetan wird, daß ein Verbrechen geschieht und nicht gut ist, was passiert. Läßt sie sich aber durch süße Worte und prächtige Reden zur Hurerei verführen, geschieht das freiwillig und gewollt. Diese Frau ist aus freien Stücken und ohne Zwang einem anderen zu Willen. Sie tut willig, was andere wollen und denkt vielleicht sogar dabei, frei zu sein.

Sind wir darauf vorbereitet, daß die Gemeinde gar nicht vergewaltigt, sondern verführt werden soll? Daß sie nicht gezwungen wird, Gottes Wort und Willen beiseite zu schieben, sondern dazu verlockt wird?

Was also, wenn der "Böse" gar nicht böse aussieht? Der "Feind" wie ein Freund daherkommt? Der "Mensch der Gesetzlosigkeit" uns wie ein Engel des Guten entgegentritt? Der "Sohn des Verderbens" als Retter der Welt gefeiert wird? Dann ist es nicht leicht, den Anti-Christus als den zu erkennen, der er ist.

Aber ist das nicht unwahrscheinlich, daß der Anti-Christus als "Retter der Welt" gefeiert werden wird? Er ist ja schließlich "der Gesetzlose". Ein genaues Betrachten seines Titels "Anti-

Christus" kann uns helfen, sein Wesen und seine verführerische Taktik besser zu verstehen und zu durchschauen. Die griechische Vorsilbe "anti" bezeichnet nämlich gar nicht zuerst eine Feindschaft im Sinne von "dagegen", sondern in erster Linie ein Ersetzen im Sinne von "an Stelle". Etwas Ähnliches haben wir auch in der deutschen Sprache, wenn wir sagen: "Ich tauschte einen Apfel gegen ein Ei." Wir meinen: Ich habe jetzt das Ei anstatt des Apfels.

Es hängt entscheidend viel für das richtige Verständnis des Anti-Christus davon ab, ob wir erkennen, daß "anti" zuerst "anstatt" und erst davon abgeleitet "dagegen" heißt. Recht verstanden ist also der Anti-Christus nicht jemand, der zuallererst gegen Christus ankämpft, sondern jemand, der an Seine Stelle treten und Ihn ersetzen will. Hier wird dann nicht ein Apfel gegen ein Ei getauscht, sondern an Stelle des Christus Jesus von Nazareth will ein anderer der Weg, die Wahrheit und das Leben sein.

Es ist ungeheuer wichtig, das immer im Kopf zu behalten: Der Anti-Christus nicht zuallererst jemand, der gegen Christus kämpft, sondern jemand, der in allen Dingen an Seine Stelle treten und Ihn in jeder Hinsicht ersetzen will.

Haben wir das erst einmal verstanden, können wir alles andere ableiten: Der Anti-Christus wird kommen zu einer Menschheit, die "vergehen wird vor Furcht und in Erwartung der Dinge, die kommen sollen über die ganze Erde (Lukas 21, 26). Er wird den verstörten und verängstigten Völkern, die in ihrer Ausweglosigkeit quasi zusammengepreßt werden (Lukas 21, 25): einen Ausweg und Heil, Glück, Rettung und Wohlstand im Sinn versprechen. Gewiß wird er bei der Verwirklichung seiner Verheißungen sicher auch hier und da einige Erfolge vorweisen können und schließlich als Retter der Erde und Weltheiland verehrt und angebetet werden.

Laßt uns also nicht nach einem blutrünstigen christenfressenden Monster ausschauen, das urplötzlich auftaucht und wie aus heiterem Himmel die Kirche verfolgt. Er wird nicht aggressiv, sondern mit dem frommen, erhabenen Gehabe eines Retters, im Glanz der Toleranz und Humanität, angeblich Liebe und Fürsorge hegend, auftreten. Er wird auch kein atheistischer Diktator sein, sondern Religion und Politik so verquirlen daß man eines vom anderen nicht mehr unterscheiden kann. Sicher wird er sich sehr religiös gebärden: Auch wenn er sich zwar anmaßt, über Gott und Gottesdienst erhaben zu sein, wird er sich doch aber in das Haus Gottes setzen und sich als Gott verehren lassen.

Die Tendenz seines Wirkens - bewußt oder unbewußt - weist immer dahin, die Herrschaft und Wiederkunft des Christus Jesus von Nazareth als überflüssig und schädlich zu erweisen. Was er verspricht, klingt ausgezeichnet und ist eigentlich unwiderstehlich: eine immer mehr zunehmende Vervollkommnung der Welt, die unter dem Einsatz aller geistigen, moralischen und religiösen Kräfte der ganzen Menschheit erreicht werden kann und wird.

Er wird das Himmelreich auf Erden bauen wollen. Und das ohne den lebendigen Gott und seine Ordnungen. Wenn vor dem Paradies, dem Garten Eden ein Engel steht, der Cherub mit dem flammenden Schwert, um uns Menschen den Zugang zu versperren, dann lautet seine Parole: "Wir bauen uns ein eigenes Paradies ohne Gott und seinen Christus, denn wir wollen nicht, daß dieser über uns herrsche."

2. Der Anti-Christus als Christenverfolger

Freilich: indem der Antichristus den Anspruch erhebt, zu geben, was ausschließlich der Christus Jesus als König, Priester und Prophet geben kann, erweist er sich als Christi Gegner. Der "Ersatz-Christus" ist also in der Tat der "Gegen-Christus", der "andere" Erlöser

Der Antichrist wird gegen den Absolutheitsanspruch Jesu Christi angehen, indem er vor allem gegen die Bekenner dieses Absolutheitsanspruchs Jesu von Nazareth vorgeht. Die Verfolgung der treuen Christen wird eine allgemeine Forderung der anderen Menschen sein. Warum das? Erinnern wir uns: Beim Anti-Christus wird Glauben und Politik eins. Überall wird man denselben Wortschatz in der politischen und der religiösen Verkündigung hören:

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Frieden, Toleranz, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand für alle sind ihre Schlagworte. Aber: es sind hier nicht nur moralische Forderungen! Es wird es sich um Verheißungen mit messianischen Klang handeln. Sie versprechen eine glückliche Zukunft, die sich der Mensch gestaltet, das bessere Leben in einer besseren Welt mit allem, was dazugehört: hoher Lebensstandard, Sicherheit, Freiheit von Not, Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

Wer kann schon dagegen sein? Wer wird etwas gegen Humanität, Toleranz, Völkerverständigung und Frieden sagen? Wer dann bei der allgemeinen Verehrung dessen, der diese Dinge garantiert, nicht mitmacht, macht sich "unbeliebt".

Er ist mindestens ein Fall für den Verfassungsschutz, besser noch für die Psychiatrie, denn er muß verrückt sein. Vielleicht steckt man ihn auch in ein Arbeitslager zur Umerziehung. Am einfachsten wäre Totschlagen aber man ist ja "human" (menschlich!). Aber vielleicht reicht es auch wenn man ihm keine Arbeit gibt, keine staatliche Unterstützung zahlt und ihm das Girokonto sperrt.

Wissen Sie, was es heute schon bedeutet, kein Girokonto zu haben? In Offenbarung 13,17 wird angekündigt, daß die, die den Anti-Christus nicht als Weltheiland bekennen wollen "nicht kaufen und verkaufen" können. Solange es Bargeld gibt, wird es schwierig sein, so etwas durchzusetzen. Wenn es aber nur noch den bargeldlosen Geldverkehr geben sollte, wäre das kein Problem mehr: man bräuchte dann nur noch den treuen Christen die Geldkarten und Girokonten sperren und sie wären mit einem Schlage vollkommen vom wirtschaftlichen Leben ausgeschlossen.

Wenn es die technischen Möglichkeiten gibt, wird der Staat kaum darauf verzichten, den bargeldlosen Geldverkehr einzuführen. Man könnte dann nämlich wunderbar kontrollieren, wo ungefähr sich jemand gerade aufhält, was er für Lebens- und Kaufgewohnheiten hat usw. usw. Ich will nicht behaupten, daß es so kommen wird. Ich zeige aber, daß das Erfüllen von manchen Weissagungen in der Bibel, das man sich früher nicht so recht vorstellen konnte, heute für uns bereits vorstellbar geworden ist.

Besonders schmerzlich und irreführend wird für die treuen Bekenner des Christus Jesus die Distanzierung und der Haß durch die sein, die sich auch angeblich auf Jesus berufen, "Kirche" nennen und in Wahrheit "Synagoge des Satans" sind. Der Anti-Christus wird ja - so der Apostel Paulus - im Hause Gottes sitzen. Auch wenn die Ausleger nicht einhelliger Meinung sind, ob "das Haus Gottes" hier allgemein die christliche Kirche oder der neu erbaute Tempel in Jerusalem ist, muß uns eins klar sein:

Die Spaltung in der Menschheit durch die unterschiedliche Haltung zum Anti-Christus wird nicht an der Grenze zwischen dem, was sich Kirche nennt und "Welt" verlaufen. Der entsetzliche Riß wird mitten durch die Kirche gehen.

3. Der Anti-Christus kommt nicht plötzlich

Wer also jetzt nach einem blutrünstigen christenfressendem Monster ausschaut, das urplötzlich auftaucht und überraschend die Kirche verfolgt, wird vielleicht in unserer jetzigen Situation nicht mehr wachsam genug sein.

Der Anti-Christus wird ja - im Gegensatz zum wiederkommenden Christus Jesus - nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel erscheinen. Das heraufziehende Ungewitter kündigt sich ziemlich lange vorher an: der Himmel bezieht sich, die Wolken werden langsam schwärzer, in der Ferne erklingt dumpfes Grollen. Es zieht näher und näher: Johannes und Paulus schreiben: Bevor der **eine** Anti-Christus kommt, ist sein Geist in Vorläufern heute schon am Wirken. In der Heilige Schrift wird - wie wir uns erinnern - nicht vor der **Vergewaltigung** gewarnt, sondern vor der **Verführung**! Und diese Verführung hat schon begonnen: Wir leben in einer Zeit und einer Welt, die aus den Fugen geraten sind und in der sich das "Geheimnis der Gesetzlosigkeit" nicht nur regt wie zur Zeit der Apostel, sondern in der es immer offensichtlicher sein

freches Gesicht erhebt.

Wir erleben in unseren Tagen, daß man planmäßig Gottes Ordnungen für seine Kirche und seine Welt beiseite stößt. Ehe, Familie, Sittlichkeit werden verächtlich gemacht und zerrüttet. In den Tempel Gottes ist der Nebel Satans eingedrungen. Man erhebt sich inmitten der Kirche über alles was Gott oder Gottesdienst heißt. Mit den Dingen, in denen Gott uns begegnet: Wort und Sakrament verfährt man unwidersprochen, wie es einem momentan gerade in den Kram paßt und en vogue ist. Ich meine hier z.B. den historisch-kritischen Umgang mit der Bibel und die abartigen, neu eingeführten, völlig verunstalteten Gottesdienste, Tauf- und Abendmahlsfeiern landauf, landab, in denen nicht Gott gedient wird, sondern der autonome Mensch sich selbst feiert.

Meine Lieben: wartet nicht auf eine Vergewaltigung, sondern erwartet die Verführung und glaubt nicht, uns kann da nichts passieren.

Woran erkennen wir den antichristlichen Geist?

Wenn uns irgendwer Erlösung, Befreiung, Rettung an Jesus Christus vorbei oder über ihn hinaus anbietet und verspricht, also ein Heil ohne Jesus Christus und "besser" als das, was Jesus Christus bringt, können wir das relativ leicht erkennen.

Aber wenn es immer so einfach wäre, wäre Verführung nicht Verführung. Wir wissen: Wo "Nutella" draufsteht, ist auch "Nutella" drin. Aber wo "Jesus" draufsteht, muß noch lange nicht "Jesus" drin sein. Paulus schreibt an die Korinther:

Schon die Schlange konnte Eva im Paradies mit ihrer List verführen. Ebenso könntet ihr von dem reinen und unverfälschten Glauben an Jesus Christus abgebracht werden. Ihr seid allzu leichtgläubig. Wenn jemand zu euch kommt und etwas anderes über Jesus sagt, als wir euch gelehrt haben, wenn irgend etwas anderes von euch Besitz ergreift und den Heiligen Geist aus euren Herzen vertreibt oder wenn euch ein anderes Evangelium verkündet wird, dann nehmt ihr das alles bereitwillig hin (2. Korinther 11, 3 ff.).

Könnte der Apostel das nicht heute auch von Teilen der Christenheit sagen?

Das listige Schema der Verführung ist zu allen Zeiten dasselbe: egal, ob im Garten Eden, im Korinth zur Zeit des Paulus oder in unseren Tagen: Es fängt damit an, daß gefragt wird:

... sollte Gott gesagt haben?

Die Antwort lautet entweder: "Ja, aber er tat es, um uns zu einzuengen oder den Spaß zu verderben" oder: "Natürlich nicht! Es war bestenfalls Paulus oder sonst wer, eher aber ein antiker Fälscher. Das hat heute für uns keine Bedeutung mehr."

Aber es gibt in geistlichen Dingen kein Vakuum. Hat man der Gemeinde auf diese Art den Boden der apostolischen Lehre unter den Füßen weggezogen, kommt sofort ein neues Fundament her. Dann kann alles Mögliche und Unmögliches verkündigt und gepredigt werden. Wer es nicht glauben will, weil er auf dem "alten" Fundament besteht, muß es sich eventuell gefallen lassen, als mittelalterlich, rückschrittlich, fundamentalistisch, beschränkt, reaktionär oder gar rechtsradikal bezeichnet zu werden. Beispiele dafür gibt es heute schon!

Ihr Lieben! Nicht mehr nur der Horizont ist schwarz. Die Gewitterwolken haben sich schon über uns zusammengezogen. Es sind nicht mehr nur einige Windböen, die uns umwerfen wollen. Der Gewittersturm heult schon tosend und tobend über unseren Köpfen!

4. Was sollen wir tun?

Keine Panik, sondern Wachsamkeit tut uns Not. Petrus schreibt in seinem ersten Brief:

Seid nüchtern und wachet, denn euer Widersacher der Teufel geht umher wie ein brüllender Löwe und sucht welche er verschlinge.

Dahinter steht folgende Annahme: Wenn ein Löwenrudel jagt, läßt angeblich ein Löwe sein markerschütterndes Gebrüll hören läßt. Die gejagten Tiere sollen dann vor Schreck so starr sein, daß sie eine leichte Beute des jagenden Rudels werden. Petrus möchte, daß das Brüllen des Teufels uns nicht so vor Angst lähmt oder kopflos macht, daß wir des Teufels leichte Be-

te werden.

Ist uns auch im Blick auf den Anti-Christus nichts anderes als das "ganz normale Christsein" aufgetragen. Wie das aussieht, können wir in Apostelgeschichte 2, 42 lesen:

Sie bleiben aber beständig in der Apostel Lehre, im Brotbrechen, in der Gemeinschaft und im Gebet.

Auf diesen vier Säulen muß unser Christsein beruhen, wenn es Bestand haben soll. Wort Gottes und die Sakramente, die Verbundenheit mit anderen Christen und das Gebet sind alle gleichermaßen entscheidend, um die anti-christliche Verführung zu durchschauen und in der anti-christlichen Bedrängnis fest und treu zu bleiben.

Laßt uns beim Vaterunser die Bitte "Und führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Bösen!" in Zukunft auch im Blick auf Die antichristliche Verführung und Bedrängnis beten. Wir können uns selbst nicht helfen. Hilfe muß erbeten sein.

Es gilt auch hier Römer 15, 4:

Was geschrieben ist, ist uns zur Lehre geschrieben, damit wir durch Geduld und den Trost der Schrift Hoffnung haben."

Der Trost der Schrift besteht hier unter anderem in dem Wissen, daß der Anti-Christus kein Unfall im Weltregiment Gottes ist. Wenn geschieht, was in der Heiligen Schrift vorausgesagt wurde, werden wir erkennen: Alles Schlimme geschieht so, wie in der Bibel vorausgesagt. Also wird auch alles Gute eintreffen, das im Wort Gottes versprochen ist. Es wird bei uns ein ganz neues Vertrauen zur Heiligen Schrift geben und zu dem, der der Herr der Schrift ist.

Unterscheidet zwischen Irrtum und Irrlehrer: Helft den Irrenden und meidet die Irrlehrer, die einen anderen Jesus, einen anderen Geist, ein anderes Evangelium bringen.

Ihr Lieben: Ihr seid gewarnt vor dem Verführer. Sein Geist ist schon heute immer mehr am Wirken. Ihr seid gewarnt wegen des Kommens des Anti-Christus. Aber Ihr seid auch hoffentlich getröstet wegen des Kommens des Christus Jesus, der "den Bösen umbringen wird mit dem Hauch seines Mundes und ihm ein Ende machen wird durch seine Erscheinung wenn er kommt." Seid wachsam und furchtlos, haltet fest am Wort Gottes, an den Sakramenten, an der wahren Kirche Jesu Christi und am Gebet.<<

Auf der Webseite "<http://vaticanische-nwo.blogspot.com> ..." erschien am 9. Februar 2006 folgender Bericht über den Kommunismus und die Illuminaten (x997/...): >>**Kommunismus**

und die Illuminati

Hier sind einige im allgemeinen unbekannte Fakten über "Kommunismus und die Illuminati": Einige Leute, sogar in den "Alternativen Medien", sagen uns, daß "die Juden" uns sowohl Kommunismus als auch die Illuminati brachten. Aber ist das wahr? Waren dort mächtigere Kräfte "hinter den Kulissen" am Arbeiten, die uns sowohl Kommunismus als auch die Illuminati brachten?

Man kann als guten Einwand bringen, daß angewandter "moderner Kommunismus" ziemlich wahrscheinlich auf den von Jesuiten betriebenen Reduktionen (d.h. Kommunen) in Paraguay im 17ten und frühen 18ten Jahrhundert geboren wurde! Jawohl, jesuitische Priester zwangen Indianer in Paraguay in "Kommunen", wo ihre "Sklavenarbeit" vom Jesuitenorden ausgebeutet wurde.

Eric Jon Phelps, Autor des Buches Vatican Assassins berichtet uns: "Die (paraguayischen) Reduktionen (d.h. Kommunen) produzierten unerhörten Reichtum für den (römisch-katholisch-jesuitischen) Orden durch die Benutzung von hunderten von tausenden von (indianischen) Sklaven ... Des Ordens utopische Reduktionen, auf deren Basis Sozialismus/Kommunismus perfektioniert wurde, schloß Zentralbanken genannt "Lagerhäuser" ein, universelle Gleichheit und universelle Männer- und Frauenarbeit. Die Güter, die durch diese Sklavenarbeit produziert wurden, wurden dem internationalen Handel mit des (jesuitischen) Ordens riesiger Flotte von "Schwarzen Schiffen" zugeführt".

Die moderne Version der Illuminati wurde 1776 vom jesuitisch ausgebildeten Adam Weishaupt gegründet, der katholisches kanonisches Kirchenrecht an der Universität im jesuitischen Ingolstadt in Bayern lehrte. Weishaupt gab vor, den Jesuitenorden zu verlassen, um die jesuitische Tarngruppierung genannt die Illuminati aufzubauen, die die blutige Französische Revolution (1789-99) anzettelte. Der jesuitisch ausgebildete Adam Weishaupt verstarb in "guten Gnaden" der römisch-katholischen Kirche. (Anmerkung: Die Ziele der Illuminaten decken sich in sehr vielen Punkten mit dem kommunistischen Manifest, siehe "Die unsichtbare Hand", Ralph Epperson)

Viele Diktatoren durch die Geschichte, einschließlich faschistischer und kommunistischer Verbrecher, waren entweder jesuitisch ausgebildet und/oder wurden von Jesuiten beraten. Hier sind einige:

- (1) Napoleon Bonaparte wurde vom Jesuitenpriester Abbe Emmanuel Joseph Sieyes beraten.
- (2) Der sowjetische Diktator Joseph Stalin war jesuitisch ausgebildet am jesuitischen Priesterseminar in Tiflis, Georgien, genau wie sein Freund der katholische Kardinal Agagianian (diese beiden Männer beaufsichtigten das sowjetische Gulagsystem).
- (3) der italienische Diktator Benito Mussolini wurde vom Jesuitenpriester Pietro Tacchi Venturi beraten.
- (4) der jesuitisch ausgebildete kubanische Diktator Fidel Castro wurde vom Jesuitenpriester Armando Llorente beraten. Sehen wir hier, wie sich ein übles Muster abzeichnet?

Der amerikanische Arzt und Historiker Emanuel M. Josephson sagt uns: "... wann immer eine totalitäre Bewegung ausbricht, ob nun kommunistisch oder nazistisch (Anmerkung: oder faschistisch), kann ein Jesuit in der Rolle eines "Beraters" oder Anführers gefunden werden ..."

Der jesuitisch ausgebildete Joseph Stalin wurde 1922 zum Anführer der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion ernannt. Interessanterweise war das genau das Jahr, in dem der Jesuitenpriester Edmund Walsh von der jesuitischen Georgetown-Universität im bolschewistischen Rußland war, um seine "Hilfsmission" zu leiten. Das war wahrscheinlich ein Zufall, nicht wahr?

Lassen sie uns niemals vergessen, daß die Jesuiten es lieben, die Juden als "Sündenböcke" zu gebrauchen, um die schändlichen Aktivitäten der Jesuiten zu decken. Das ist warum sie Juden zu Lagerkommandanten im sowjetischen Gulagsystem ernannten. Das ist warum oft ein Jude der Vorsitzende der Federal Reserve ist.

Quelle: <http://www.calltodecision.com/hout17.htm> ...<<

[Auf der Webseite "http://vatikanische-nwo.blogspot.com ..."](http://vatikanische-nwo.blogspot.com) erschien am 2. November 2009 folgender Bericht über die Freimaurer und die Jesuiten (x995/...): >>**Zitate zu Freimaurerei und Jesuitismus**

... "Die Auswirkung der Inquisition war selbstverständlich, daß sie die findigeren der 'Häretiker, Protestanten und Liberalen', die der Folter oder der Exekution entkamen, in den Untergrund hasten ließ, oder in die expandierende Welt des Handels, oder in Regionen in denen protestantische Zivilbehörden die Inquisitoren in Schach hielten. In dem Verlangen nach einer weniger zudringlichen religiösen Erfahrung traten sie ansprechenden philosophischen Bruderschaften bei, in denen sie frei gegen den römischen Katholizismus reden konnten. Wegen dieses vorgeblichen Grundes operierten diese Bruderschaften oder Kulte oder Logen im Geheimen.

In Wirklichkeit waren sie die Überbleibsel des Templer-Netzwerkes - Rosenkreuzer, Deutschordensritter, die zahlreichen und unterschiedlichen Riten der Freimaurerei. Wie die Templer und die Jesuiten stellten sie religiöse Hierarchien von strengstem Gehorsam dar. Sie unterschieden sich allerdings von den Jesuiten darin, daß ihre Pyramide in einer höchsten Autorität gipfelte, die kein Bruder mit Bestimmtheit identifizieren konnte. Der höchste Meister einer Loge empfing Befehle von einem 'Unbekannten Vorgesetzten', einem Vorgesetzten, dessen

Willen dem Meister in seinem Bemühen die Ränge hinauf beigebracht wurde ohne Hinterfragen zu gehorchen. Was der Meister niemals begriff war, daß diese mysteriöse Persönlichkeit ... in Wirklichkeit kein anderer als der Schwarze Papst war."

...

"Die Freimaurerei war der natürliche, der vernünftige, der einzig intelligente Weg für die Römisch-Katholische Kirche, (a) den anhaltenden Affront des Protestantismus, (b) die Zunahme an Königen 'göttlichen Anrechts', die ihre eigenen von vatikanischen Kontrolle unabhängigen Landeskirchen anführten, und (c) die unglaubliche Explosion des internationalen Merkantilismus (Handelsgeistes) zu kontrollieren. ...

Der Jesuitengeneral ist das entkörperlichte Auge, das den fehlenden Schlußstein der Pyramide ersetzt, den Stein, den die Erbauer verwarfen. ...

Sowohl die Freimaurerei als auch die Gesellschaft Jesu sind (a) humanistische religiöse Orden, (b) verschwiegen, (c) brüderlich, (d) sozial pflichtbewußt und politisch aktiv - wie Aeneas, der vorbildgerechte Römer, nach dem größten Wohl für die größte Anzahl strebend. Beide Orden (e) halten Tradition, Vernunft und Erfahrung in gleichem wenn nicht gar größerem Ansehen als die Bibel, (f) gebrauchen sorgfältig strukturierte Programme der gnostischen Visualisierung, um eine stetig zunehmende Erkenntnis des Göttlichen zu erlangen, (g) billigen 'der Zweck heiligt die Mittel', und (h) verlangen absoluten Gehorsam, gewährleistet durch Blutschwur, einer Hierarchie von Obersten gegenüber, gipfelnd im Jesuitengeneral, dessen Anordnungen so weise auf den Empfänger zugeschnitten sind, daß sie befolgt werden als ob sie vom Empfänger selbst gewollt sind."

Tupper Saussy: "*Rulers Of Evil*", Seite 58-59, 120-121

...

B. Die Jesuiten-Freimaurer-Verbindung

"Die Freimaurer und die Jesuiten der unteren Ebenen haben lange geglaubt, daß Katholizismus (einschließlich des Jesuitenordens) und Freimaurerei sich einander entgegengesetzt sind. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Traurigerweise sind auf den höchsten Ebenen die Anführer des Jesuitenordens und die Anführer der Freimaurerei 'Brüder'. Hier ist die Person an der höchsten Spitze der jesuitisch-freimaurerischen 'Pyramide' gemäß dem amerikanischen Historiker James Parton: ... wenn sie die Freimaurerei hoch verfolgen, durch alle ihre Orden, bis sie zu dem großen Freimaurerkopf der Welt an der höchsten Spitze kommen, werden sie herausfinden, daß das fürchterliche Individuum und der Anführer der Gesellschaft Jesu (d.h. der 'Schwarze Papst', der Oberste General des Jesuitenordens) ein und die selbe Person sind."

Autor John Daniel liefert in seinem exzellenten 412 Seiten starken Buch '*The Grand Design Exposed*' überwältigende Beweise, daß der Jesuitenorden die Freimaurerei vor mehr als einem Jahrhundert übernommen hat." ...

"Die Jesuiten schrieben 1754 die ersten 25 Riten der Schottischen Freimaurerei in der Hochschule von Clermont, Paris"

"Chevalier de Bonneville formte 1754 ein Kapitel von fünfundzwanzig Graden der sogenannten Hochgrade an der Jesuiten-Hochschule von Clermont, Paris. Die Anhänger des Hauses der Stuarts, die überwiegend Schotten waren, hatten die Hochschule von Clermont zu ihrem Asyl gemacht. Mit einem dieser Grade als 'Schottischer Meister', gab die neue, 1801 in Charleston, South Carolina, gegründete Körperschaft diesen Graden den Namen 'Schottischer Ritus', welcher seit dieser Zeit den Ritus in der ganzen Welt charakterisiert hat."

William Peterson: "*Ask Me Another, Brother*" ...

"Ohne Ausnahme war jeder Hauptakteur der Französischen Revolution (1789-1799) entweder jesuitisch ausgebildet, ein katholischer Prälat oder ein Mitglied des Illuminatenordens, wo sie innerhalb des Jakobiner-Klubs zusammenkommen würden, um sich zu verschwören und das

'Große Werk' auszuführen - welches im offenen System der Jakobiner ein Spiegelbild des kompletten verborgenen Systems der Illuminaten war - und im Hintergrund der Illuminaten befanden sich die verborgenen jesuitischen 'Meister'. ...

"Die Freimaurerei ist ein weiterer Ableger der Babylonischen Mysterien, der unter verschiedenen Namen seit der Zeit des Niedergangs der offenen heidnischen Anbetung im 5. Jahrhundert überlebt hat. ... Die Freimaurerei ist dermaßen reif für die Manipulation durch die Jesuiten und die Kirche Roms, daß sie für die Absichten Roms gebraucht werden mag wie jede protestantische Glaubensgemeinschaft. ...

In Großbritannien und den USA erscheint die Freimaurerei als eine 'christliche' Organisation. Allerdings ist dies eine höchst gefährliche Täuschung, denn der wahre Gott der Freimaurerei ist Luzifer, welcher Satan ist, der als ein Engel des Lichts erscheint. ... Sowohl die Freimaurerei als auch die Kirche Roms (in ihren höchsten Ebenen) beten den selben Gott an ... Freimaurerische Zeremonien leugnen implizit die Hinlänglichkeit der Bibel. ... (Die Freimaurerei) ist besonders stark in vielen baptistischen Kirchen in den USA vertreten. ... Jene in den unteren Stufen der Freimaurerei wissen nichts über die höheren und noch verschwiegeneren Grade."

I. A. Sadler: *"Mystery, Babylon the Great"*, 2003; Seite 175-181 ...

"Je höher ich im Jesuitenorden aufstieg, desto mehr Korruption entdeckte ich in der Institution. Einmal wurde ich von hochrangigen Jesuiten (einschließlich des Obersten General Pedro Arrupe) nach Nordspanien zu einer geheimen schwarzen Messe eingeladen. Als ich kniend den Ring eines hohen Würdenträgers küssen wollte, entdeckte ich ein Symbol auf dem Ring, das mich erschauern ließ. Es war ein Freimaurersymbol (Winkel und Zirkel)! Dabei waren wir doch angewiesen worden, so etwas zu hassen und zu bekämpfen! ... Und dann fand ich noch heraus, daß der Schwarze Papst - der Jesuitengeneral, der hinter den Kulissen im Vatikan regiert - sowohl ebenfalls Freimaurer, als auch Mitglied der kommunistischen Partei Spaniens war."

Alberto Rivera, spanischer Ex-Jesuit: *"Die Paten"*, 1979 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. März 2012 (x887/...):

>>**Gezielt manipuliert**

Wem die Auslöschung der Nationen dient

Wer sich als Zeitgenosse versteht, der die Ereignisse in der Welt zunehmend mit ungläubigem Staunen verfolgt, dem sei das Buch "Neue Weltordnung" als praktischer Ratgeber empfohlen. Darin geht der Autor Manfred Kleine-Hartlage zielgerichtet und prägnant der Frage nach, ob es sich um einen Zukunftsplan oder eine weitere Verschwörungstheorie handelt. Und hebt hervor, welche Auswirkungen und Veränderungen dies auf Völker, Familie und Religionen zeitigt. Dabei wird deutlich, daß manches Ereignis einer diskreten "Regieanweisung" folgt.

Lesern, die dazu neigen, einer Verschwörung das Wort zu reden, ruft der Autor einen Satz von Angela Merkel in Erinnerung. Anlässlich der Festivitäten 2009 zum Fall der Mauer stimmte die deutsche Kanzlerin den aufmerksamen Zuhörer nachdenklich: "... sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle." Wo so eindeutig Klartext geredet wird, erübrigt sich der Verdacht im Verborgenen agierender dunkler Mächte. Aus dem Buch wird denn auch ersichtlich, wo die Vordenker der "New World Order" angesiedelt sind. Der Leser erfährt unter anderem, welche Staaten die One-World-Apologeten ungeschoren davonkommen lassen beziehungsweise wer ihren Unwillen erregt und damit militärische Interventionen hervorruft.

Einen weiteren Erkenntnisgewinn beschert Kleine-Hartlage, indem er Roß und Reiter benennt, die die "Neue Weltordnung" quasi "alternativlos" unters Volk bringen. So erfährt man neben anderen Akteuren auch etwas über die Aktivität der damit befaßten Stiftungen, darunter auch die Atlantik-Brücke, die erfolgsversprechende Nachwuchspolitik aus den USA und Deutschland zusammenführt.

Wer nun meint, da eröffne sich eine neue Ära im internationalen Beziehungsgeflecht, wird rasch eines Besseren belehrt. Erste Schritte zu dieser staatliche Grenzen überschreitenden Politik wurden vor mehr als 100 Jahren eingeleitet. Der aus dem Völkerbund hervorgegangenen Uno sollten weitere supranationale Organisationen folgen: IWF und Weltbank für das globale Finanzsystem sowie die Welthandelsorganisation zwecks Abbau lästiger Zollschränken. Aber auch EU, Nato und der Internationale Strafgerichtshof gehören in diese Kategorie.

Gemeinsam ist allen, daß sie es verstanden haben, die ihnen angehörenden Mitgliedsländer auf einen Wertekanon einzuschwören, und es parallel dazu fertigbrachten, die politische Klasse der einzelnen Staaten zu bewegen, ihre Rechte zu übertragen. Werden dort doch gebetsmühlenartig Begriffe postuliert wie Menschenrechte und friedliches Zusammenleben, mit denen sich ein jeder Weltbürger gern identifiziert. Aber führt all dies zu mehr individuellen Freiräumen? ...<<

Das deutsche Institut "Wissensmanufaktur" berichtete am 18. September 2014 über die Pressefreiheit (x1.030/...): >>>Pressefreiheit wird nur noch simuliert

von *Udo Ulfkotte*

Unsere Leitmedien im deutschsprachigen Raum sind jetzt wie gleichgeschaltet. Sie berichten nur noch nach den Regeln der Politischen Korrektheit, betreiben im Interesse der USA Kriegshetze gegen Rußland und unterdrücken den freien Informationsfluß. Mein väterlicher Freund Peter Scholl-Latour, den ich vor rund 25 Jahren im Krieg im Nahen Osten kennenlernte, hat mich stets darin bestärkt, vor allem jene Kriegstreiberei der Amerikaner nicht mitzumachen, bei denen deutsche Journalisten nur noch US-Marionetten sind. Nicht nur mir fällt auf, daß es inzwischen immer mehr dieser Marionetten in deutschen Redaktionsstuben gibt. Die Bürger da draußen werden belogen, betrogen und für dumm verkauft! Und deshalb unterstütze ich Aktionen wie den Tag der Wahrheit.

Tag der Wahrheit

Als vor wenigen Tagen mein neues Sachbuch "Gekaufte Journalisten - Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Medien lenken" erschien, da brach in vielen Redaktionen ein Sturm der Entrüstung los. Denn zum ersten Mal seit der Gründung der Bundesrepublik beschreibt ein Insider, wie Journalisten im Hintergrund gekauft und im Interesse von Politik, Geheimdiensten und Hochfinanz gelenkt werden. Vor allem:

Zum ersten Mal nennt jemand Massen konkreter Namen korrupter Journalisten und beschreibt die Vorgänge so detailliert, wie es eben nur jemand kann, der selbst in diesen Netzwerken eingebettet war. Ich habe mir damit viele Feinde gemacht. Aber es gibt auch Unterstützung von prominenter Seite.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) gilt als eine der renommiertesten deutschen Zeitungen. Dieses Bild hat nach mir jetzt auch der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer erschüttert. Wimmer, der verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU und Staatssekretär im Verteidigungsministerium war, sagt: "Ich kann mich sehr gut an ein langes Gespräch mit einem mir seit Jahrzehnten bekannten führenden FAZ-Mitarbeiter erinnern. Der machte deutlich, wenn das State Department noch rechtzeitig vor Drucklegung nachts anruft, dann kommt der gewünschte Artikel am nächsten Morgen in die Zeitung." Wie bitte? Das amerikanische Außenministerium kann darüber bestimmen, ob und welche Artikel in der renommierten und angeblich so unabhängigen FAZ erscheinen?

Es sind solche Aussagen, welche derzeit nicht nur unter Journalisten für erhebliche Unruhe sorgen. Denn in dem neuen Sachbuchbestseller *Gekaufte Journalisten* wird detailliert beschrieben, wie die großen Journalisten der Leitmedien uns Bürger im Interesse der Mächtigen manipulieren.

Haben auch Sie das Gefühl, häufig manipuliert und von den Medien belogen zu werden? Dann geht es Ihnen wie der Mehrheit der Deutschen. Bislang galt es als "Verschwörungstheo-

rie", daß Leitmedien uns Bürger mit Propagandatechniken gezielt manipulieren. Und nun enthülle ich, was wirklich hinter den Kulissen passiert. Ich schäme mich heute dafür, daß ich 17 Jahre für die Frankfurter Allgemeine Zeitung gearbeitet habe.

Bevor ich die geheimen Netzwerke der Macht enthülle, übe ich konsequent Selbstkritik. Ich dokumentiere zum ersten Mal, wie ich für meine Berichterstattung in der FAZ geschmiert und die Korruption gefördert wurde. Und ich enthülle, warum Meinungsführer tendenziös berichten und wie der verlängerte Arm der NATO-Pressestelle Kriege medial vorbereitet. Wie selbstverständlich wurde ich als FAZ-Autor in die Netzwerke amerikanischer Eliteorganisationen aufgenommen, erhielt im Gegenzug für positive Berichterstattung in den USA sogar eine Ehrenbürgerurkunde.

Ich beschreibe, in welchen Lobbyorganisationen welche Journalisten vertreten sind, nenne Hunderte Namen und blickt auch hinter die Kulissen jener Organisationen, welche unsere Medien propagandistisch einseitig beeinflussen, etwa: Atlantik-Brücke, Trilaterale Kommission, German Marshall Fund, American Council on Germany, American Academy, Aspen Institute und Institut für Europäische Politik.

Enthüllt werden zudem die geheimdienstlichen Hintergründe zu Lobbygruppen, die Propagandatechniken und die Formulare, mit denen man etwa bei der US-Botschaft Fördergelder für Projekte zur gezielten Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Deutschland abrufen kann. Können Sie sich vorstellen, daß Geheimdienstmitarbeiter in Redaktionen Texte verfassen, welche dann im redaktionellen Teil unter den Namen bekannter Journalisten veröffentlicht werden? Wissen Sie, welche Journalisten welcher Medien für ihre Berichterstattung geschmiert wurden?

Und haben Sie eine ungefähre Vorstellung davon, wie renommierte "Journalistenpreise" vergeben werden? Da geht es im Hintergrund zu wie bei den einstigen Ehrungen der "Helden der Arbeit" in der früheren DDR, da wird Propagandaarbeit ausgezeichnet. Vom Journalisten zum Propagandisten ist es nicht weit. Am Ende wird klar: Meinungsvielfalt wird jetzt nur noch simuliert. Denn unsere "Nachrichten" sind häufig reine Gehirnwäsche. Und deshalb unterstütze ich Aktionen wie den Tag der Wahrheit.<<

Das deutsche Institut "Wissensmanufaktur" berichtete am 18. Oktober 2014 über die Presse und die öffentliche Meinung der Welt (x1.031/...): >>**Die Presse als Instrument der Gehirnwäsche**

Die veröffentlichte Meinung ist ein Produkt wie jedes andere und wird auch ähnlich produziert. Die wichtigen Ereignisse, die den Lauf der Geschichte verändern, werden uns oft vorenthalten, verharmlost, verfälscht oder entstellt vermittelt. Der Frieden ist zu wichtig, um ihn der Politik zu überlassen. Wir alle müssen ihn gemeinsam bewahren.

Tag der Wahrheit

Der folgende Aufsatz fasst die wesentlichen Aussagen des Vortrags zusammen, den Wolfgang Berger am 3. Oktober 2014 beim "Tag der Wahrheit" auf dem Marktplatz in Mainz - am Dom - vor hunderten von Zuhörern gehalten hat.

von *Wolfgang Berger* und *Mathias Funk*

Das Karlsruher Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) zeigte einmal in einer Ausstellung ("Making Things Public"), wie die öffentliche Meinung produziert wird: Ganz ähnlich wie andere Produkte auch. Viele Zahnräder drehten sich miteinander und offenbarten Zusammenhänge und Abhängigkeiten. Letztlich führten sie zu den in der Öffentlichkeit kaum sichtbaren Produzenten: Wenige Familien produzieren die öffentliche Meinung der Welt.

Kaum jemand kann sich ihr entziehen - am wenigsten die Politiker, die darauf angewiesen sind, sie zu berücksichtigen und sie deshalb nach allen Regeln der Kunst ermitteln und erforschen lassen. Die Meinungsforschung gibt deshalb in einer Demokratie die Richtung der Politik vor. Wer sich dieser Wegweisung widersetzt, wird schon von den Medien abgesetzt, denn

er hätte keine Chance gewählt oder wiedergewählt zu werden.

Die Presse gestaltet die Meinung der Bevölkerung mit verschiedenen Instrumenten: Verschweigen, Verunglimpfen, Verfälschen und Verharmlosen. Zu jedem dieser Instrumente einige Beispiele:

Passagierflugzeuge als Anschlagssziele

Seit 20 Jahren ist die Technik der Fernsteuerung von Flugzeugen ausgereift und einsatzbereit. Das Flugzeug wird den Piloten praktisch entwendet; sie können seinen Kurs und seine Flugmanöver nicht mehr beeinflussen; wie ein Modellflugzeug wird es von ganz woanders gesteuert.

Im Zusammenhang mit dem Terroranschlag am 11. September 2001 ist die Möglichkeit einer Fernsteuerung der Passagierflugzeuge, die in das World Trade Centre geflogen sein sollen und es zum Einsturz gebracht haben sollen, nicht untersucht worden. Der Finanzjournalist Lars Schall hat eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen ausgewertet, die zeigen, daß eine dreistellige Zahl von US-Amerikanern ihr Vermögen durch diesen Anschlag innerhalb weniger Tage ver Hundertfachen konnte. Der frühere Leiter der Deutschen Bundesbank Ernst Welteke hat gesagt, daß solche erfolgreichen Spekulationen ohne ein bestimmtes Wissen und ohne Vorinformationen weder geplant noch ausgeführt werden können.

Wenige Tage vor dem Terroranschlag ist bekannt geworden, daß im Pentagon - dem Verteidigungsministerium der USA - 2.300 Milliarden Dollar verschwunden sind. Einige Medien waren dabei, dieses Geheimnis aufzudecken und den möglicherweise größten Finanzskandal aller Zeiten an die Öffentlichkeit zu bringen. Verteidigungsminister Donald Henry Rumsfeld hat am Tag vor den Anschlägen öffentlich zugegeben, daß dieser Betrag "verschwunden" ist. Nun ist bei dem Anschlag aber zufällig und ausgerechnet die Buchhaltung des Pentagon zerstört worden. Dort - dicht über dem Boden - soll ein Flugzeug hineingeflogen sein und sämtliche Unterlagen zerstört haben. Eine Aufklärung ist jetzt nicht mehr möglich. Abgesehen davon hatten die Medien danach anderes zu berichten.

In der offiziellen Version zum Terroranschlag 9/11 wird erklärt, warum mehrere Flugzeuge innerhalb weniger Stunden unbemerkt in den am besten bewachten Flugraum der Welt eindringen konnten: Es haben Manöver stattgefunden. Alle Bewacher seien abgelenkt gewesen und die Sicherheitssysteme abgestellt, um die Manöver nicht zu stören.

Im Jahre 1962 haben die Stabchefs der US-Streitkräfte die sogenannte Operation Northwoods geplant und Präsident John F. Kennedy vorgeschlagen, den Plan auszuführen: Eine mit Amerikanern voll besetzte Linienmaschine sollte vom US-Militär abgeschossen werden. Gefälschte Beweise sollten darauf hinweisen, daß Kuba dieses Verbrechen mit Hilfe der Sowjetunion durchgeführt habe. Die Operation hatte das Ziel, bei der Bevölkerung Verständnis für einen vernichtenden atomaren Schlag gegen die Sowjetunion zu produzieren. Kennedy genehmigte die Operation nicht.

Im Jahre 2006 hat die US-Außenpolitik das Prinzip der "Nuclear Primacy" wieder belebt - der Fähigkeit einen atomaren Erstschat so auszuführen, daß der Gegner zu einer Gegenreaktion nicht mehr in der Lage ist. In der Zeitschrift "Foreign Affairs" - dem Sprachrohr der amerikanischen Außenpolitik - stand am 30. Mai 2014 ein Beitrag, der den Aufbau eines Raketenabwehrsystems auch in der Ukraine fordert, weil so die "Nuclear Primacy" gesichert werden könne.

Malaysias Justiz im Fokus

Im Jahre 2014 sind zwei Passiermaschinen von Typ Boing der staatlichen Fluglinie Malaysias vom Kurs abgewichen. In beiden Fällen fanden alle Passagiere den Tod. Malaysia erleidet dadurch hohe Verluste, weil kaum noch Flüge mit dieser Gesellschaft gebucht werden. Wäre es eine private Gesellschaft, hätte sie Konkurs anmelden müssen. Warum gerade Malaysia? Malaysia ist der wirtschaftliche erfolgreichste islamische Staat mit dem höchsten Lebensstan-

dard der breiten Bevölkerung.

Der oberste Gerichtshof Malaysias hat George W. Bush und Tony Blair als Kriegsverbrecher verurteilt. Die Regierung bereitet eine Anklage gegen beide beim internationalen Gericht für Menschenrechte in Den Haag vor. Die internationale Kommission zur Verfolgung von Menschenrechten (War Crimes Commission) hat ihren Sitz in Kuala Lumpur, der Hauptstadt Malaysias. Diese Kommission hat Israel der Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gazastreifen angeklagt.

An Bord von Flug MH 370 der Malaysia Airlines, die am 8. März 2014 von Kuala Lumpur nach Peking fliegen sollte und dort nie angekommen ist, saßen 20 Mitarbeiter der US-Firma Freescale Semiconductor Ltd. Sie alle waren chinesische Softwareentwickler. Vier von ihnen hatten ein Patent entwickelt: Eine 1,9 x 2,0 mm große Drohne - kleiner als eine Fliege, die ferngesteuert wird, aufgrund ihrer Winzigkeit fast überall unbemerkt eindringen und Spionage betreiben kann. Sie kann auch Geräte und Fahrzeuge fernsteuern und Seuchen verbreiten.

Drei Tage nach dem Verschwinden des Flugzeugs ist das Patent eingetragen worden. Patentinhaber sind zu je 20 % die vier Erfinder und die Firma Freescale Semiconductor Ltd. Die firmeninternen Verträge sehen vor, daß beim Tod eines dieser Inhaber seine Rechte an dem Patent zu gleichen Teilen auf die übrigen vier übergehen. Da alle vier Erfinder umgekommen sind, gehört das Patent jetzt der Firma allein.

Diese Firma ist eine Tochtergesellschaft der Blackstone Group L. P., einer New Yorker Investmentgesellschaft, die Beteiligungen von ca. 160 Milliarden Dollar verwaltet. Ihr größter Anteilseigner ist der britische Investmentbanker Baron Nathaniel Charles Jacob Rothschild. Die Gefahr, daß diese hochbegabten Chinesen vielleicht gegenüber ihrem Heimatland noch loyal sind und in Peking die Geheimnisse der Mikrodrohne verraten, ist gebannt. Vielleicht ist damit sogar Chinas Griff nach der Weltmachtrolle aufgeschoben.

Vom Verteidigungs- zum Angriffsbündnis

Manöver während eines Anschlags scheinen eine Konstante zu sein. Im Juli 2014 führt die NATO gemeinsam mit den ukrainischen Streitkräften ein Manöver mit dem schönen Namen "Sea Breeze" durch. Mit der "leichten Brise vom Meer" sollten NATO-Soldaten ukrainischen Kräften Kenntnisse in elektronischer Kriegsführung vermitteln.

Am 17. Juli 2014 haben bewaffnete ukrainische Kräfte den Kontrollturm des Flughafens Kiew gestürmt. Danach ist die Route des Flugs MH 17 der Malaysia Airlines, die das Land auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur überfliegen wollte, 200 km nach Norden - über das umkämpfte Gebiet in der Ostukraine - umgeleitet worden. Zugleich ist ein Ukrainischer Kampffjet vom Typ SU-25 mit 30 mm Kanonen an Bord im Steigflug aufgestiegen. In dem Augenblick, wo er die Boeing MH 17 erreicht, verschwindet diese vom Radar.

Ein Fluglotse hat das alles über Facebook mitgeteilt. Der Account ist inzwischen gelöscht und der Fluglotse vom Erdboden verschwunden. Ob er mit dieser Bekanntmachung sein Todesurteil gesprochen hat oder ob er untergetaucht ist, um weiter zu leben, wissen wir nicht. Rußland hat die Ukraine aufgefordert, die Flugbewegungen dieses Tages zu veröffentlichen. Die Ukraine kommt dieser Aufforderung nicht nach.

Die fliegende Radarüberwachung der Ukraine durch die NATO aus großer Höhe ist lückenlos. Zudem ist zeitgleich mit der MH 17 der US-Spionagesatellit MASINT über die Ukraine geflogen, der Raketenabschüsse registriert und Flugbahnen zurückverfolgen kann. Noch am Tag des Abschusses des Flugzeugs hat der Westen Rußland beschuldigt, hinter dem Abschluß zu stecken. Rußland hat unmittelbar danach sämtliche verfügbaren Satellitenaufnahmen veröffentlicht. Die USA und die NATO haben für ihre Schuldzuweisungen keinerlei Beweis vorgelegt.

Doch - zwei Beweise gab es:

Satellitenbilder, die eine Raketen-Abschußrampe der Separatisten in der Ostukraine zeigen.

Nachdem die genaue Analyse der Aufnahmen Kiewer Militärgerät gezeigt hat, wurden die Aufnahmen als geheim eingestuft und unter Verschluss gehalten.

Ein vom ukrainischen Geheimdienst abgehörtes und mitgeschnittenes Gespräch von Separatisten mit einem russischen Oberst vom 17. Juli 2014. Darin rühmen sich die Separatisten, ein großes westliches Passagierflugzeug abgeschossen zu haben. Westliche IT-Freaks haben nun aber entdeckt, daß dieses Gespräch bereits einen Tag vor dem Flugzeugabsturz online gestellt war.

Trotzdem erfüllt die Tragödie ihren Zweck: Die USA sind an einer Aggression gegen Rußland interessiert - auch militärisch - und haben die NATO für ihre Ziele instrumentalisiert. Sie haben Sanktionen beschlossen, denen sich die Europäer zunächst nicht anschließen wollten, weil die europäische Industrie wegen der engen Verflechtung mit Rußland darunter leidet. Nach dem Flugzeugabsturz, den unsere Presse mit "Es war Putins Rakete" und der Spiegel mit "Stoppt Putin jetzt" quittiert, trägt Europa die US-Sanktionen solidarisch mit.

Der Flugschreiber ist längst ausgewertet. Die Ergebnisse werden totgeschwiegen und vielleicht erst dann veröffentlicht, wenn sich nur noch Historiker dafür interessieren. Unserer Presse ist das keine Meldung wert. Malaysia beschuldigt die Ukraine des Flugzeugabsturzes und begründet es mit Fakten. Unserer Presse ist das keine Meldung wert.

Ein moralischer und politischer Greuel

Am 3. September 2014 erklärte US-Präsident Barak Obama, "russische Kampftruppen mit russischen Waffen in russischen Panzern" seien in der Ostukraine eingesetzt. Unsere Medien berichteten gar von einer Invasion russischer Truppen. Aber alle Bilder, die gezeigt worden sind, um diese Invasion zu belegen, waren falsch. Der Westdeutsche Rundfunk hat am 29. August 2014 ein Bild veröffentlicht und die zentrale Botschaft mit der Überschrift "Rußland auf dem Vormarsch?" bekräftigt. Das Bild zeigte russische Kampfpanzer und der Text zum Bild erläuterte: "Russische Kampfpanzer fahren am 19.8. ... in die Ukraine." Eine brutale Fälschung. Das Bild stammt aus dem Jahre 2008 und zeigt den Rückzug russischer Kampfpanzer aus Georgien.

Nach vielen Protesten hat sich der Westdeutsche Rundfunk kurz entschuldigt, es sei ein Versehen gewesen, und das Bild ausgetauscht. ... Harald Kujat, ehemaliger NATO-General und als Generalinspekteur der Bundeswehr deren ranghöchster Soldat, hat im Detail erläutert, daß sämtliche Beweise, die der Westen gegen Rußland vorbringt - auch die von russischen Truppen auf ukrainischem Gebiet - gefälscht sind. Es gibt keinen Beweis für eine russische Militärpräsenz in der Ukraine. Unserer Presse ist auch das keine Meldung wert. Die NATO hat sich von einem Verteidigungsbündnis in ein Angriffsbündnis verwandelt.

Jetzt wird uns berichtet, daß der Sieben-Punkte-Plan, den Putin zur Lösung des Ukraine-Konfliktes vorgeschlagen hat, vom Westen abgelehnt worden ist. Warum? Weil er den Rückzug russischer Truppen aus der Ukraine nicht vorsieht. Wie aber sollen Truppen zurückgezogen werden, die gar nicht da sind? Dieser eine Satz dient der Programmierung unseres Unterbewußtseins, dem immer eingetrichtert wird: In der Ukraine sind russische Truppen.

Weiter wird berichtet, die USA haben Rußland aufgefordert, die Aggressionen zu beenden. Der tatsächliche Aggressor, der eine Regierung unterstützt, welche die eigene Bevölkerung bombardiert, massakriert und in eine humanitäre Katastrophe stürzt, beschuldigt das Land, das mit hunderten von LKW Hilfe schickt und eine Million Flüchtlinge aufgenommen hat, deren Häuser, Strom- und Wasserversorgung von ihrer eigenen, ukrainischen Regierung zerschossen worden sind, der Aggression. Was ist das für eine Heuchelei?

Die Schotten haben sich gegen die Unabhängigkeit von Großbritannien entschieden. Wie hätten sie wohl reagiert, wenn England Schottland wegen seines Unabhängigkeitsstrebens in Schutt und Asche gebombt hätte? Die westliche Unterstützung für die ukrainische Regierung hat eines bewirkt: Daß aus dem Land nie mehr eine Einheit werden kann.

Die globale Staatsstreichmaschine

Seit 1953 haben die USA "für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte" insgesamt 40 Staatsstrieche inszeniert: Iran (1953), Guatemala (1954), Thailand (1957), Laos (1958-60), Kongo (1960), Türkei (1960, 1971 und 1980), Ecuador (1961 und 1963), Südvietnam (1963), Brasilien (1964), Dominikanische Republik (1963), Argentinien (1963), Honduras (1963 und 2009), Irak (1963 und 2003), Bolivien (1964, 1971 und 1980), Indonesien (1965), Ghana (1966), Griechenland (1967), Panama (1968 und 1989); Kambodscha (1970), Chile (1973), Bangladesh (1975), Pakistan (1977), Grenada (1983) Mauretanien (1984), Guinea (1984), Burkina Faso (1987), Paraguay (1989), Haiti (1991 und 2004), Rußland (1993), Uganda (1996), Libyen (2011), Ukraine (2014).

Ende 2013 haben 500.000 bis eine Million Menschen auf dem Maidan Nesaleschnosti in Kiew gegen die gewählte Regierung von Präsident Wiktor Janukowitsch demonstriert. Am 18. Februar 2014 wurden ca. 80 Demonstranten aus großer Entfernung durch gezielte, präzise Kopfschüsse hingerichtet. Die Schützen sollen Uniformen der Präsidentengarde getragen haben. Der Präsident mußte deshalb fliehen, er wäre sonst gelyncht worden. Augenzeugen berichten, daß die Schützen nicht die passenden Schuhe zu den Uniformen trugen.

Janukowitsch selbst kann kein Interesse an einem Umsturz gehabt haben. Es fällt aber auf, daß die neue ukrainische Regierung dieses Massaker nicht untersuchen läßt. Es wird einfach totgeschwiegen und vom Absturz von MH 17 quasi übertüncht. Der Westen läßt diese Vertuschung stillschweigend zu. Unsere Presse regt sich nicht darüber auf.

In Odessa sind über 30 russischsprachige Demonstranten von einem Mob gejagt worden und haben sich in ein Gewerkschaftsgebäude geflüchtet. 25 Minuten Videoaufnahmen zeigen, wie junge Mädchen lustig die Molotowcocktails abfüllen, die in das Gebäude geworfen werden. Die Demonstranten versuchten vergeblich, aus dem angezündeten Gebäude zu entkommen und verbrennen bei lebendigem Leibe. Auch dieses Verbrechen wird einfach totgeschwiegen. Der Westen läßt auch hier die Vertuschung stillschweigend zu und unsere Presse legt keinen Finger in die Wunde.

Neben der Einstimmung Europas auf die aggressive Gangart gegenüber Rußland hat der Abschluß der MH 17 offenbar noch einen weiteren Zweck erfüllt: Über diese grauenvollen Verbrechen wird nicht mehr geredet. Eine neue Tragödie beansprucht unsere Aufmerksamkeit. Offenbar war es als "False Flag Action" (eine Aktion, die anderen untergeschoben werden soll) geplant, ist aber schief gegangen. Die getürkten Beweise ließen sich doch nicht verwerten.

Bei der berühmten Brutkasten-Lüge in Kuwait war das noch anders: Tränenüberströmt berichtete eine Augenzeugin davon, wie irakische Soldaten nach dem Überfall auf Kuwait Babys aus den Brutkästen gerissen und auf den Fußboden geworfen haben. Viele haben diesen schrecklichen Bericht in den Abendnachrichten gesehen und natürlich gutgeheißen, den grauenvollen Diktator zu stürzen, der das befiehlt oder zuläßt.

Als später herauskam, daß die "Augenzeugin" die Tochter des Kuwaitischen Botschafters in Washington D. C. war, daß sie von einer PR-Agentur ein halbes Jahr lang auf diesen Auftritt vorbereitet und von einer Schauspielschule dafür trainiert worden ist, hat es kaum noch jemanden interessiert. Der Irak war bereits in die Steinzeit zurückgebombt. Es ist vorbei und nur noch für Historiker von Interesse.

Obama stellt Rußland auf eine Stufe mit dem IS und Ebola

2011 begann der Aufstand gegen den libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi in Bengasi. Das ZDF zeigte uns Aufnahmen der demonstrierenden Massen, die mit Fahnen wedelten und mit wutverzerrten Gesichtern ihren Haß auf den Diktator herausschrien. Wer das sah, hatte Verständnis für die von der NATO erzwungene Flugverbotszone. Wer die üppigen sozialen Verhältnisse in Libyen kannte, hat sich gewundert. Aber wenige schauen hinter die Kulissen -

weder in Libyen noch beim ZDF.

Die geschwenkten Fahnen waren nämlich nicht von Libyen und auch nicht von dessen östlicher Provinz Bengasi, sondern von einem erbitterten Aufstand der schiitischen Bevölkerung von Bahrain gegen ihren Herrscher. Diese Aufständischen wurden von saudischen Leopard-Panzern mit brutalster Gewalt beschossen. Deutschland hatte die Panzer geliefert. Es gab sehr viele Todesopfer, worüber in der Presse kaum berichtet wurde. Die Fehlinformation ist vom ZDF nie korrigiert worden, was darauf hindeutet, daß die Zuschauer bewußt getäuscht werden sollten.

Vor drei Jahren begann mit den ersten Großdemonstrationen auch der Aufstand der Syrer gegen Machthaber Baschar al-Assad. Im letzten Jahr zeigte uns die ARD, wie Assad Demonstranten von Reitern mit zwei Meter langen Holzknüppeln zusammenschlagen ließ, bis sie ohnmächtig und heftig blutend am Boden lagen. Eine genaue Analyse offenbart, daß die Aufnahmen fünf Jahre alt sind und die Niederschlagung von Demonstrationen gegen die von der amerikanischen Besatzung eingesetzte Regierung im Irak zeigen.

Die Gehirnwäsche, die unsere mit steuergleichen Zwangsabgaben finanzierten öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten betreiben, deutet auch auf das Motiv: Es geht nicht um das Volk von Irak, Libyen oder Syrien. Es geht um die Destabilisierung des gesamten nahen Ostens. So soll dem durch den zweiten Irakkrieg nicht geplanten gewachsenen Einfluß des Iran begegnet werden.

Der sich so bezeichnende "Islamische Staat", dessen siegreicher Feldzug gerade Angst und Schrecken verbreitet, ist genauso ein Kind westlicher Geheimdienste, wie seinerzeit die islamischen Milizen der Taliban in Afghanistan. Ohne eine gewaltige finanzielle Unterstützung kann ein derart wirksamer und effizienter Feldzug nicht geführt werden, ist die Logistik der Versorgung und Wartung modernster Waffen, die das erfordert, nicht zu bewältigen.

Am 24. September erklärte Präsident Obama vor der UN-Vollversammlung in New York, daß Rußland neben dem Islamischen Staat (ISIS), sowie dem Ebola-Virus zu einer der drei größten Bedrohungen gehöre, denen sich die Welt ausgesetzt sähe. Das ist eine Kriegerklärung von Barack Obama an Rußland - nicht besser als die "Achse des Bösen" von George W. Bush - und sie deutet darauf hin, daß mit Rußland ähnlich verfahren werden soll wie mit dem Irak und mit Libyen. England plant, 6.000 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge nach Deutschland zu verlegen, weil auf der Insel kein Platz sein soll. Ist Deutschland als Ausgangspunkt eines Angriffs auf Rußland ausersehen? Der angelsächsische Finanzimperialismus braucht jetzt einen Krieg für sein Überleben. Deutschland und Rußland brauchen ihn nicht.

Anne Williamson, eine renommierte Journalistin, die u.a. für das Wall Street Journal geschrieben hat, hat in einer Befragung vor dem Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten ausgesagt: "Was die US-Politik nach dem Kalten Krieg geschmiedet hat, ist ein moralischer, politischer und finanzieller Greuel auf der Basis von Betrug, Diebstahl und Schwindel."

Vom mittellosen Mafiosi zum Milliardär

Deutschland hat Michail Sergejewitsch Gorbatschow seine Wiedervereinigung zu verdanken und sogar die Erlaubnis, auch das Gebiet der ehemaligen DDR in die NATO zu integrieren. Die NATO wollte sich im Gegenzug nicht über die Oder-Neiße-Linie hinaus ausdehnen.

Nachdem die Vereinigung vollzogen war, haben angelsächsische Stiftungen die Familien von Michail Chodorkowski und dem Alkoholiker Boris Jelzin finanziert, um neben Gorbatschow gleich die ganze Sowjetunion zu entsorgen. Westlichem Kapital sollte der Zugriff auf die weltweit größten Rohstoffvorkommen in Rußland eröffnet werden. Die entsprechenden finanziellen Transaktionen wurden über die New Yorker Riggs Bank abgewickelt, die für die meisten amerikanischen Präsidenten die Bankgeschäfte erledigt hat und dessen Direktor Jonathan Bush ist - eine Onkel von George W. Bush.

Die russischen Oligarchen, die im Zuge der Auflösung der Sowjetunion und der Privatisierung

ihrer Bodenschätze und werthaltigen Industriekombinate plötzlich Milliardäre geworden sind, waren zuvor entweder kleine Bürokraten in einem großen Staatsapparat oder mittellose Mafiosi. Wladimir Putin hat dieses Spiel beendet, dem Finanzkrieg gegen russische Bodenschätze einen Riegel vorgeschoben und dadurch die angelsächsischen Kapitalmärkte gegen sich aufgebracht.

Viele der Oligarchen haben sich jetzt dem Zugriff Putins entzogen, sich mit ihren Milliarden nach London abgesetzt, welches deshalb auch Londongrad genannt wird. Ihren gestohlenen Reichtum legen sie auf westlichen Kapitalmärkten an. Der größte russische Ölkonzern war Yukos, den sich Michail Chodorkowski nach der Wende genommen hat.

Der Ständige Schiedshof in Den Haag hat am 28.07.2014 über die Klage der in der Steueroase Gibraltar ansässigen Holding Group Menatep Limited (GML) gegen die Russische Föderation entschieden: Rußland ist verurteilt worden, wegen der faktischen Enteignung von Yukos 50 Milliarden Dollar an Leonid Newslin zu zahlen. Chodorkowski hatte ihm seine Geschäftsanteile übertragen, nachdem er sich im Zuge seiner Freilassung aus der Haft verpflichtet hatte, nicht gegen Rußland zu klagen. Newslin hat sich nach Israel abgesetzt. Das Urteil ist vollstreckbar und russisches Eigentum kann daraufhin jetzt überall auf der Welt gepfändet werden.

Voraussetzung für einen Blitzkrieg

Im Mai 2014 ist mit dem Gesetzentwurf S. 2277 der Russian Aggression Prevention Act of 2014 in den US-Senat eingebracht worden. Es geht um Milliardeninvestitionen zur Destabilisierung Rußlands nach dem erfolgreichen Vorbild der Ukraine. So soll es möglich sein, das Land in einem Blitzkrieg zu erobern und zu "befreien". Unsere Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie unsere Zeitungen und Zeitschriften - offenbar fast alle Außenstellen der NATO-Pressestelle - klären uns darüber nicht auf.

Zbigniew Brzezinski - neben Henry Kissinger die einflußreichste "graue Eminenz" der USA - hat in seinem Buch "Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft" dargelegt, daß die Ukraine geopolitischer Dreh- und Angelpunkt Eurasiens ist. Solange Rußland hier Einfluß hat, über die Krim den Zugang zum Schwarzen Meer behält und seine reichen Bodenschätze nicht privatisiert, bestehe die Gefahr, daß hier eine beutende eurasische Großmacht heranwachse. Mit Arsenij Jazenjuk, dem ukrainischen Ministerpräsidenten, der sich an die Macht geputscht hat und durch einen Hitlergruß aufgefallen ist, wird das Land nun von einem "Einflußagenten" der NATO regiert. Nachdem Jelzin in Rußland nicht mehr zur Verfügung steht, ist nun wenigstens im Nachbarland das Spitzenpersonal linientreu.

Ein Schüler Brzezinskis, Guido Goldman, leitet jetzt den German Marshall Fund und ein Schüler Goldmans, Jochen Bittner, hat an der Rede mitgearbeitet, die der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck im Januar 2014 auf der Münchener Sicherheitskonferenz gehalten hat. Eine stärkere Rolle Deutschlands in der Welt hat er angemahnt - auch militärisch. Darüber haben die Mainstream-Medien uns ausführlich informiert.

Auch Robert Kagan, der Ehemann von Victoria Nuland, arbeitet für den German Marshall Fund. Frau Nuland, Sicherheitsberaterin von Vizepräsident Dick Cheney, ist durch ihren Spruch "fuck the EU" berühmt geworden ist. Cheney hat Präsident George W. Bush während der 9/11-Anschläge im Präsidenten-Airbus auf einen Spazierflug geschickt und sich in den Kommando-Bunker unter dem Weißen Haus zurückgezogen. Was er da getrieben hat, ist nicht bekannt geworden. Noch nicht, denn wir leben in einer Zeit, in der es keine Geheimnisse mehr geben wird, in der nach und nach alles herauskommt.

Ebenfalls im Januar 2014 haben sämtliche Staats- und Regierungschefs Lateinamerikas sich in Kubas Hauptstadt Havanna zu einem Gipfel der CETAC getroffen - der Vereinigung lateinamerikanischer und karibischer Staaten. Sie haben ihre Region zu einer atomwaffenfreien Friedenszone erklärt. Hierüber haben unsere Mainstream-Medien mit keiner Zeile berichtet.

Voraussetzung für Frieden

Im Juli 2014 ist offensichtlich der Versuch gescheitert, mit einem Flugzeugabschuß einen Kriegsgrund gegen Rußland zu schaffen. Den größten Frevel hat Rußland nämlich am 15. Juli im brasilianischen Fortaleza begangen. Vielleicht mußte der Abschub deshalb schnell gehen und ist in der Hektik nicht sorgfältig vorbereitet worden:

In Brasilien war ein Treffen der BRICS-Gruppe - der Staats- und Regierungschefs von Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika. Argentinien und die Islamische Republik Iran waren als Beobachter eingeladen. Die hohen Damen und Herren haben eine Strategie beschlossen, den Dollar von seinem Thron als Weltleitwährung zu stürzen. Dieser ermöglicht es nämlich, die ganze Welt in eine Schuldknechtschaft zu stürzen und damit die Dominanz der USA zu erhalten und ihr gewaltiges Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren.

Zwei Mal haben Machthaber die Weltleitwährung Dollar bereits bedroht: Der erste war Saddam Hussein, der für das irakische Öl Euro statt Dollar haben wollte. Unmittelbar nach dieser Forderung ist in Washington D. C. die Entscheidung zum erneuten Krieg gegen den Irak gefallen, der zum Sturz Husseins geführt hat. Als Hussein in einem sieben Jahre langen Zermürbungskrieg das Nachbarland Iran geschwächt und die Kurden im Norden seines Landes vergiftet hat, war er noch der gute Diktator - Kunde des Westens von Waffen und Giftgas. Aber die Dominanz des Dollar in Frage stellen: Da mußte ein Exempel statuiert werden.

Der zweite war Muammar al-Gaddafi. Mit russischen Ingenieuren hat er den größten unterirdischen Süßwassersee der Erde im Südosten Libyens erschlossen, mit dessen Wasser er den ganzen Norden Afrikas für tausend Jahre in einen blühenden Garten Eden verwandeln wollte - und das ohne einen einzigen Dollar Kredit von den internationalen Banken, der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds. Eine solche finanzielle Unabhängigkeit war gefährlich. Nach dem Sturz Gaddafis ist das weit fortgeschrittene Projekt eingestellt worden.

Nach der alten Logik müßten die USA mit ihren Verbündeten nun die BRICS-Staaten in die Steinzeit zurückbomben. So wäre die Dominanz der Dollars als Weltleitwährung erhalten - und damit die Weltherrschaft der Finanzzentren in der City of London und der Wallstreet. So einfach wie in Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien geht das aber nicht. BRICS umfaßt die Hälfte der Weltbevölkerung. Wir stehen an einem Wendepunkt.

Adam Smith, der große Klassiker der Nationalökonomie, hat im 18. Jahrhundert gesagt: "Es gibt zwei Wege zur Versklavung einer Nation; der eine ist durch das Schwert, der andere durch Verschuldung". Die Montags-Mahnwachen für den Frieden in vielen Städten sind ein wunderbares Zeichen: Kein Volk der Welt will Krieg. Wenn wir korrekt informiert werden, wird die Strategie, uns mit falschen Informationen kriegsgeneigt zu machen, nicht aufgehen.

Eine Finanzordnung, die keinen Krieg mehr braucht, um sich selbst zu erhalten (wie unser gegenwärtiges System) ist einfach. Auf "www.business-reframing.de" können Sie eine faszinierende vierstündige DVD bestellen, die umfassend erklärt, wie das funktioniert und wie ein Systemwechsel zu erreichen ist.

"Der Krieg ist eine zu ernste Sache, um ihn den Generälen zu überlassen", hat der französische Staatsmann Georges Clemenceau vor hundert Jahren gesagt. Es sieht fast so aus, als hätten viele Meinungsmacher heute die Lektionen aus der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs nicht gelernt. Wir sollten aber jetzt noch ergänzen: Das Finanzsystem ist eine zu ernste Sache, um es Banken und Hedgefonds zu überlassen. Und der Frieden ist eine zu wichtige Sache, um ihn der Politik zu überlassen. Jeder von uns ist dafür verantwortlich. Demonstrieren Sie mit - ab nächsten Montag in Ihrer Stadt. Die Leipziger haben so den Eisernen Vorhang eingerissen. Wir alle gemeinsam werden so ein mörderisches und ausbeuterisches System zu Fall bringen.

...

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger, Ökonom und Philosoph, hat in Deutschland, Ghana, Frankreich, Indien, Italien, Argentinien, den USA und dem Iran studiert, geforscht, gelehrt und als

Industriemanager gearbeitet, am längsten bei der Schering AG, dort zuletzt als Personalchef. Er hat mehrere Bücher und zahlreiche Fachartikel veröffentlicht. Er leitet das Business Reframing Institut in Karlsruhe, mit dem er "Flow" in Unternehmen verankert (www.business-reframing.de) und ist wissenschaftlicher Beirat der Wissensmanufaktur. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "Compact-Spezial" berichtete im Jahre 2016 über die 68er Bewegung und die Zensur in der Presse (x341/55-56): >>**Rothfront marschier**

_ von Jürgen Elsässer

Die Antideutschen sind eine Sumpflüthe, die erst relativ spät im 68er Biotop zu keimen begann, aber heute alles überwuchert. Woher kommen diese Leute, und was wollen sie eigentlich? Warum sind sie so stark geworden? Bericht eines Aussteigers.

Claudia Roth ist die dümmste Kartoffel auf diesem Acker. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut." Die gescheiterte Kulturstudentin und langjährige Managerin der Anarcho-Kultband Ton, Steine, Scherben hat nie durch intellektuelle Ausarbeitungen von sich reden gemacht, aber zielsicher und oft tränenreich den Zeitgeist an der Schnittstelle von Prosecco-Autonomem und Bionade-Bourgeoisie getroffen: Ein Herz für afrikanische Flüchtlinge, hoch die internationale Solidarität - und ihr Evergreen "Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!" So rotiert sie seit 25 Jahren von einem gutdotierten Grünenposten zum nächsten. ...

Wie alles begann

Die Antideutschen sind zunächst Ergebnis einer linken Depression: Mit der Öffnung der Mauer begann der blitzartige Zusammenbruch des sozialistischen Systems. Da wir uns nicht eingestehen wollten, daß die Menschen im Osten aus guten Gründen einen Systemwechsel wünschten, mußten wir die Menschen schlechtreden: Die Ossis, die da mit Deutschlandfahnen ihrem Helmut Kohl zujubelten, seien doch eigentlich Nazis. Vor allem die britische Propaganda bestärkte uns in dieser Sicht: Premierministerin Margaret Thatcher hatte eigens eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die nachweisen sollte, daß ein Viertes Reich im Entstehen sei. Günter Grass brachte die Paranoia auf die Formel "Deutschland denken heißt Auschwitz denken".

War man erst mal auf diesem Trip, paßte plötzlich alles ins Bild: In den neuen Bundesländern gab es zum Teil gewalttätige Proteste vor Asyl- und Ausländerheimen - marschierte da nicht eine neue SA? Bei der Zerschlagung Jugoslawiens preschte die Bundesregierung vor - spielten da nicht die alten SS-Verbindungen zu Kroaten und bosnischen Muslimen eine Rolle?

Alle aktuellen Ereignisse wurden auf der Folie der NS-Vergangenheit interpretiert. Die Antideutschen - und das gilt bis heute - halluzinierten sich in die 1930-iger Jahre zurück: Wir müssen verhindern, daß wieder ein Großdeutsches Reich entsteht, das den Kontinent mit Rassismus und Krieg unterwirft. Unser Ziel war deswegen nicht mehr, wie vorher bei den Linken jedweder Couleur, die Revolution, sondern die Zerstörung oder zumindest Auflösung Deutschlands.

Die einen, wie die Grüne-Bundestagsabgeordnete Sieglinde Frieß, forderten, daß Frankreich direkt an Polen grenzen solle; andere schwärmten von der Aufteilung in Kleinstaaten wie zu Zeiten von Goethe und Schiller, weil dies angeblich den Militarismus gedämpft, die Kultur aber gefördert hätte; Realpolitiker wie Jürgen Trittin hofften dagegen auf eine allmähliche Einschmelzung Deutschlands in die Europäische Union - eine Idee, die mittlerweile kurz vor der Verwirklichung steht.

Schon 1991 zeigte sich, wie realitätsblind die Fixierung auf die NS-Vergangenheit machte - und wie leicht Linke dadurch in das Fahrwasser des amerikanischen Imperialismus gerieten. Als nämlich eine US-geführte Armada den Irak angriff, stellte sich ein Teil der Antideutschen hinter das Pentagon. Die Begründung klangen sie von Hans Magnus Enzensberger: Saddam Hussein sei ein "Wiedergänger Hitlers" und wolle mittels deutscher Chemiewaffen einen

zweiten Holocaust an den Juden ins Werk setzen. Einer der antideutschen Wortführer, Wolfgang Pohrt, ging in der Zeitschrift Konkret soweit, Atombomben auf Bagdad zu fordern. Die Zurückhaltung der Bundesregierung bei diesem Krieg kritisierten die linken Bellizisten nicht weniger als die Falken im Pentagon.

Fast wäre die neue Bewegung an diesem Punkt zerbrochen - nicht nur für mich war der Pro-Kriegskurs einiger Protagonisten unerträglich. Aber der Widerspruch trat schnell in den Hintergrund, weil der Irakfeldzug bereits nach zwei Wochen zu Ende war. Ab dann dominierte bis zum Ende des Jahrzehnts der Jugoslawien-Konflikt die politische Debatte, und an diesem Punkt standen die Antideutschen, zu meiner Befriedigung, an der Spitze der Friedensbewegung, wenn auch erneut mit einem schrägen Historizismus: Die meisten sahen noch die Wehrmacht vor Belgrad, als längst schon die Air Force bombardierte.

9/11 als Zäsur

In jenen Jahren begann meine langsame Ablösung von den Antideutschen. Zum einen, weil ich als Kenner der Balkanpolitik langsam, aber sicher merkte, daß die US-Amerikaner die Aggression gegen Jugoslawien vorantrieben, und nicht die Deutschen. Zum anderen, weil in Serbien etwas passierte, was das Gros der Linken bis heute ausblendet:

Die Sozialisten von Slobodan Milosevic schlossen ein Regierungsbündnis mit der - in der Optik der Antifa - faschistischen Serbischen Radikalen Partei von Vojislav Seselj. Ich begann zu ahnen, daß der gesamte Links-Rechts-Konflikt, der bis dahin mein Denken dominiert hatte, künstlich konstruiert war, um ein bedrohtes Volk vom Widerstand gegen den Imperialismus abzuhalten.

Zum Bruch kam es mit den Anschlägen vom 11. September 2001. Da ich mich als Journalist schon immer in akribischer Recherche geübt hatte, merkte ich schnell, daß die offizielle Verschwörungstheorie von "Osama und den 17 Räufern", die aus einer Berghöhle am Hindukusch heraus den anspruchsvollsten Terroranschlag der Weltgeschichte durchgeführt haben sollten, nicht stimmen konnte. Der Rest der Antideutschen freute sich hingegen, endlich wieder einen Feind zu haben, dem man das Hitlerbärtchen ankleben konnte. Seither hat es diese Sorte Linker fertiggebracht, jeden Krieg der USA und Israels als antifaschistisch zu rechtfertigen - Afghanistan 2001, Irak 2003, Libanon 2006, Gaza 2009 - und lautstark auch die Bombardierung des Iran zu fordern.

Waren die Antideutschen in den 1990er Jahren eine verrückte linke Sekte mit ein paar hundert Anhängern, sind sie nach 9/11 zu einer vieltausendköpfigen Propagandakompanie der amerikanischen Neokonservativen und der zionistischen Rechten geworden. Seit sie auf jede Demonstration ihre USA- und Israelfahnen mitnehmen, fließen die staatlichen Hilfgelder für ihre Antifaprojekte.

Das System hat sich eine kriegerische Avantgarde gezüchtet, die jederzeit für die Durchsetzung der One World mobilisierbar ist - gegen fremde Völker ebenso wie gegen das eigene Volk. Mit meinem entschiedenen Widerstand müssen sie rechnen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 1. Juni 2017 (x1.000/...):
>>**Wie die 68er-Bewegung die Schlüsselpositionen im Staat besetzte**

... Nach der russischen Oktoberrevolution 1917 versuchten die Kräfte hinter ihrem Anführer Lenin, den Kommunismus weltweit zu verbreiten. In Deutschland scheiterten Versuche, eine offene Revolution loszutreten am mangelnden Interesse der Bevölkerung. Weil in Deutschland eine Machtergreifung der Kommunisten mittels Revolution - wie 1917 in Rußland - nicht möglich war, mußte eine andere Strategie zum Zuge kommen. In seinem Buch "Rot-Grüne Lebenslügen" beschrieb Torsten Mann, wie die Kommunisten in Deutschland den Weg der Langzeit-Unterwanderung gingen.

Umgesetzt wurde diese durch die 68er-Bewegung, die Schlüsselpositionen im Staat besetzte. Man prägte seit den 50er Jahren gezielt Studenten mit den Lehren der marxistischen "Frank-

furter Schule". Die "Frankfurter Schule" wurde 1923 als "Institut für Marxismus" gegründet und später umbenannt in "Institut für Sozialforschung". Das Leitmotiv hieß: "Kritisieren bis zur Zersetzung". Das meint, die Ablehnung und Zersetzung jeder bestehenden Ordnung. Ziel war die traditionelle Familie aufzulösen und zu ersetzen durch: andere Lebensgemeinschaften, Feminismus, schrankenlosen Sex und antiautoritäre Erziehung.

Der Kampf galt der bürgerlichen Moral, den christlichen Werten und jeglicher Autorität. Durch die Propaganda der "Frankfurter Schule" entstand eine rebellierende Studentenbewegung - die 68er-Bewegung, - die sich auf die etablierten Parteien verteilte, ohne ihre marxistische Gesinnung offen zur Schau zu tragen.

Die 68er vollzogen demnach den von Wortführer Rudi Dutschke geforderten "Langen Marsch durch die Institutionen" - das heißt, anstelle einer schnellen Revolution besetzten sie in vielen Schritten über lange Zeit hinweg die Schlüsselpositionen im Staat: vor allem im Bildungswesen, in der Justiz und in den Medien. So begann man von innen her schrittweise das umzusetzen, was auf revolutionärem Wege nicht gelang.<<

Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 30. August 2017: >>**Bundesanwaltschaft weist 1.000 Strafanzeigen gegen Merkel wegen "Hochverrats" ab**

Seit dem Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 sind bei der Bundesanwaltschaft mehr als 1.000 Strafanzeigen wegen "Hochverrats" gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel eingegangen. Daran sollen AfD-Anhänger maßgeblich beteiligt sein.

Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind nach einem Zeitungsbericht seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 mehr als 1.000 Strafanzeigen gegen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wegen Hochverrats eingegangen. "Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", sagte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen".

Angela Merkel offenbar von vielen AfD-Anhängern angezeigt

Ein größerer Teil der Anzeigen stammt dem Bericht zufolge aus dem Kreis von AfD-Anhängern. Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. Die Behörde muß alle Strafanzeigen prüfen.

Erst am vergangenen Dienstag hatten AfD-Anhänger gegen die Bundeskanzlerin mobilisiert. Bei einem Wahlkampfauftritt in Bitterfeld-Wolfen (Sachsen-Anhalt), wo die AfD mit 22 von 87 Sitzen im Landesparlament vertreten ist, wurde Angela Merkel mit Buhrufen und Pfiffen empfangen. Der Lärm riß auch während ihrer Rede nicht ab. Als Merkel versprach, die Steuern nach einer Wiederwahl nicht erhöhen zu wollen, ertönte ein Sprechchor, der ihr "Lügner, Lügner" und bis zum Ende ihrer Rede "Hau(t) ab" entgegen rief. Beim Thema Flüchtlinge und Fluchtursachen waren Beifall und Buhrufe zu hören.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 21. September 2017 (x1.000/...): >>**Alarmierende Meinungszensur in Deutschland**

"Wenn du wissen willst, wer dich beherrscht, mußst du nur herausfinden, wen du nicht kritisieren darfst." so Voltaire. Gleiches ist auch heute noch gültig, besonders für Medienschaffende.

...

In Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit verankert: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Die unzensurierte Meinungs- und Pressefreiheit ist ein wesentliches Merkmal und Grundpfeiler der Demokratie. Entsprechend alarmierend sind die zahlreichen Fälle, die belegen, daß die unzensurierte Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland bereits in ganz erheblichem Maße verloren gegangen ist. Klagemauer TV hat für Sie dazu einige Beispiele recherchiert: Eva

Herman: Eva Herman arbeitete als Moderatorin und Tagesschausprecherin fast 20 Jahre für den Bayerischen Rundfunk, die ARD und den NDR und galt als beliebteste Moderatorin Deutschlands.

In ihrem im September 2006 erschienenen Buch "Das Eva-Prinzip" sprach sie sich dann u.a. dafür aus, daß Familie und Mutterschaft für Glück und Zufriedenheit einer Frau wichtiger sind als berufliche Karriere und vollständige Unabhängigkeit. Dies löste zeitweise eine breite Debatte über Geschlechterrollen aus und führte 2007 zur Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten. Matthias Matussek: Matthias Matussek war Sonderkorrespondent aus Ost-Berlin, wofür er 1991 mit dem Egon-Erwin-Kisch-Preis für die besondere Qualität seiner Reportagen ausgezeichnet wurde.

Von 1992 bis 2004 war er Leiter der Büros des Spiegel-Nachrichtenmagazins in New York, Rio de Janeiro und London und leitete daraufhin drei Jahre lang das Kulturreportage des Spiegels. 2013 wechselte er zum Axel Springer Verlag. Ein einziger Kommentar auf Facebook zu den Terroranschlägen in Paris 2015, den er am Schluß mit einem Smiley versehen hatte, kostete ihn die Kolumnisten-Stelle bei der Tageszeitung "Die Welt". Er schrieb: "Ich schätze mal, der Terror von Paris wird auch unsere Debatten über offene Grenzen und eine Viertelmillion unregistrierter junger islamischer Männer im Land in eine ganz neue frische Richtung bewegen."

Frieder Wagner: Der mit dem Grimme-Preis ausgezeichnete Journalist und Filmemacher Frieder Wagner hatte mit seinen Filmen "Der Arzt und die Kinder von Basra" und "Deadly Dust - Todesstaub" gegen ein Tabu verstoßen. Er durchbrach das Schweigen der Medien über die Folgen der hochgiftigen Uranmunition, die von den USA und Großbritannien seit bald zwei Jahrzehnten eingesetzt wird. Zwar wurde er mit dem Europäischen Fernsehpreis 2014 ausgezeichnet, weil er aber als "antiamerikanisch" abgestempelt worden war, fand er in Deutschland keinen Verleiher, der den Film zeigen wollte. Von den Medien wird er ebenfalls gemieden und bekommt keine Aufträge mehr.

Gerhard Wisnewski: Gerhard Wisnewski war Bestsellerautor beim Knauer-Verlag. Vor fast einem Jahrzehnt schrieb er den jährlich neu erscheinenden Langzeitbestseller "Verheimlicht, Vertuscht, Vergessen", von dem jährlich knapp 100.000 Exemplare verkauft worden waren und der immer an der Spitze der Spiegel-Bestsellerliste gelandet war. Als die Ausgabe für das Jahr 2016 bereits fertig zur Druckvorlage war, wurde die Zusammenarbeit vom Knauer-Verlag abrupt beendet. Laut Wisnewski habe der Knauer-Verlag Anstoß an seinen Äußerungen zur Flüchtlingskrise genommen. So ging es in der Ausgabe 2016 mehrheitlich um "die wahren Hintergründe der Flüchtlingskrise."

Weitere Beispiele finden Sie in den eingblendeten Sendungen. Sobald Meinungen geäußert werden, die von der sogenannten "politisch-korrekten offiziellen" Meinung abweichen und eine zu große Öffentlichkeitswirkung erreicht wird, haben Veröffentlichungen oder nur schon Äußerungen dramatische Konsequenzen. Der Arbeitsplatz wird gekündigt, die Karriere ruiniert, Veröffentlichungen werden blockiert und diffamiert.

Es stellt sich unwillkürlich die Frage: Wo ist die im Grundgesetz verankerte unzensurierte Meinungsfreiheit in Deutschland geblieben? Mit einem Zitat von Voltaire schalten wir jetzt in das Studio Karlsruhe, um von dort über einen aktuellen Fall von Meinungszensur zu berichten: "Wenn du wissen willst, wer dich beherrscht, mußt du nur herausfinden, wen du nicht kritisieren darfst."<<

[Auf der Webseite "https://kenfm.de ..."](https://kenfm.de ...) des deutschen Journalisten Ken Jepsen erschien am 9. Oktober 2018 folgender Bericht über die Folgen des inhumanen Finanzkapitalismus (x1.014/...): >>**Die Entscheidung - Kapitaldiktatur oder Souveränität der Menschen (Teil 1)**

Der Verfall und die politische Krise des Westens

Von Heinz Kruse und Gunther Sosna

Politische Verantwortungslosigkeit hat den Finanzkapitalismus entfesselt. Namenloses Unheil richtet er an. Es ist zu befürchten, daß grenzenloses Wachstum auch grenzenlose Zerstörung bedeutet. Es reicht aber nicht, das Schicksal und das verantwortungslose Wirken der Politik zu beklagen. Es müssen Wege gefunden werden zur Überwindung einer überholten Politik und des inhumanen Finanzkapitalismus.

In der repräsentativen Demokratie ist der Souverän zum Zuschauer degradiert. Er soll seine Stimme alle vier Jahre abgeben, dann am besten schweigen und sich um die sozialen Trümmerwüsten kümmern, die der Finanzkapitalismus zurückläßt. Dieser ist längst in die Parteien eingesickert. Er verformt Politik und Recht, und versucht, seine zerstörerische Herrschaft demokratisch zu legitimieren. Noch kann der Souverän eingreifen.

Der Verfall und die politische Krise des Westens

Jede Person hat das Recht auf personale Souveränität. Es ist ihr Menschenrecht auf Selbstbestimmung. Diese Souveränität ist der Kern jedes gesellschaftspolitischen Ansatzes. Wer Freiheit und Gerechtigkeit will, muß also mit der personalen Souveränität beginnen. Doch diese ist bedroht. Der entfesselte Finanzkapitalismus greift nach der politischen Herrschaft. Gelingt der Coup, verschmelzen Staat und Kapital zu einem neuen Faschismus, der die personale Souveränität beseitigen wird. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um die Machtfrage zu stellen.

Die historische Erfahrung lehrt, daß jede Form von Unrechtssystemen mit der Einschränkung des grundlegenden Menschenrechts auf Souveränität verbunden ist. Ohne die konstitutionelle Verankerung von Souveränität wird die Gesellschaft keine demokratischen und friedlichen Auswege aus der aktuellen politischen Krise finden. Deshalb stehen wir vor einer Grundentscheidung, die unser Land weit über unsere Generation hinaus prägen wird.

Lassen wir es zu, von Politik und Finanzkapital beherrscht zu werden, dann sind Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Krisen bis hin zu Kriegen wahrscheinlich. Wenn wir Frieden und Gerechtigkeit in einer lebenswerten Umwelt wollen, müssen wir handeln. Ein erster Schritt ist die Ausführung unserer personalen Souveränität.

Die Krise wird sichtbarer und ist durch Propaganda nicht mehr zu überspielen

Unsere gegenwärtige Lage und die sich häufenden Krisen haben eine ihrer Ursachen im selbstherrlichen Handeln der Politik und der damit verbundenen Mißachtung souveräner Bürgerrechte. Eine feudale politische Machtelite, die sich in den hierarchisch organisierten Parteien abgelagert hat und zur inneren Lähmung führte, trug dazu bei, daß sich nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems Ende der 1980er der Finanzkapitalismus praktisch unkontrolliert entfalten konnte und in der Gegenwart - politisch flankiert - alle Hemmungen verliert.

Mit ihm gibt es weder Frieden in der Welt noch allgemeinen Wohlstand - weder in Deutschland noch in Europa oder sonst wo auf dem Planeten. Im Gegenteil: Die politische, rechtliche und institutionelle Ordnung wird zerstört, das Gemeingut gestohlen, die Menschen um ihre Zukunft betrogen und der Globus geplündert. Die Privatisierung von Wasser, Elektrizität, Schulen, Straßen und Krankenhäusern, der Landraub und die rücksichtslose Rohstoffausbeutung in Lateinamerika und Afrika, die Kriege im Nahen Osten, die grassierende Armut in allen Winkeln und die anwachsenden Flüchtlingsströme sind nur ein paar der offensichtlichsten Folgen ungezügelter Gier.

Der gigantische Reichtum Weniger und das Elend der Vielen sind untrennbar verbunden mit dem Finanzkapitalismus, der sich nun eine demokratische Tarnung anlegt, um aus der Rolle des Brandstifters in die Rolle des Retters zu schlüpfen, dessen zerstörerische Kraft durch den Souverän legitimiert werden soll.

Die politische Führungsschicht stellt sich gegen ihre Bürgerinnen und Bürger

Tausende von Lobbyisten sorgen dafür, daß selbst der letzte Hinterbänkler in den Parlamenten

seine Aufgaben haarklein erklärt bekommt. Daß einem Finanzminister ein Goldman-Sachs-Manager als Berater an die Seite gestellt wird, spricht für sich. Die Politik ist zu träge und agiert nicht schnell genug für das Kapital. Zu viele Diskussionen, zu wenig Fachwissen, zu viele Zugeständnisse, zu langatmig sind die Umsetzungsprozesse.

Diese Politik, die in der Kombination mit einer ausufernden Bürokratie und dem repräsentativen System die Wählerinnen und Wähler entmündigt, hat ihre Schuldigkeit getan. Das Kapital will die politischen Zügel selbst in die Hand nehmen. Brüssel hat man praktisch in der Tasche. Etwa 25.000 Lobbyisten, nach Schätzungen von LobbyControl ausgepolstert mit einem Jahresbudget von 1,5 Milliarden Euro, nehmen nicht nur Einfluß auf die EU-Institutionen, sondern bemächtigen sich dadurch der Demokratie.

In Frankreich ist das Vorhaben abgeschlossen. Es wurde befürchtet, aber zu spät realisiert, daß Emmanuel Macron kein Weißer Ritter ist, sondern der Vorbote der neuen politischen Kaste aus dem Dunstkreis der Finanzoligarchie, die aus dem Nichts mit Hilfe der Retortenpartei En Marche in die politische Landschaft eindrang, die ausgebrannten Sozialisten beerbte und Macron als Staatshalter mittels demokratischer Wahl auf dem Präsidententhron installierte.

Die Macht des Kapitals wurde so in uneingeschränkte politische Herrschaft verwandelt - die Entrechtung und Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung offenkundig als Ziel und durch Arbeitsmarktreformen vorangetrieben.

Der zunehmende Widerstand der französischen Arbeiter, an deren Seite die Studenten stehen, die anhaltenden Streiks und eine antikapitalistische Linke, die sich langsam positioniert, zeugen davon, daß Macron als Bluff aufgefliegen ist.

Der Souverän erwacht in Frankreich aus der Lethargie - vielleicht zu spät.

Die Rechtsregierung in Österreich, inhaltlich getrimmt auf nationalistische Parolen und rassistische Hetze, versucht umzusetzen, was dem Kapital gefällt: 12-Stunde-Tage, 60-Stunden-Woche, Sozialabbau, mehr Polizei, mehr Überwachung und eine Armee, die den Inlandseinsatz gegen Demonstranten und Streikende trainiert. Denn das Volk muckt auf und die Jugend mobilisiert, da heißt es wachsam bleiben.

Deutschland ist Vorreiter: Hartz IV, Niedriglohnsektor, Zeitarbeit, Befristungen, Privatisierungswelle, Rüstungssirrsinn, Überwachungswahn und nun in Bayern das Polizeiaufgabengesetz, das in seiner Ausgestaltung an die dunkelsten Zeiten des Nationalsozialismus anknüpft.

Auf den Punkt gebracht: Fast alle Regierungen der europäischen Demokratien bringen den Repressionsapparat gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung in Stellung.

Als Begründung taugen der illegale Flüchtling, der gemeine Moslem, der definatorisch nie erklärte internationale Terrorismus und eine diffuse Bedrohung aus dem Osten, die traditionell im Westen bemüht wird, wenn einem nichts mehr einfällt oder im konkreten Fall die Bedrohung der personalen Souveränität verschleiert werden soll.

Begünstigt wird diese Taktik durch eine Rechte, die Rassismus salonfähig macht und den Nationalismus als Garten Eden verkauft, dessen Tore lediglich für die Schwächsten der Schwachen geschlossen werden müßten.

Aber auch die Linke hat sich beim langen Marsch in die gesellschaftliche Mitte selbst kastriert. Die Sozialdemokratie ist zum sozialen Feigenblatt einer Politik geworden, die den Finanzkapitalismus hofiert. Gemeinsam mit der Linken zeichnen sie sich durch programmatischen Stillstand, innere Zerrissenheit und fehlende Zukunftsfähigkeit aus. Im Ergebnis sind sie bürgerlich verkrustet. Die gesamte politische Administration ist in überholten Denk- und Handlungsmustern verhaftet.

Die Geschichte wiederholt sich

Mit dem Konflikt zwischen den USA und Europa wiederholt sich die Geschichte. Das Bürgertum, das 1914 mit Hurra in den 1. Weltkrieg zog und 1933 in Deutschland den Nationalsozialisten die Weimarer Republik auslieferte, weil es sich nicht mit der Arbeiterklasse identifizie-

ren und verbünden wollte gegen Adolf Hitler und sein Gefolge, rollt heute dem Finanzfaschismus den roten Teppich aus. Angstzitternd flüchtet es sich in Gold, Immobilien und Konten in der Schweiz.

Demütig, mutlos und als Untertanen lassen sie eine Politik agieren, die sich schon längst von der Ordnung des Rechts entfernt hat. Was die bürgerliche Wählerschaft dabei nicht versteht: Weder rechts, links noch in der Mitte sind sie vor diesem Raubtier sicher, daß keinen Krieg auslassen wird, wenn es etwas zu verdienen gibt. Mehr noch, Kriege und Konflikte sind ihm zum Finanzgeschäft schlechthin geworden.

Lebhaft nimmt man am wöchentlichen Spektakel teil, das zwischen Fußball und Eurovision für Ablenkung sorgt. Immerhin wird man davon abgelenkt, daß man selbst zum Ausbeutungsobjekt des Finanzkapitalismus wird. Der lebendige Finanzkapitalismus, der sich anschickt zum Finanzfaschismus zu mutieren, wendet sich auf der Suche nach Verwertbarem bereits dem Bürgertum zu, weil die ökonomisch abgehängten Schichten abgegrast sind. Sie sind nicht mehr zu schröpfen, sondern werden auf ein absolutes Existenzminimum reduziert. Da ist ansonsten nichts mehr zu holen.

Der Staat zieht sich zurück und die Zivilgesellschaft kann sich im Ehrenamt um die Schlacke kümmern. Die ehemals linken Parteien sind in diesem Prozeß als soziale Vorhänge gerade gut genug für die Aufräumarbeiten.

Banker, Selbstständige, Angestellte, die untere und mittlere Führungsebene, Lehrer, Dozenten, die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst - sie alle werden nun zum Objekt der Begierde. Ihre kreditfinanzierten Einfamilienhäuser im Grünen, ihre Grundstücke mit Zaun und Gartenzwerg und ihre kleinen Schätze im Bankschließfach, die sie für Reichtum halten: Der Raubtierkapitalismus wird alles auffressen.

In einer Demokratie bestimmt der Souverän

Aber die auch im Grundgesetz vorgesehene Rolle des Souveräns hat der Bürger in Deutschland nie wirklich eingenommen. Er verblieb nach dem Untergang der Monarchie und des 3. Reichs in der Objektrolle des Untertanen. In der Deutschen Demokratischen Republik wurde dem "Souverän" eine Parteiendiktatur gleich direkt vor die Nase gesetzt, und im Westen sorgte die repräsentative Demokratie, die sich zur Parteienherrschaft mauserte, für "klare Verhältnisse".

Bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Parteien bestand immer Einigkeit darin, die persönliche Souveränität der Menschen darauf zu reduzieren, ihnen einmal in einer Wahlperiode den Gang an die Urnen zu gestatten. Damit diese Pervertierung des demokratischen Gedankens Gemeingut werden konnte, wurden viele Anstrengungen unternommen. Damit stand die eigentliche Entscheidung über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen nie zur Wahl. Zwischen vorgegebenen Parteien und Themen konnte ein Kreuz gemacht werden, was dann geschah, war den Parteien und den im Hintergrund agierenden Kräften überlassen.

Die politische Administration entwickelte sich zu einer Machttechnokratie, die das Volk in eine Randrolle der Demokratie schicken konnte. Das Modell war so gut austariert, daß sich auch die ehemals systemkritischen Parteien mehr und mehr diesem Grundmodell anpaßten. Die sozialfeindlichen Hartz IV-Regulierungen waren insofern kein Ausrutscher eines Kanzlers Schröder, sondern die logische Folge einer langfristig absehbaren Entwicklung.

Die Gruppierungen in den Parteien steckten ihre Einflußzonen ab. Politische Schwerpunkte schwankten quotal nach Wahlergebnissen. Auch dies war prognostizierbar. So konnte der Philosoph Karl Jaspers schon in den sechziger Jahren zuverlässig die politische Entwicklung zur Diktatur einer Parteienoligarchie aus den damals schon bestehenden Machtstrukturen erkennen und beschreiben. Als der Soziologe Danilo Zolo in den 1990er Jahren sein Buch "Die demokratische Fürstenherrschaft" veröffentlichte, nahm er vorweg, was heute Alltagswissen ist:

Die Parteien entmündigen die Wähler

Sie haben es geschafft, das Menschenrecht auf Souveränität in eine formale und somit inhaltsleere Hülle zu verwandeln. Die Parteiführungen befehlen und die Fraktionen folgen. Und das Volk steht als staunender, erschrockener Zaungast am Rande des Geschehens. Die Lage zeigt: Maßgeblich für die derzeitige politische Form des Staates ist nicht der Souverän, sondern die wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen.

Ein mutiger Schritt als Ausweg

So komisch es sich anhören mag: Die sichere Seite gibt es nicht, aber es existiert ein Ausweg, den das Bürgertum und die Abgehängten gemeinsam erzwingen können und im Angesicht der ökologischen Zerstörungen und der wachsenden Kriegsgefahr auch müssen. Wenn der Mensch als Gattung überleben will, muß sich die Art des Wirtschaftens ändern. Dazu braucht es eine Abkehr vom Finanzkapitalismus und eine neue politische und wirtschaftliche Ordnung.

Eine demokratische Welt mit einer lebenswerten Zukunft wird der Bevölkerung nicht geschenkt. Sie muß sie selbst herstellen - mit Mut und Tatkraft. Der erste Schritt ist eine Verfassung vom Volk. Mit ihr wird die personale Souveränität in eine politische Form gebracht. Ist dieser Schritt vollzogen, können die politischen Maßnahmen angegangen werden, die die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft sichern. Der Weg führt über eine gewaltlose Massenbewegung, die die Machtfrage nicht nur formuliert, sondern politisch stellt!

Heinz Kruse war im Bereich der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen sowie als Wirtschaftsdezernent der Landeshauptstadt Hannover tätig. Seit seiner Pensionierung arbeitet er an Lösungen und Verfahren für eine Reform der Demokratie, die aus seiner Sicht an der Frage der Verfassungshoheit ansetzen müssen. Er war Vorsitzender des Vereins Verfassung vom Volk e.V. und ist Buchautor.

Gunther Sosna studierte Psychologie, Soziologie und Sportwissenschaften und arbeitete unter anderem in der Werbung, der Kommunikation und als Journalist. Er beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und Grenzen basisdemokratischer und informaler Organisation. Er ist Initiator von Neue Debatte - Magazin für Journalismus und Wissenschaft von unten.<<

[Auf der Webseite "https://kenfm.de ..."](https://kenfm.de ...) des deutschen Journalisten Ken Jebesen erschien am 11. Oktober 2018 folgender Bericht über das Recht auf Selbstbestimmung (x1.014/...): >>

Die Entscheidung - Kapitaldiktatur oder Souveränität der Menschen (Teil 2)

... Die Verfassung vom Volk als politischer Befreiungsschlag

Von Heinz Kruse und Gunther Sosna

Der Zerfall politischer Strukturen ist in vielen europäischen Ländern weit vorangeschritten, auch in Deutschland. Die politische Krise droht sich zu einer Staats- und Kulturkrise auszuweiten, die die Gesellschaft sprengt. Um dem zu entinnen, werden die Menschen die Grundsatzfrage nach der politischen Macht und ihrer Legitimation stellen müssen. Echte personale Souveränität bedeutet, ein Verfassungsreferendum für eine Verfassung vom Volk durchzuführen.

Die Verfassung vom Volk als politischer Befreiungsschlag

Der erste Schritt einer notwendigen politischen Veränderung beginnt damit, daß die Menschen die Macht- und Legitimationsfrage stellen und beantworten. Sie müssen dafür ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht einklagen. Sie brauchen auch den Artikel 146 des Grundgesetzes nicht, nachdem sich das Volk eine Verfassung geben kann.

Die Menschen haben ein Recht auf Selbstbestimmung - auf ihre "personale Souveränität". Sie ist der Ausgangspunkt für jede freie, demokratische Gemeinschaft und über sie führt der Ausweg aus der gegenwärtigen Krise.

Souveränität - Das Menschenrecht auf Selbstbestimmung

In den vorchristlichen Gesellschaften Nord- und Mitteleuropas war ein Mensch souverän,

wenn er über seinen eigenen Hals bestimmen konnte. Die souveräne Person bestimmte selbst über ihre Belange, ihr Schicksal lag in den Händen der Götter. Jede Form einer ungerechten Herrschaft ist mit einer Einschränkung der personalen Souveränität verbunden.

Die personale Souveränität als Recht verschwand. Mit Bezug auf "höhere Rechte" bestimmten im Mittelalter fortan Kirchenfürsten im Zusammenspiel mit einer feudalen Oberschicht die Geschicke der Gemeinschaft. Das angeblich höhere Recht, das die personale Souveränität verdrängte, diente zur Legitimation der auf Landbesitz und religiöser Ideologie begründeten Feudalherrschaft. Um diese abzusichern, wurde die mediale Vermittlung von Herrschaftsansprüchen immer wichtiger.

Durch neue naturwissenschaftliche Erkenntnisse wurde diese Ordnung zu Beginn des 16. Jahrhunderts in großen Teilen des heutigen süddeutschen Sprachraums in Frage gestellt. Triebkräfte waren nicht nur Reformer wie Martin Luther, sondern vor allem auch Sozialrevolutionäre wie Thomas Müntzer, die neben der kirchlichen Erneuerung eine gerechte Umverteilung des Reichtums forderten.

Doch diese Seite der weltlichen Ordnung sollte unangetastet bleiben. Deshalb stützten die sogenannten fortschrittlichen Feudalherren Martin Luther und nicht Müntzer. Die Auseinandersetzungen mündeten im deutschen Bauernkrieg, der für die Aufständischen mit einer vernichtenden Niederlage endete.

Die Revolution des gemeinen Mannes zeigte dennoch den unbedingten Willen zur gesellschaftlichen Veränderung. In den "Zwölf Artikeln von Memmingen" formulierten die Bauern eigene Menschen- und Freiheitsrechte. Ihre Versammlungen, die zu den zwölf Artikeln führten, gelten als erste verfassungsgebende Versammlung auf deutschem Boden.

In der Epoche der Aufklärung im 18. Jahrhundert kam es zu dem revolutionären Anspruch, die Freiheit des Menschen durchzusetzen. Der Mensch wurde als mündiges Wesen angesehen. Sein Wille sollte nicht durch ein höheres Wesen oder durch andere Menschen, die eine höhere Stellung in der Gesellschaft einnahmen (Adel und Klerus) bestimmt oder eingeschränkt werden. Die Aufklärung führte so zu einer fundamentalen Bibel-, Religions- und Staatskritik, die bis in die Gegenwart wirkt. Seitdem ist Souveränität der Ausgangspunkt für die Befreiung vom politischen Zwang und vom religiösen Aberglauben und damit maßgebend für die Entwicklung demokratischer Regierungsformen.

Souveränität - Das Recht auf eine Verfassung vom Volk

Wer für sich als Mensch Souveränität beansprucht, der muß auch die Souveränität anderer Menschen akzeptieren. Die wechselseitige Akzeptanz von personaler Souveränität erfordert ein Gesellschaftsmodell, das aus Freien und Gleichen besteht. Insofern stehen Souveränität, Freiheit und Selbstbestimmung für eine friedliche Gemeinschaft von Gleichberechtigten.

Wer über sich selbst frei bestimmen kann, soll auch frei und selbstbestimmt die Form und Regeln (Gesetze) der Gemeinschaft (Clan, Stammesverband, Staat) festlegen, in der er als soziales Wesen lebt. Dieser Anspruch drückt sich unter anderem im Artikel 20 Grundgesetz aus, in dem festgelegt ist, daß alle Macht vom Volk ausgeht. Dieser Anspruch wird mit einer "Verfassung vom Volk" aufgegriffen, um ihn in reale Politik umzusetzen.

Die Souveränität der Person und der Gemeinschaft von Personen steht vor dem Staat. Die Entscheidung über die Form des Staates wird gemeinschaftlich als Summe der souveränen Entscheidungen getroffen.

Dazu hier schon ein vorausgreifender Hinweis: Die personale Souveränität ist streng zu trennen von der Frage der nationalen Souveränität und einer bestimmten Form der Gemeinschaft. Insofern sind alle Ansätze zurückzuweisen, nach denen Souveränität automatisch mit einer bestimmten Form der Gemeinschaft verbunden ist - wie zum Beispiel mit einem Nationalstaat.

Eine Gemeinschaft kann ihren Gemeinwillen in Normen und Regeln formulieren - als Gesell-

schaftsvertrag, Verfassung und Recht. Sie gelten in einem umfassenden Sinne für die Gemeinschaft. Daraus folgt, was von den Denkern der Aufklärung formuliert wurde: Der Souverän steht vor dem Recht und vor der Verfassung. Die Gemeinschaft der Freien und Gleichen ist die Zusammenführung souveräner Personen zur Gemeinschaft (heute als Volk bezeichnet), die als verfassungsgebendes Subjekt und somit als Institution handelt. Sie tritt aber nicht an die Stelle der personalen Souveränität, sondern sie ergibt sich aus ihr.

Mit Blick auf unsere gegenwärtige gesellschaftspolitische Situation bedeutet dies auch, daß die jeweilige Gemeinschaft der souveränen Bürgerinnen und Bürger die Grundentscheidung über Form und Inhalt einer Verfassung trifft - gleich, ob dies eine Verfassung für Deutschland oder Europa ist. Das bedeutet, wir - die Menschen in Deutschland - haben das Recht zu entscheiden, wie wir unser Zusammenleben gestalten wollen. Vor allem können wir Ordnung und Regeln festlegen, in denen Politik handeln kann und mit denen wir in die Politik eingreifen wollen.

Die Realisierung dieses Rechts wird aber blockiert mit angeblich höheren Rechten und Werten wie die der Gemeinschaft der Europäer, internationale Bündnisse, angebliche Rechte auf die Sonderstellung von Religionen, und es wird vor allem medial-propagandistisch verwässert und als "nationalistisches Übel" diskreditiert. Es sind konkrete Interessen, die hinter dieser Blockade stehen.

Von der Parteiendemokratie zur Feudalherrschaft der Parteien

Die Parteien haben in dem Geflecht von kapitalistischen, politischen und militärischen Interessen immer die Interessen ihrer Völker gleichgesetzt mit dem angeblichen ideellen Gesamtinteresse der jeweiligen Nation.

Tatsächlich aber reduzierte sich dieses auf die Kapitalinteressen. So konnte sich die Politik der Parteien darauf beschränken, den bürgerlichen Staat mit Gesetzen und Verordnungen zu regulieren, die die wirtschaftliche Ordnung aufrechterhielten.

Das Privateigentum und die freie Verfügung über die sogenannten Produktionsfaktoren standen im Zentrum der Rechts- und Ordnungsentwicklung. Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das in ihm agierende Kapital und die nur mühsam zu verschleiernde Klassengesellschaft, die sich in der Gegenwart immer deutlicher in wenige besitzende und sehr viele nicht besitzende Menschen ausdifferenziert, wurden abgesichert.

Geschichtlich hat sich daraus ein Zusammenspiel von politisch-bürokratischer Obrigkeit und wirtschaftlicher Interessenpolitik entwickelt. In Deutschland läßt sich nachverfolgen, wie der Obrigkeitsstaat von der Kaiserzeit, über den Faschismus bis in die Bundesrepublik funktionierte.

Zur kapitalistischen Umformung der Souveränität

Kapitalistische Wachstumsinteressen haben den Weg von der Umformung der personalen zur nationalen Souveränität vorgegeben. Die heutige Demokratie wurde zur Zeit der Postkutschen entwickelt. Die Bevölkerung war zu großen Teilen des Lesens und Schreibens nicht mächtig. Demokratie war aufgrund der Entfernungen selbst in kleinen Ländern und wegen des durchschnittlichen Bildungsstandes nur als repräsentative Form praktisch möglich. Diese Zeit ist zwar lange vorbei, aber die alten Formen und verkrusteten Strukturen von Politik blieben bestehen, weil sich in der Politik isolierte Machtstrukturen entwickelt hatten.

Gegenwärtig bestehen alle technischen und sozio-kulturellen Voraussetzungen, um die repräsentative Demokratie durch Unmittelbarkeit demokratischer Entscheidungen nicht nur zu ergänzen, sondern auch zu ersetzen.

Die Weiterentwicklung der Demokratie fand in den parallel zu den Parteien entstandenen heutigen Bürokratien und vor allem mit der Weiterentwicklung des Kapitalismus ihre Grenzen. Der Kapitalismus sorgte schon in seiner Frühphase für eine ihm genehme Politik, denn er braucht ungehindertes Wachstum. Als dies - schon in seiner historisch frühen Phase - erstmals

an innerstaatliche Grenzen stieß, begann die äußere Expansion als imperialistische "Aufteilung der Welt". Diese erwies sich als eine Mischung aus Völkermord, Sklavenhandel, Rohstoff- und Landraub. Als die äußere imperiale Expansion beendet war, kam es in logischer Konsequenz von Expansion und Wachstum zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Krieg der europäischen Großmächte.

Die Entwicklung der Nationalstaaten spiegelt die unterschiedlichen Phasen wider. In der frühen Phase war die Bildung von Nationalstaaten mit einer auf die kapitalistischen Bedürfnisse abgestellten Rechtsetzung eine unumgängliche Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung. Nachdem die inneren Machtstrukturen geregelt waren, bedurfte es in der Folgephase einer "aggressiven militärischen Option", um die wirtschaftliche Expansion zu flankieren. Marktentwicklung und Kriege um die Aufteilung der Welt wurden zum jeweiligen nationalen Anliegen des europäischen Imperialismus.

Personale Souveränität und wirtschaftlicher Imperialismus schließen sich aus. Wenn Kapitalismus und Militärinteressen dominieren, kann es weder eine friedliche Gesellschaft noch Freiheit und Gleichheit geben. Deshalb hatte die personale Souveränität - der Grundgedanke der Aufklärung - keine Chance zur Entfaltung. Sie ging aber nicht einfach unter, sondern wurde nationalistisch umformuliert. Die personale Souveränität wurde als Souveränität der neu entstandenen Nationalstaaten pervertiert. Aus der personalen Souveränität - der Selbstbestimmung - wurde die staatliche Souveränität: das nationalstaatliche gemeinsame Interesse.

Gleichgültig war, ob es sich um das Britische Empire oder um das Deutsche Reich handelte, die kapitalistischen Expansionsinteressen wurden zum Motor nationalistischer Allgemeininteressen. Ob Ausbeutung, Sklaverei, Massenmord oder Krieg: Das Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger hatte sich diesem angeblichen Gemein- oder Gesamtinteresse der Nation unterzuordnen. Nationale Macht und Souveränität wurden ungefragt als höhere Rechte angesehen. Die maßgebliche Mitwirkung von Religionen bei der Durchsetzung imperialer Interessen soll nur am Rande erwähnt werden.

Die Parteien schlüpfen aus ihrer Rolle, nur Teil der Gemeinschaft zu sein, in die Position der nationalen Sachwalter. Im Ergebnis wurden Parteivertreter die neuen Feudalherren, die in eigener Regie ihren Regierungschef - den neuen Monarchen - kürten. Die Bürgerinnen und Bürger konnten bei Wahlen noch bestimmen, wie die Zusammensetzung der Fürstenhöfe aussah, aber vom eigentlichen Geschehen blieben sie ausgeschlossen. Ihre Souveränität wurde ihnen genommen - und sie haben sich ihre Souveränität auch nehmen lassen.

Dies führte zu einer Lücke im demokratischen Parteienstaat. Denn Volk und Parteien entwickelten sich auseinander. Die Lücke wurde aber nicht durch eine Belebung der personalen Souveränität geschlossen, sondern ausgepolstert durch die immer mächtiger gewordenen Wirtschaftsinteressen - vor allem der Rüstungs- und Schwerindustrie. In wachsendem Maße wurden politische Entscheidungen durch die Entwicklung des Kapitalismus vorgegeben.

Vom nationalen Staat der Großindustrie zum Internationalismus des Finanzkapitals

Mit der technologischen Erneuerung durch die Informationstechnologie und vor allem mit der durch sie möglichen Vernetzung sehr unterschiedlicher Wissenschaftsbereiche war die großtechnologische Massenproduktion überholt. Es entstand parallel mit der Digitalisierung ein globaler Finanzkomplex.

Die Phase der Massenproduktion (Fordismus) hatte die nationalen Interessen, die Parteien, Gewerkschaften und industrielle Konzerne der Massenproduktion verbunden. Die Phase der klassischen Industrie wurde durch den Finanzkapitalismus beendet. Das angeblich "gemeinsame nationale Interesse" zwischen einer reichen Oberschicht und dem "gemeinen Volk" löste sich auf.

Mit dem Ende des Sozialismus, der den Wandel markierte, wurden die angeblichen nationalen Allianzen aufgelöst. Die Superreichen des Finanzkapitalismus handelten global. Und global

wurden Mittel- und Unterschichten zu Ausbeutungsobjekten. In Deutschland kam dies mit Zeit- und Leiharbeit sowie mit Hartz IV auf den Punkt. Es entwickelte sich ein globaler Kampf Arm gegen Reich, wie ihn Warren Buffett so treffend als "Krieg von Reich gegen Arm" beschrieben hatte. Gleichzeitig verloren - vor allem in Europa - die Nationalstaaten als Adressat wirtschaftlicher Regulierungswünsche dramatisch an Bedeutung.

Der Finanzkapitalismus ist ausschließlich an Zins und Zinseszins orientiert. Die Maßstäbe für die Erlangung von Reichtum verschoben sich. Die materielle Produktion wurde für die Geldprofite weniger wichtig und die spekulativen Zins- und Zinseszinsinkünfte gewannen an Bedeutung. Die Generierung solcher Einkünfte setzte jedoch vergleichbare und insbesondere frei konvertierbare Währungen und jeglichen Abbau von Transferschranken voraus. Diese Aufgabe erfüllten - freiwillig, gekauft oder gezwungen - die Parteien.

Als regulierende Erfüllungsgehilfen des neu gewachsenen Finanzkapitalismus lösten sie vor allem folgende Aufgaben:

- die Schaffung homogener Finanzmärkte
- den Abbau jeglicher Regulierungen von Zins- und Geldmenge
- den Schutz der Spekulanten vor Verlusten (Bankenrettung)
- die Beibehaltung und Stützung des Dollars als weltweite Leitwährung
- die militärische Flankierung des globalen Finanzimperialismus

Die Wünsche des Finanzkapitalismus erfüllten die Europäer unter massivem Druck der deutschen "Volksparteien". So kam es zur Einführung des Euro, der Liberalisierung der Finanzmärkte und der Sicherung für Spekulanten mit der sogenannten Bankenrettung. Weitere Schritte werden folgen: zum Beispiel die Verlagerung nahezu aller finanzpolitischen Kompetenzen auf die europäische Ebene.

Die Sicherung der Ziele, und war vorwiegend eine "Gemeinschaftsaufgabe" unter Führung der US-Regierung, die mit Kriegseinsätzen (Irak, Libyen, Syrien und einige Länder in Südamerika) erfüllt wurden.

Dieser Prozeß verlief nicht chaotisch oder zufällig. Beispielhaft sind die Maßnahmen der Euro-Einführung, der Finanzmarktliberalisierung und der Bankenrettung. Auch die Durchsetzung begleitender Maßnahmen wie die Hartz IV-Reformen war Plan einer neuen Politik. Zusätzlich gab es die unkontrollierte Steigerung der Geldmenge, die Beschleunigung von Spekulationen durch Geldmengensteigerung und den Abbau sozialstaatlicher Standards.

Die Parteien, nicht nur in Deutschland, zeigten sich als willige Verbündete des Finanzkapitalismus. Im Ergebnis gewann dieser immer größere Gestaltungsräume und steigerte als reiner Geldkapitalismus einerseits den Reichtum weniger Menschen und Gruppen ins Unermeßliche, während parallel eine Welt der Ausbeutung von Mensch und Natur entstand - die zwingende Voraussetzung unermeßlichen Reichtums. Inzwischen, so scheint es, hat sich die Politik den Bedingungen dieses Finanzkapitalismus bis zur völligen Selbstaufgabe unterworfen.

Die Zerstörung des Rechtsstaats

Derzeit wiederholt sich die Geschichte. Als die Kolonialisierung abgeschlossen war, kam es zum Krieg der Industriemächte untereinander. Mit der Wahl des amerikanischen Präsidenten Donald Trump wurde ein Prozeß eingeleitet, der als Mischung von Handels- und Wirtschaftskrieg angesehen werden kann. Die globalen Finanzakteure treiben ihre Länder in kleine und immer größere Konflikte. Sie werden als Handelskrieg, Landraub, Migration und als Krieg gegen die eigenen Bevölkerungen geführt - es ist der Krieg Arm gegen Reich. Noch ist offen, ob sie (die Reichen) ihn tatsächlich gewinnen.

Parallel vollzieht sich, was mit zwischenstaatlichen (Freihandels-)Verträgen vorbereitet wurde: Die Maßnahmen der von privatwirtschaftlichen Interessen gelenkten Verwaltungsbürokratie in den Nationalstaaten und in Europa zerstören den Rechtsstaat und ersetzen ihn durch bürokratische Regulierung, die zur Willkürregulierung mutiert.

Europa ist auf dem Weg aus Bürgerinnen und Bürgern wieder das zu machen, was ihre Ahnen vor der Aufklärung waren: besitzlose und entrechtete Untertanen, die ihre Souveränität ökonomisch und politisch verloren haben. Allerdings müßten sie sich heute sagen lassen, daß sie es geschehen ließen. Aus der Möglichkeit demokratischer Selbstbestimmung wurde die selbst verschuldete - durch unterlassenes Handeln erzeugte - neue Unmündigkeit. Allein mit reiner Kritik und lauter Meckerei werden die Verhältnisse nicht geändert. Eine grundlegende Änderung der Politik erfordert - wie das Beispiel der DDR zeigt - die politischen Verhältnisse auf den Punkt zu bringen und die Macht- und Legitimationsfrage zu stellen.

"Wir sind das Volk" - diese Forderung schloß 1989 einen Selbstbestimmungsanspruch ein. Dieser muß auch heute am Anfang stehen. Dabei sollte jedem klar sein, daß es diesmal nicht um etwas mehr oder weniger Wohlstandsstaat geht, sondern um die Zukunft im eigentlichen Sinne des Wortes.

Das parteipolitische Dilemma in Europa

Was wäre die Alternative? Die Parteien stecken in einem mehrfachen Dilemma. Der Finanzkapitalismus stößt an Grenzen. Sie zu überschreiten beschleunigt entweder ein absehbares Finanzchaos oder Kriege - im schlimmsten Falle trifft beides zusammen. Die Politik muß daher immer häufiger Maßnahmen durchsetzen, die objektiv gegen die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger gerichtet sind. Dies trifft zwar auf alle Parteien zu, aber sichtbar wird es in erster Linie bei den ehemals sozialen und links ausgerichteten Gruppierungen. Sie sind von Erosions- und Spaltungsprozessen bedroht.

Der innere Zusammenhalt in den Parteien geht verloren. In vielen europäischen Ländern ist der Zerfallsprozeß politischer Strukturen weit vorangeschritten. Auch in Deutschland ist die Entwicklung nicht mehr zu übersehen. Die Folge wäre, daß sich die politische Krise zur allgemeinen Staats- und Kulturkrise ausweitet.

Noch scheint die Denationalisierung mit der europäischen Karte einen Ausweg zu bieten. Je gravierender die Verstöße gegen das Allgemeinwohl sind, je mehr muß sich die Politik um eine Ersatzlegitimation ihres Handelns bemühen. Zu diesem Zweck wird alles getan, um die Regulierungen auf einer übernationalen Ebene zu verankern. Adressen sind die EU oder hilfsweise die UNO. Dieses Vorgehen wird begleitet von europäischen Verwaltungsverfahren, die immer undurchsichtiger und sinnloser werden. Zudem verbergen sich hinter vielen Maßnahmen verdeckte Interessen des Finanzkapitals.

Um diese Interessenpolitik zu vertuschen, wurde ein bürokratischer Apparat aufgebaut, der Regulierung im Übermaß durchführte. Diese Überregulierung ist wie ein verschleiender Nebel. Im Ergebnis von immer mehr Regulierung verbirgt sich die Durchsetzung von Interessen nicht nur gegen europäische Bürgerinnen und Bürger, sondern gegen alle Menschen, die von dieser Politik betroffen sind.

Die Macht Europas ist weder demokratisch legitimiert, noch gründet sie sich auf Vernunft oder Kompetenz. Das hat zu einer überdimensionierten Regulierungsbürokratie geführt, die in diktatorischer Selbstherrlichkeit und an innerer Starre und Verkrustung dem Zentralkomitee der KPdSU gleicht.

Das bürokratische Europa hat fast von Beginn an unter der verschleienden Formel der Konstitutionalisierung der europäischen Verträge eine verfremdete bürokratische Herrschaftsform entwickelt. Sie ist dem politischen Zugriff der Bürgerinnen und Bürger vollständig entzogen. Deshalb fehlt Europa selbst der Schein einer demokratischen Legitimation. Da aber im hohen Maße immer weitere Lebensbereiche in die europäische Kompetenz fallen, leiden auch die Staaten - leidet vor allem Deutschland - an der fehlenden Legitimation seiner politischen Machteliten und ihrer Apparate.

So wächst die Entfremdung von Regierenden und Regierten scheinbar bürokratisch, tatsächlich aber feudalistisch und interessengeleitet. Das genau markiert den Punkt der sogenannten

Parteienkrise, die inzwischen alle europäischen Länder erreicht hat.

Die Büchse der Pandora schließen

Mit welcher Taktik auch immer - letztlich ist die Politik gezwungen, gegen ihren Souverän zu handeln. Sie muß auf "Teufel komm raus" die Souveränität ihrer Bürgerinnen und Bürger aushebeln. Somit kehrt der Feudalismus, gegen den sich der gemeine Mann erhob, auf einer höheren Bühne zurück. Denn zur Feudalherrschaft einer politischen Gruppe kommt die Willkür einer politischen Administration, die sich immer weiter von der Ordnung des Rechts entfernt. Deshalb helfen weder Parteineugründungen, noch Kritik, noch gut gemeinte Alternativ- oder gar Reformvorschläge gegenüber den etablierten Parteien.

Sie können nicht zurück, weil sie mit der Liberalisierung der Finanzmärkte die Büchse der Pandora geöffnet haben. Das Finanzkapital ist inzwischen so mächtig geworden, daß keine Partei die Möglichkeit hat, die einmal geschaffenen Spekulationsfreiräume wieder zu regulieren. Jedes Land im weltweiten Verbund kann durch gezielte Spekulationen in eine finanzielle Schieflage getrieben werden. Die Parteien stecken in einer Falle, an deren Konstruktion sie eifrig mitgewirkt haben. Wenn diese Finanzblase platzt, was über kurz oder lang passieren muß, bleibt nur ein Ausweg: ein großer Krieg. Zerstören und wieder aufbauen - der ewige Teufelskreis des Kapitalismus.

Um diesem Tunnel zu entinnen, werden die Menschen die Grundsatzfrage nach der Souveränität stellen müssen: Es ist gleichzeitig die Macht- und Legitimationsfrage.

Für jeden Einzelnen wird es ein kleiner Schritt des aktiven Handelns sein, und ein gewaltiger für Deutschland, Europa und die Welt: Die Souveränität wirklich zu leben und ein Verfassungsreferendum für eine Verfassung vom Volk durchzuführen.

Ergänzungen

Artikel 146 Grundgesetz: Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist. Quelle: <https://dejure.org/gesetze/GG/146.html> (abgerufen: 04.08.2018)

Warren Buffett ist ein US-amerikanischer Großinvestor, Unternehmer und Dollarmilliardär. In einem Interview mit Ben Stein für die New York Times (vom 26. November 2006) sagte Buffett: "There's class warfare, all right, but it's my class, the rich class, that's making war, and we're winning." (abgerufen am 04.08.2018)

Die friedliche Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) führte ab Herbst 1989 zu Massendemonstrationen unter anderem in Dresden, Halle, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Plauen, Arnstadt, Rostock, Potsdam und Schwerin. Hunderttausende Menschen protestierten mit dem Ruf "Wir sind das Volk" gegen die politischen Verhältnisse im Land. Gefordert wurde vor allem das Ende der Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), eine demokratische Neuordnung, die Abschaffung des Ministeriums für Staatssicherheit und Reisefreiheit.

Die friedliche Revolution, die mit der Parole "Keine Gewalt!" ihre Ziele verfolgte, trug maßgeblich zum Ende der SED-Herrschaft bei, leitete den Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie ein und ermöglichte die deutsche Wiedervereinigung: den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990.

Das Zentralkomitee (ZK) gehört in den Strukturen der kommunistischen Parteien zu den obersten Entscheidungsgremien. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) war eine kommunistische Partei in Sowjetrußland und der Sowjetunion. Sie wurde 1918 nach der Oktoberrevolution in Rußland von Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands in Kommunistische Partei Rußlands umbenannt. 1952 erfolgte die Umbenennung in Kommunistische Partei der Sowjetunion.

Heinz Kruse war im Bereich der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes Nordrhein-

Westfalen sowie als Wirtschaftsdezernent der Landeshauptstadt Hannover tätig. Seit seiner Pensionierung arbeitet er an Lösungen und Verfahren für eine Reform der Demokratie, die aus seiner Sicht an der Frage der Verfassungshoheit ansetzen müssen. Er war Vorsitzender des Vereins Verfassung vom Volk e. V. und ist Buchautor.

Gunther Sosna studierte Psychologie, Soziologie und Sportwissenschaften und arbeitete unter anderem in der Werbung, der Kommunikation und als Journalist. Er beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und Grenzen basisdemokratischer und informaler Organisation. Er ist Initiator von Neue Debatte - Magazin für Journalismus und Wissenschaft von unten.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 12. November 2018 (x1.000/...): >>"Medienstaatsvertrag" - Zensur freier Medien?

... Der Buchautor und freie Medienschaffende Heiko Schrang machte in einer Sendung am 27. August 2018 auf ein Thema aufmerksam, von dem bisher kaum jemand etwas mitbekommen hatte. Selbst viele seiner Berufskollegen mit sehr großen YouTube-Kanälen wußten nicht Bescheid. Worum geht es? Es geht um den sogenannten Rundfunkstaatsvertrag, der letztendlich die Zwangsgebühren, also den "ARD-, ZDF-, Deutschlandradio-Beitragservice" - ehemals GEZ-Gebühren - regelt.

Dieser soll neu aufgesetzt werden und dann Medienstaatsvertrag heißen. Das plant die deutsche Bundesregierung für das Ende des Jahres 2018. Laut einem aktuellen Entwurf des Medienstaatsvertrages wird der Begriff des Rundfunkanbieters in § 2 Absatz 1 völlig neu definiert. Nach der neuen Definition ist ein Rundfunkanbieter, wer regelmäßig mehr als 5.000 Zuschauer gleichzeitig erreicht und journalistisch-redaktionelle Inhalte anbietet.

Nach dieser Definition wären fast alle freien alternativen Anbieter, die im Internet (z.B. auf YouTube) ihre Sendungen verbreiten, Rundfunkanbieter. Sie müßten dann eine Rundfunklizenz beantragen, die von den Landesmedienanstalten vergeben und überwacht würde. Außerdem müßten sie formale Kriterien erfüllen und jährlich Berichte abgeben. Allein die bürokratischen Anforderungen wären enorm.

Hinzu kämen die Kosten, z.B. für den Antrag und die Berichte. Die Direktorin der Bremer Landesmedienanstalt und Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten, Cornelia Holsten sagte, der Medienstaatsvertrag solle vor allem die großen amerikanischen Anbieter wie Google oder YouTube regulieren. Die "NachDenkSeiten" vom 24. August 2018 schreiben allerdings dazu: "Kritische Webseiten sollten durch das neue Gesetz mutmaßlich gezwungen werden, eine Rundfunklizenz zu beantragen. ...

Eine Zulassung kann man immer auch verweigern, eine Zensur durch die Hintertür ... wäre die Folge." So könnte der neue Medienstaatsvertrag in Kürze, begründet mit der Regulierung von Großkonzernen wie Google und Co, zur potentiellen Zensur aller freien Berichtersteller führen. Und das mit verheerenden Folgen für die Meinungsfreiheit. Heiko Schrang hat dies folgendermaßen zusammengefaßt: "Noch nicht einmal in China gibt es so was, und nicht in Rußland und nicht in Nord-Korea. ... Es gibt kein Land auf der Welt, wo mehr zensiert wird, wo mehr verboten wird als in diesem so tollen demokratischen Deutschland."<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 29. Dezember 2018 (x1.000/...): >>>Operationen unter falscher Flagge bestätigt!

... Unter dem Namen "False Flag Operations", also Operationen unter falscher Flagge, werden verdeckte Operationen bezeichnet, welche zum Ziel haben, dem Gegner Gewalttaten in die Schuhe zu schieben. Eine Regierung, Militär oder Geheimdienst verübt zum Beispiel ein Attentat auf die eigene oder fremde Bevölkerung und gibt dem unbeteiligten Gegner die Schuld. Das Ziel solcher Operationen unter falscher Flagge ist meist, eine aufgehetzte Stimmung unter der Bevölkerung zu schaffen, um eigene politische Entscheidungen durchzusetzen oder um einen Grund zum Kriegseintritt zu schaffen.

Dies bestätigte auch der verstorbene türkische General Sabri Yirmibesoglu: "Im verdeckten

Krieg werden eigene Sabotageakte häufig dem Feind in die Schuhe geschoben, um den Zorn der Bevölkerung zu erregen." Derartige Aktionen werden in der Regel so angelegt, daß die betreffende Regierung oder die Leitung des jeweiligen Geheimdienstes glaubhaft abstreiten kann, etwas damit zu tun zu haben.

Heute jedoch sind einige verdeckte Operationen bestätigt. Verschiedene Regierungen, Geheimdienste, Armeechefs oder beteiligte Soldaten haben zugegeben, daß solche Operationen unter falscher Flagge stattgefunden haben. Meist wurden diese Operationen dann aber erst von nachfolgenden Regierungsmitgliedern bestätigt. Die nachfolgende Auflistung zeigt nur einen kleinen Ausschnitt dutzender weiterer verdeckter Operationen, welche zu unfaßbarem Leid, Tränen und Blutvergießen führten.

Japan, 1931

Japanische Truppen lösten im Jahr 1931 eine kleine Explosion auf einer mandschurischen Bahnstrecke aus und schoben es auf China, um eine Invasion in der Mandschurei zu rechtfertigen. Dies ist bekannt als der "Mukden-Zwischenfall". Vor einem internationalen Gericht wurde festgestellt: Einige der Teilnehmer des Plans, einschließlich ein hochrangiger japanischer Offizier namens Hashimoto, erklärten bei verschiedenen Anlässen ihre Rolle und bestätigten, daß das Ziel die Invasion gewesen sei.

Quellen: https://en.wikipedia.org/wiki/Mukden_Incident

<https://de.wikipedia.org/wiki/Mukden-Zwischenfall>

Sowjetunion, 1940

Das russische Parlament räumte ein, daß der sowjetische Führer von 1927-1953 Josef Stalin seiner Geheimpolizei den Befehl erteilte, 22.000 polnische Offiziere und Zivilisten im Jahr 1940 zu ermorden und es auf die Deutschen zu schieben. Putin wie auch der ehemalige sowjetische Staatschef Gorbatschow bestätigten beide, daß die Sowjets für das Massaker von Katyn verantwortlich waren.

Quellen: <https://www.theguardian.com/world/2010/nov/26/russian-parliament-guilt-katyn-massacre>

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2010-04/katyn-massaker-putin>

USA, 1950er

Sowohl die CIA als auch Ex-Präsident Barack Obama gaben 2013 bzw. 2009 zu, daß CIA und MI6 (amerikanischer und britischer Ausland-Geheimdienst) in den 1950ern am Umsturz im Iran beteiligt waren. Angeworbene Iraner gaben sich als Kommunisten aus und verübten Bombenanschläge auf Ziele im Iran. Das Ziel war die Bevölkerung gegen den amtierenden iranischen Präsidenten Mohammad Mossadegh aufzuhetzen. 1953 wurde Mossadegh dann auch gestürzt.

Quellen: <https://www.nytimes.com/library/world/mideast/041600iran-cia-index.html>

https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Ajax

USA, 1950er

Der ehemalige italienische Ministerpräsident, Richter und ehemaliger Leiter der italienischen Spionageabwehr Giulio Andreotti enttarnte am 3. August 1990 die unter dem Namen "Gladio" bekannte italienische Geheimmarmee. Er gestand, daß die NATO mit Hilfe des Pentagon und der CIA Terroranschläge in Italien und anderen europäischen Ländern in den 1950er Jahren verübte und die Schuld den Kommunisten gab. Man wollte eine antikommunistische Stimmung in Europa schaffen und die Menschen dazu "zwingen", sich an den Staat zu wenden, damit dieser für mehr Sicherheit sorgt.

Quelle: <https://www.siper.ch/de/geschichte/operation-gladio.html>

USA, 1964

Die NSA (Nationale Sicherheitsbehörde) gab zu, daß der Tonkin-Zwischenfall im Jahr 1964 eine Lüge war. Bei dem Zwischenfall, der jedoch nie stattfand, sollen zwei US-amerikanische

Kriegsschiffe mehrmals von nordvietnamesischen Schnellbooten beschossen worden sein. Damit begründete die US-Regierung unter Präsident Lyndon B. Johnson das Eingreifen der USA in den Vietnamkrieg.

Quellen: <https://de.wikipedia.org/wiki/Tonkin-Zwischenfall>

<https://web.archive.org/web/20080203204207/>

https://rawstory.com/news/afp/Report_reveals_Vietnam_War_hoaxes_f_01082008.html

<https://de.wikipedia.org/wiki/Pentagon-Papiere>

USA, 1950er bis 1970er

Der von Senator Frank Church geleitete Untersuchungsausschuß "Church Committee" des US-Kongresses untersuchte ab 1975 illegale Aktivitäten von US-Geheimdiensten und FBI. Der US-Kongreß gab an, daß das FBI im Rahmen der Kampagne "Cointelpro" in den 1950er bis 1970er Jahren Gewalttaten durch Provokateure verüben ließ und diese auf politische Aktivistinnen schob, um sie politisch zu "eliminieren".

Quellen: <https://www.intelligence.senate.gov/resources/intelligence-related-commissions>

<https://de.wikipedia.org/wiki/COINTELPRO>

<https://web.archive.org/web/20130113222024/>

<https://www.icdc.com/~paulwolf/cointelpro/cointelsources.htm>

USA, 2001

Das FBI gab zu, daß im Auftrag der US-Regierung ein oder mehrere Militärforscher die "Anthrax-Anschläge" im Jahr 2001 durchführten. Briefe mit Milzbrandsporen wurden an mehrere amerikanische Nachrichtensender und Senatoren verschickt. Dabei starben fünf Menschen. Ein leitender FBI-Mitarbeiter sagte, daß das FBI tatsächlich durch die US-Regierung selbst damit beauftragt wurde, um die Anschläge islamistischen Terroristen anzulasten.

Ein Nachspiel dieser und der 9/11-Anschläge war der Erlass des Antiterrorgesetzes "USA PATRIOT Act". Das FBI darf dadurch z.B. ohne richterliche Anordnung Telefongespräche abhören und Einsicht in die finanziellen Daten von Bankkunden nehmen. Über Terrorverdächtige, die nicht die US-Staatsbürgerschaft besitzen, kann eine unbeschränkte Haft ausgesprochen werden.

Quellen: <https://www.nydailynews.com/news/world/fbi-told-blame-anthrax-scare-al-qaeda-white-house-officials-article-1.312733>

<https://www.nytimes.com/2001/12/22/us/nation-challenged-anthrax-trail-us-inquiry-tried-but-failed-link-iraq-anthrax.html>

https://de.wikipedia.org/wiki/USA_PATRIOT_Act

USA, 2003

Die USA beschuldigten den Irak für seine Rolle bei den Anschlägen des 11. September 2001. Selbst als durch eine 9/11-Kommission bestätigt wurde, daß es keine Verbindung zwischen Al-Qaida und Saddam Hussein gab, sagte Dick Cheney, Vizepräsident unter George W. Bush, daß die Beweise "überwältigend" seien. Einige amerikanische Politiker und ranghohe Offiziere, darunter der Verteidigungsminister Chuck Hagel sowie der ehemalige General der US-Army von 2003-2007 John Abizaid gaben zu, daß der Irakkrieg 2003 nicht wegen 9/11 oder Massenvernichtungswaffen geführt wurde, sondern aufgrund der Ölvorkommen.

Quellen: <https://www.washingtonsblog.com/2013/03/top-republican-leaders-say-iraq-war-was-really-for-oil.html>

https://de.wikipedia.org/wiki/Begr%C3%BCndung_des_Irakkriegs

In einem Fernsehinterview im September 2005 bedauerte der ehemalige US-Außenminister Colin Powell, daß er den UN-Sicherheitsrat mit Behauptungen zur Notwendigkeit des Irakkrieges zu überzeugen suchte. Er sagte, dies sei ein Schandfleck in seiner Karriere. Obwohl er und viele andere die Invasion im Irak - die übrigens erst 2011 mit dem Abzug der letzten US-Kampftroepen endete - als Fehler betrachten, wurde nie eine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet.

leitet. Statt dessen dreht sich das Rad immer weiter.

Fazit: Eine Rückschau in die Vergangenheit zeigt, daß False-Flag-Aktionen keine Erfindung von Verschwörungstheoretikern sind. Rücksichtslos wurde die Bevölkerung z.B. im Iran, in Vietnam, Japan, im Irak etc. für die Pläne der Globalstrategen geopfert. Und dies ohne jegliche strafrechtliche Konsequenzen. Auch in der heutigen Zeit gibt es unzählige Indizien für weitere False-Flag-Aktionen. Wenn solche Aktionen schon in der Vergangenheit verübt wurden, warum sollte sich dies in der heutigen Zeit geändert haben? Um dieses Rad zu durchbrechen, braucht es flächendeckende Aufklärung. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 2. April 2019 folgender Bericht über die Aufgaben der gleichgeschalteten Massenmedien (x1.014/...): >>**Der Krieg vor dem Krieg**

Kriegsrechtfertigende Ideologien, vorbreitende Propaganda, aggressive Maßnahmen unterhalb der Schwelle militärischer Gewalt - Kriegspropaganda ist nichts Neues, doch sie hat weltweit eine neue Qualität angenommen, zeigt *Ulrich Teusch* in seinem neuen Buch "*Der Krieg vor dem Krieg*". Er analysiert aktuelle und historische Propagandastrategien und beleuchtet die Interessen der Kriegsverkäufer in Politik, Wirtschaft, Militär und Medien.

In einer idealen Welt wäre Politik gleichbedeutend mit Friedenspolitik. Politiker würden alles in ihrer Macht und Kraft stehende tun, um den äußeren und inneren Frieden zu sichern. Den äußeren Frieden durch Diplomatie, Respekt vor dem Völkerrecht, Vertragstreue, Multilateralismus, Institutionenbildung, Friedenserziehung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen, Austausch von Menschen und Ideen, Entwicklungshilfe, Interessenausgleich. Den inneren Frieden durch größtmögliche Liberalität und Toleranz, Offenheit der Diskurse, demokratische Mitsprache und Mitbestimmung, rechts- und sozialstaatliche Sicherheit, Verteilungs- und Chancengerechtigkeit.

Doch wir leben nicht in einer idealen Welt. Wir sind - global betrachtet - von Friedenszuständen im Äußeren wie im Inneren weit entfernt und entfernen uns immer mehr.

Der Krieg zwischen der NATO und Rußland hat schon begonnen. Noch fliegen uns zwar keine Raketen um die Ohren, aber wir befinden uns mitten in einem Wirtschaftskrieg, einem Cyberkrieg, einem hybriden Krieg, einem Propagandakrieg - auch einem Krieg mit militärischen Provokationen oder "Nadelstichen". Dort, wo man sich unmittelbar gegenübersteht, etwa in Syrien, bedarf es eines erheblichen Koordinationsaufwands (und manchmal auch beachtlicher Nervenstärke), um den direkten Konflikt und dessen Eskalation zu vermeiden.

Die Grenzlinien zwischen Kriegs- und Friedenszuständen werden immer poröser. Folgt man einem weitgefaßten Kriegsverständnis, dann ist Krieg inzwischen zu einem Normalzustand geworden. Die westliche Führungsmacht führt seit 2001 permanent Krieg. Die politisch Verantwortlichen des Landes bezeichnen ihn als Generationenkrieg, langen Krieg, unendlichen Krieg. Krieg ist für die USA zum natürlichen Zustand geworden, zum Way of Life, zur *Raison d'être*. Das System braucht den Krieg, um noch funktionsfähig zu sein. Es ist einer "Kriegssucht" (Philip Giraldi) verfallen.

Krieg geht mit Kriegspropaganda einher, permanenter Krieg mit Kriegspropaganda in Permanenz. In Kriegen kommt es für gewöhnlich zu einer Quasi-Gleichschaltung der etablierten Medien. Und so ist der permanente Krieg möglicherweise der Hauptgrund für die seit Jahren zu beobachtende mediale Formierung. Unter einem Druck dieser Art wird der ohnehin schon enge Mainstream-Korridor zum Laufstälchen. In einer solchen Konstellation kann nicht mehr über die Frage diskutiert werden, ob eine russische Bedrohung überhaupt existiert, sondern nur noch darüber, wie ihr am besten zu begegnen wäre.

Weil der äußere Frieden gefährdet ist, ist es auch der innere. Und weil der innere Frieden gefährdet ist, ist es auch der äußere. Es entsteht eine negative Wechselwirkung zwischen internationalen Spannungen, Konflikten und Kriegen auf der einen Seite und innerstaatlicher Re-

pression, Illiberalität und Demokratie-Erosion auf der anderen.

Wenn die internationalen Spannungen wachsen, wenn tatsächlich Kriegsgefahr be- oder entsteht, dann verschärfen sich auch die innenpolitische Tonlage und Gangart. Die Guten werden von den Bösen, die Freunde von den Feinden geschieden. Die ohnehin schon niedrige Toleranzschwelle gegenüber Dissidenten sinkt weiter ab. Alternativen Kommunikationskanälen, so sie denn größere Resonanz finden, droht Ungemach.

Selbst wer eine mittlere oder vermittelnde Position einnimmt und sich bemüht, die Dinge differenziert zu beurteilen oder nach Gemeinsamkeiten Ausschau zu halten, kann in die Breddouille geraten und als unsicherer Kantonist geführt werden. "Neutralismus" oder "Äquidistanz" lauteten die entsprechenden Vorwürfe im ersten Kalten Krieg, heute spricht man etwas plakativer von Putin- oder Rußlandverstehern. Und wer gar das direkte Gespräch mit Vertretern der anderen Seite sucht und irgendwo in ihrer Begleitung erwischt wird, muß sich auf den Vorwurf der "Kontaktschuld" gefaßt machen.

Es ist eine böse, alte Tradition: Ganz früher war von Ketzern oder Hexen die Rede, im 19. Jahrhundert dann von Unruhestiftern, Aufrührern, Demagogen, Gottesleugnern oder vaterlandslosen Gesellen. In der Weimarer Republik sprach man von Erfüllungspolitikern, in der Bonner Republik von Verzichtspolitikern. Man diffamierte Andersdenkende als Kulturbolschewisten oder Salonkommunisten, verortete sie in einer Fünften Kolonne oder unter den nützlichen Idioten.

Man beschwor den Konsens und die Solidarität der Demokraten gegen die Verfassungsfeinde, empfahl Gesellschaftskritikern: "Dann geh doch nach drüben, wenn's dir hier nicht paßt!", warnte vor den Sympathisanten des Terrors oder dessen geistigen Wegbereitern. Man sonderte die guten Realos von den bösen Fundis oder Chaoten. Man war (und ist) schnell bei der Hand mit Vorwürfen wie Rassismus, Antisemitismus oder Antiamerikanismus. Wer unbequeme Fragen stellt, bringt "Hate Speech" oder "Fake News" in Umlauf. Und wer besonderes Pech hat, wird über Nacht zum Populisten (ob rechts oder links), zum Querfrontler oder Verschwörungstheoretiker erklärt.

Es ist immer das gleiche, öde Spiel. Die eigenen Reihen schließen - Störenfriede ausgrenzen. Ein denkbar primitives Verfahren. Vermutlich hätte man es schon längst aufgegeben, wenn es nicht immer wieder so schöne Erfolge zeitigen würde.

Ulrich Teusch: "Der Krieg vor dem Krieg. Wie Propaganda über Leben und Tod entscheidet", Westend Verlag<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 13. Juni 2019 (x1.000/...):
>>Warum in Deutschland die Frage nach Beendigung der Rußland-Sanktionen nicht gestellt werden darf?

... Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer löste durch ein Treffen mit Rußlands Präsident Wladimir Putin am Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg, eine teils heftige Debatte aus. Kretschmer warb dort am vergangenen Freitag, dem 07.06.2019, für das Ende der Rußland-Sanktionen. Zudem lud er Putin nach Sachsen ein. Zwischen Sachsen und Rußland bestehen seit der DDR-Zeit enge Beziehungen, vor allem auch in der Wirtschaft. Durch die Sanktionen brachen die einst boomenden Wirtschaftsbeziehungen extrem ein. Auf Äußerungen Michael Kretschmers, es gäbe im Osten durchaus eine eigene Meinung in der Sanktionsfrage, erntete er teils heftige Kritik.

Wieso ist ausgerechnet die Beziehung zu Rußland solch ein Reizthema? Sehen Sie im Anschluß eine Archivsendung von Kla.TV, die aufzeigt, weshalb dieses Feindbild zwischen Rußland und Deutschland kein Zufall ist und wer ein Interesse daran hat, es um jeden Preis aufrecht zu erhalten.

Archivsendung, 21.03.2015: DIE DEUTSCHE FRAGE

Nur auf eine Bedrohung hätten die US-Amerikaner keine Antwort parat. Friedman spricht ein

mögliches deutsch-russisches Bündnis an. "Wenn deutsches Kapital und deutsche Technologie mit russischer Arbeitskraft und russischen Ressourcen kooperiert, wäre das eine existentielle Bedrohung für die USA" so Friedman. Jedoch sei die Position Deutschlands unbestimmt und damit das größte Problem.

"Die deutsche Frage" veranschaulicht nach George Friedman "Die Deutschen haben ein sehr komplexes Verhältnis zu den Russen" behauptet er. Diese Unbekannte nennt er die "Deutsche Frage". Diese bestehe bereits seit 1871 und sei bis heute das größte Problem der USA. Deswegen würden US-Regierungen seit einem Jahrhundert versuchen, ein solches "deutsch-russisches Bündnis zu verhindern".

Hören und sehen Sie gleich im Anschluß noch mehr über den Sicherheitsgürtel rund um Rußland, über die USA, wie sie alle Ozeane der Welt kontrollieren und darüber, wie sie strategisch stets beide Kriegsseiten unterstützen, wenn es Ihnen persönlich nützt. Vernehmen Sie auch mehr zur deutschen Frage. Wer diesen roten Faden kennt, wird künftig auch alle weiteren Ereignisse in der Welt mühelos einordnen können.

Der Moderator des *THE CHICAGO COUNCIL ON GLOBAL AFFAIRS: Mein Name ist Nick Brand, und ich bin der Direktor der gemeinsamen Programme bei "The Chicago Council on Global Affairs". Danke Ihnen, daß Sie gekommen sind. Ich nutze diese Möglichkeit für die Begrüßung von George Friedman hier bei "The Chicago Council". Ich denke, er ist zum ersten Mal hier. Danke, daß Sie bei uns sind.*

George Friedman: Kein Ort kann auf Dauer friedlich bleiben. Auch die USA nicht. Ich meine, wir (USA) werden von Kriegen begleitet. Europa wird - wie ich vermute - zwar nicht zu den großen Kriegen zurückkehren, aber es wird wieder zum menschlichen Normalfall zurückkehren: Es wird seine Kriege haben, seine Friedenszeiten und es wird seine Leben verlieren. Es wird keine 100 Millionen Tote geben, wie im letzten Krieg, aber die Idee von der europäischen Auserwähltheit - wie ich denke - wird dazu beitragen.

Es wird Konflikte in Europa geben, es gab schon Konflikte in Jugoslawien und jetzt auch in der Ukraine. Europas Beziehungen zu den Vereinigten Staaten - wir haben keine Beziehungen mit "Europa". Wir haben Beziehungen mit Rumänien, wir haben Beziehungen mit Frankreich, aber es gibt kein "Europa", mit dem die USA Beziehungen hätte.

Moderator N. Brand: Bitte der Herr dort. Frage aus Publikum: Ist der islamistische Extremismus die Hauptbedrohung für die Vereinigten Staaten, und wird er absterben oder wird er auch weiterhin fortbestehen?

George Friedman: Er ist ein Problem für die Vereinigten Staaten, aber keine existentielle Bedrohung. Man muß sich damit angemessen befassen. Wir haben andere außenpolitische Interessen. Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Weil vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. Wenn Sie ein Ukrainer sind, werden Sie Ausschau danach halten, wer Ihnen als Einziger helfen kann. Und das sind die Vereinigten Staaten.

Letzte Woche oder vor etwa 10 Tagen war der Oberbefehlshaber der amerikanischen Bodentruppen, General Ben Hodges, in Europa zu Besuch in der Ukraine. Er kündigte dort an, daß die US-Militärberater in die Ukraine offiziell kommen sollen. Eigentlich hat er dort die Medaillen an die ukrainischen Kämpfer verteilt, was das militärische US-Protokoll verbietet, daß die Medaillen an Ausländer verliehen werden. Doch er tat das, weil er zeigen wollte, daß die ukrainische Armee seine Armee ist. Dann ging er. Und die Vereinigten Staaten liefern den baltischen Staaten Waffen, Artillerie und andere Militärausrüstung - den baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Bulgarien - das ist ein sehr interessanter Punkt.

Gestern haben die Vereinigten Staaten angekündigt, daß sie vorhaben, Waffen in die Ukraine

zu liefern. Das wurde dementiert, aber sie tun das; die Waffen werden geliefert. Und bei all diesen Handlungen agieren die USA außerhalb der NATO. Denn NATO-Entscheidungen müssen von allen NATO-Mitgliedern einstimmig getroffen werden. Der Punkt bei der ganzen Sache ist, daß die USA ein "Cordon Sanitaire", einen Sicherheitsgürtel, um Rußland herum aufbauen. Und Rußland weiß das. Rußland glaubt, daß die USA beabsichtigen, die Russische Föderation zu zerschlagen. Ich denke, wir wollen sie nicht töten, sondern nur etwas verletzen bzw. Schaden hinzufügen.

Jedenfalls sind wir jetzt zurück im alten Spiel. Und wenn Sie einen Polen, Ungarn oder Rumänen fragen, sie leben in einer ganz anderen Welt als die Deutschen, und die Deutschen leben in einer ganz anderen Welt als die Spanier. Also, es herrscht Uneinigkeit in Europa. Aber was die Ukrainer bevorzugen werden, das werde ich Ihnen genau sagen: Sie werden versuchen, die USA in ihr Land zu holen. Die Vereinigten Staaten aus ihrem fundamentalen Interesse kontrollieren alle Ozeane der Welt. Keine Macht hat das jemals getan. Aus diesem Grunde marschieren wir in die Völker dieser Welt ein, und sie können nichts dagegen tun. Und das ist eine sehr schöne Sache.

Die Aufrechterhaltung die Kontrolle über die Ozeane und im Weltall begründet unsere Macht. Der beste Weg, eine feindliche Flotte zu besiegen ist, daß diese errichtet wird. Der Weg, den die Briten gegangen sind, um sicherzustellen, daß keine europäische Macht die Flotte bauen konnte, ist, daß die Europäer einander bekämpften. Die Politik, die ich empfehlen würde, ist die, die Ronald Reagan angewandt hat im Iran und im Irak (Iran-Irak-Krieg 1980-88). Er unterstützte beide Kriegsseiten, sodaß sie gegeneinander kämpften und nicht gegen uns. Es war zynisch. Es war nicht moralisch vertretbar, aber es funktionierte.

Und das ist der Punkt: Die Vereinigten Staaten sind nicht in der Lage, ganz Eurasien zu okkupieren. In dem Moment, wo unsere Stiefel den dortigen Boden berühren, sind wir demografisch zahlenmäßig unterlegen. Wir können eine Armee zerschlagen, aber wir sind nicht in der Lage den Irak zu besetzen. Schon die Idee, daß 130.000 US-Soldaten ein Land mit 25 Millionen Menschen okkupieren. Das Verhältnis zwischen der Anzahl der Polizisten und der Einwohner in New York ist größer als das Verhältnis von US-Soldaten und der irakischen Bevölkerung war.

Also, wir sind nicht in der Lage, überall militärisch zu intervenieren, aber wir sind in der Lage, erstens, die gegeneinander kämpfenden Mächte zu unterstützen, damit sie sich auf sich selbst konzentrieren können. Sie zu unterstützen - politisch, finanziell, militärisch, Waffen liefern und die US-Berater aussenden. Und in außerordentlichen Fällen - wie wir in Japan vorgegangen sind, nein, in Vietnam, Irak und Afghanistan - mit Präventivschlägen ("spoiling attacks") intervenieren.

Die Taktik der Präventivschläge beabsichtigt nicht, den Feind zu besiegen, sondern sie verfolgt das Ziel, den Feind aus der Balance zu bringen. Das versuchten wir in jedem Krieg, wie z.B. in Afghanistan, wo wir al-Qaida aus der Balance brachten. Das Problem, was wir haben, seit wir so jung und dumm sind, ist, daß wir die Feinde aus der Balance bringen. Anstatt zu sagen: "Wir haben den Job gut gemacht, laßt uns nach Hause gehen", sagen wir: "Mann, das war aber leicht, laßt uns hier noch eine Demokratie aufrichten." Das war der Moment unserer Geistesschwäche, von der wir befallen wurden. Deswegen die Antwort darauf lautet, die USA können nicht überall in Eurasien militärisch intervenieren.

Man muß selektiv intervenieren und möglichst selten. Eine militärische Intervention stellt für uns einen Sonderfall dar, die letzte Möglichkeit. Wir können nicht im ersten Schritt schon US-Truppen aussenden. Aber wenn wir die Truppen schicken, dann - und das haben wir schon aus Erfahrung klar verstanden - muß die Intervention eingeschränkt erfolgen und nicht gigantische Ausmaße erreichen.

Hoffentlich haben wir es dieses Mal verstanden, denn gewöhnlich dauert es eine Weile, wenn

Kinder im Unterricht lernen. Aber Sie haben absolut Recht, wir als ein Imperium können das (überall intervenieren) nicht tun. Die Briten damals haben Indien nicht okkupiert, sie haben einfach die einzelnen Staaten Indiens genommen und ließen sie gegeneinander kämpfen. Sie haben die britischen Offiziere bei der indischen Armee installiert. Die alten Römer haben auch keine Truppen in entlegene Regionen außerhalb des Römischen Imperiums entsandt, sondern sie haben pro-römische Könige dort eingesetzt.

Diese Könige regierten für das römische Imperium in anderen Ländern, und sie waren verantwortlich für die Aufrechterhaltung des pro-römischen Friedens an den Grenzen des Imperiums. So war es z.B. auch bei dem Parther-Reich. Also, Imperien, die versuchen direkt in okkupierten Gebieten zu regieren, solche Imperien scheitern, wie es z.B. mit dem Nazi-Imperium der Fall war. Denn niemand hat so viel Macht, um direkt zu regieren. Da muß man schon clever vorgehen.

Wie auch immer, das ist nicht unser Problem. Es bedeutet eigentlich, daß wir ein Imperium als solches sind. Wir sollten aber deswegen nicht denken, daß wir uns entspannen könnten, nach Hause gehen und uns über nichts Sorgen machen. Wir sind erst etwa im dritten Kapitel des Buches.

Moderator N. Brand: Bitte die nächste Frage. Frage aus Publikum: Habe ich Sie richtig verstanden, daß die europäische Währung Euro nicht überleben wird?

George Friedman: Die Frage, die jetzt für die Russen auf dem Tisch ist, ist, ob man die Ukraine als eine Pufferzone zwischen Rußland und dem Westen haben will, die wenigstens neutral bleiben wird oder wird der Westen in die Ukraine so weit vordringen, daß er nur 100 Kilometer von Stalingrad und 500 Kilometer von Moskau entfernt sein wird. Für Rußland stellt der Status der Ukraine eine existentielle Frage dar. Und die Russen können bei dieser Frage nicht einfach so weggehen und loslassen.

Für die USA gilt, wenn Rußland sich weiter an die Ukraine hängt, werden wir Rußland stoppen. Dafür wurden Maßnahmen unternommen für die General Hodgens eingesetzt wurde, um dafür beschuldigt zu werden. Es geht um die Präpositionierung von Truppen in Rumänien, Bulgarien, Polen und die baltischen Staaten. Das Intermarium ("Zwischenmeer-Land"), das Territorium zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee, wovon Pilsudski träumte. Das ist die Lösung für die USA. Und die Sache, worauf wir keine Antwort parat haben, ist die Frage, was wird Deutschland in dieser Situation unternehmen.

Die reale unbekannt Variable in Europa sind die Deutschen, wenn die USA diesen Sicherheitsgürtel aufbauen, nicht in der Ukraine sondern zu dem Westen, und der Einfluß der Russen in der Ukraine wird schwinden. Wir wissen nicht, wie die deutsche Haltung ausfallen wird. Deutschland ist in einer sehr eigenartigen Lage. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder ist im Aufsichtsrat von Gazprom. Die Deutschen haben ein sehr komplexes Verhältnis zu den Russen. Sie wissen aber selbst nicht, was sie tun sollen. Sie müssen ihre Waren exportieren, die Russen können ihnen die Waren abnehmen.

Andererseits verlieren sie ihre Freihandelszone, die sie brauchen, um andere Sachen aufzubauen. Die Hauptbefürchtung der USA ist, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien mit russischen Rohstoffressourcen und russischer Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden, die die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern versuchen. Also, wie kann man erreichen, daß diese deutsch-russische Kombination verhindert wird? Die USA sind bereit, die Karten auf den Tisch zu legen. Es ist die Linie zwischen dem Baltikum und dem Schwarzen Meer.

Seitens Rußlands waren die Karten bisher immer schon auf dem Tisch. Für sie ist entscheidend, daß die Ukraine ein neutrales Land wird, kein pro-westliches. Weißrußland ist hier eine andere Angelegenheit. Nun, wer mir eine Antwort darauf geben kann, was die Deutschen in dieser Situation tun werden, der kann mir auch sagen, wie die nächsten 20 Jahre Geschichte

aussehen werden. Aber unglücklicherweise müssen die Deutschen immer wieder diese Entscheidung treffen. Und das ist das ewige Problem Deutschlands.

Deutschland ist wirtschaftlich enorm mächtig, aber gleichzeitig geopolitisch sehr zerbrechlich. Sie wissen niemals, wo und wie sie ihre Exporte verkaufen können. Seit 1871 war das immer "Die deutsche Frage". Und die Frage Europas. Denken Sie über die "Deutsche Frage" nach, welche jetzt wieder mal aufkommt. Das ist die nächste Frage, die wir stellen müssen, was wir aber nicht tun, weil wir nicht wissen, was die Deutschen tun werden.

Moderator N. Brand: Ganz herzlichen Dank an George Friedman und einen herzlichen Dank auch an den Chicago-Club für das Co-Sponsoring dieses Abends. Einen guten Abend!

George Friedman - der Chef von Strategic Forecasting, INC (abgekürzt STRATFOR) ist ein führender privater US-amerikanischer Think-Tank, der die Analysen, Berichte und Zukunftsprojektionen zur Geopolitik, zu Sicherheitsfragen und Konflikten in aller Welt anbietet.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 30. August 2019 (x1.000/...): >>>50 Jahre Woodstock: Hippie-Legende oder soziales Massenexperiment?

Viele kennen die Bilder der sagenumwobenen 68er-Bewegung: Friedensdemos, neue Musik, bunte Kleider, Sex und Drogen, sowie das legendäre Woodstock-Festival. Scheinbar war die Hippie-Bewegung ein durch junge Menschen geborener Neuaufbruch. Doch es gibt handfeste Hinweise, daß diese sogenannte "Gegenkultur" von langer Hand geplant und gesteuert, ja die Jugend gezielt instrumentalisiert wurde ...

Am 15. August 2019 jährte sich das legendäre Woodstock-Festival im US-Staat New York zum 50. Mal. Über 400.000 Menschen waren im Sommer 1969 zu dem dreitägigen Musikfestival gepilgert, das bis heute als Höhepunkt der Hippiebewegung gilt. Die gängige Darstellung der 68er-Bewegung durch die Medien ist die, daß rebellische Jugendliche in den USA gegen die Außenpolitik und die kriegerischen Aktivitäten ihrer Väter protestiert haben und versuchten, sich einen komplett neuen Lebensstil zu schaffen. Ausdruck dieser sogenannten Jugendbewegung waren zum Beispiel Friedensdemonstrationen, neue Musik, bunte Kleider, sexuelle Freizügigkeit und Drogen sowie das legendäre Woodstock-Festival.

Bis heute kennen viele diese Bilder. Sie werden immer dargestellt als eine selbstbestimmte Entwicklung von jungen Menschen, als eine sogenannte "Gegenkultur". Doch war diese Gegenkultur wirklich so selbstbestimmt? Der Autor Robin de Ruyter beschreibt in seinem Buch "Die Köder des Satanskultes" eindrücklich, daß diese Gegenkultur der 60er Jahre vor allem ein groß angelegtes soziales Massenexperiment gewesen sein soll, das die CIA, der britische Geheimdienst MI6 und das Tavistock-Institut an der damaligen Gesellschaft durchgeführt haben.

Das "Tavistock-Institute of Human Relations" zu Deutsch: "Institut für menschliche Beziehungen", befaßt sich mit sozialwissenschaftlicher Forschung und begann seine Tätigkeit im Jahr 1913 im Wellington House (Britisches Büro für Kriegspropaganda) in London. Der Auftrag des Tavistock-Instituts bestand darin, Propagandatechniken zur psychologischen Kriegsführung zu entwickeln, um die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken. Finanziert wurde die Organisation zunächst durch das englische Königshaus, später u.a. von den Rothschilds sowie den Rockefeller-Familienstiftungen.

So seien neue Kennwörter, wie "Teenager" und "Beatgeneration", "Hippies" oder "Blumenkinder", welche die 68er-Bewegung hauptsächlich prägten, vom Tavistock-Institut kreiert worden. Diese Begriffe schufen eine neue, sich klar unterscheidende und sich von bestehenden Normen lossagende junge Bevölkerungsgruppe und sollten laut de Ruyter dazu dienen, die Generationen zu spalten.

Zudem wurde für das gesellschaftliche Massenexperiment eine außergewöhnlich wirkungsvolle bewußtseinsverändernde Droge verwendet, die damals noch nicht verboten war - LSD, welche von der Schweizer Pharmafirma Sandoz AG hergestellt wurde. So wurden zum Bei-

spiel an die Besucher des Woodstock-Festivals 1969 halluzinogene Drogen wie LSD verteilt und in Getränke gemixt, was Tausende ahnungslose Opfer in tobende Psychotiker verwandelte. Am Ende des Woodstock-Festivals wurde von insgesamt 5.000 Notfällen berichtet.

Sogar John Lennon, der Sänger und Gitarrist der britischen Rockband "The Beatles", erwähnte kurz vor seinem Tod in einem Interview für die Zeitschrift Playboy, daß gewisse Drogen wie LSD mit voller Absicht in der Gesellschaft verbreitet worden waren, um soziales Chaos anzurichten und einen allgemeinen Zusammenbruch der Gesellschaft herbeizuführen.

Robin de Ruyter beschreibt in seinem Buch, daß die damaligen Rockkonzerte dazu dienten, die junge Generation in Massen zu einer drogengesättigten und dem freien Sex frönlenden "Gegenkultur" heranzuziehen. Er benennt mit dem Hippie-Aktivist und Clown, Wavy Gravy, einen der Hauptkoordinatoren des Woodstock-Experiments.

Gravy war Mitglied der Künstlergruppe "The Merry Pranksters", die mit einem bunt angemalten Schulbus durch die USA fuhr, um LSD-Happenings zu veranstalten und im Namen von Spaß, Chaos und Drogentrips eine ganze Generation prägte. Gravy soll für den US-Geheimdienst CIA gearbeitet haben und war mit seiner Hippie-Kommune "Hog Farm" zu Deutsch: "Schweine-Farm" offiziell für die Sicherheit des Woodstock-Festivals zuständig.

Laut de Ruyter wurde die gesamte Gegenkultur samt der Rockmusikszene von Handlangern der Geheimdienste unterwandert. Auch die Philosophin Dr. Claudia Simone Dorchain untersuchte die sagenumwobene 68er-Bewegung. Sie kam ebenfalls zu dem Ergebnis, daß es sich um ein Programm der Mächtigen gehandelt habe, die offenbar testen wollten, inwieweit sie Bevölkerungsschichten zur Ohnmacht programmieren könnten. Der Gipfel der Manipulation sei allerdings, wenn die junge heranwachsende Generation, an der man dieses soziale Massenexperiment durchgeführt habe, die gezielte Beeinflussung ihrer Willensentscheidung als Befreiungsschlag mißinterpretiert.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 3. Dezember 2019 (x1.000/...): >>Was ist der "Tiefe Staat"?

In den 1980ern hieß der Staatsfeind Nr. 1 Linksterrorismus. Heute hat sich die offizielle Sichtweise des Staatsfeindes auf den sogenannten "Rechtsterrorismus" verlagert. ...

Nach der Ermordung des deutschen CDU-Politikers Dr. Walter Lübcke Anfang Juni 2019 überschlugen sich wochenlang die Meldungen über die Hintergründe der Mordtat. Als Tatmotiv gilt "Haß von rechts", den sich Lübcke durch eine Äußerung im Jahr 2015 auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise zugezogen haben soll. Sofort vermittelten die Leitmedien ein fixes Bild: "Der Rechtsterror ist die Gefahr Nummer 1". Noch in den 1980ern wurde der Linksterrorismus als "Staatsfeind Nr. 1" bezeichnet.

Wie konnte sich die öffentliche Sichtweise um 180° drehen? Sollen hier möglicherweise die Feindbilder "Rechtsterrorismus" und "Linksterrorismus" von ganz anderen Kräften ablenken, die im Hintergrund den Rechtsstaat und die Demokratie torpedieren? Der renommierte Schweizer Historiker und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser spricht in diesem Zusammenhang vom sogenannten "Tiefen Staat", der mit verdeckter Kriegsführung und Operationen unter falscher Flagge die demokratischen Strukturen weltweit unterwandert hat. Diese Sendereihe widmet sich der Aufdeckung von Mechanismen und Instrumenten dieser Unterwanderung. Was ist der tiefe Staat?

Der Begriff "Tiefer Staat" beschreibt seit den 1970er Jahren demokratisch nicht legitimierte Macht- und Entscheidungsstrukturen in Geheimdiensten, Militär, Politik und Justiz. Seit den 1990er Jahren wurden weltweit agierende Netzwerke enttarnt, die im Verborgenen die Interessen einer heimlichen Machtelite verfolgen. Egal, welche politische Partei aktuell regiert, unter dem Deckmantel der Demokratie wurde und wird unbemerkt die Verwirklichung lang angelegter Pläne* vorangetrieben. Das Ziel sei die Machtausweitung und Geldanhäufung bei den global dominierenden Familien (z.B. Rothschilds, Rockefellers).

Die Mittel sind das durch FED und EZB (US-amerikanische und europäische Zentralbank) dominierte Finanz- und Wirtschaftssystem und die von Geheimdiensten initiierten Kriege, Krisen und Terroranschläge. Zur Verschleierung der Ziele und Mittel wird die öffentliche Meinung über Think-Tanks in enger Zusammenarbeit mit den Leitmedien derart manipuliert, daß selbst menschenfeindliche Handlungen als moralisch berechtigt empfunden werden. Die sichtbaren und unsichtbaren Akteure im Tiefen Staat werden durch ein Belohnungs- und Erpressungssystem gesteuert.

Wer nicht kooperiert oder die Machthierarchie gefährdet, wird im Ruf ruiniert, mit Sanktionen belegt oder ermordet. Verschwörungstheorie? Nein, sondern knallharte Verschwörungspraxis der Machtelite! Und deren Wunderwaffe ist der "Tiefe Staat". ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 5. Dezember 2019 (x1.000/...): >>>**Jahrhundertealte Geheimpläne**

... Man kann die Weltgeschichte in ihrer vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es nebst unseren sichtbaren sozialen Systemen wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Militär, Religion usw. auch noch geheime Gruppierungen und deren Systeme gibt, die aus dem Hinterhalt heraus operieren. Sie haben mächtigen Einfluß, stellen die Weichen auf allen Ebenen, und so herrschen und regieren sie, ohne daß die hart arbeitende Weltbevölkerung sie wahrnimmt, geschweige denn kennt.

Es sind Gruppierungen, die mit großem Geschick längst die Welt-Finanzströme unter ihre Kontrolle gebracht haben und auf diesem Weg Einfluß auf jedes Land der Welt ausüben: Sie manipulieren jede Politik, jedes Militär, jedes Wirtschaftssystem, jede Wissenschaft, jede Kultur, Religion, Ideologie und was es sonst noch so alles gibt. Sie operieren für das menschliche Auge unsichtbar. Schon seit Jahrhunderten arbeiteten diese Gruppierungen im Geheimen Strategien und Pläne zur Beherrschung der gesamten Welt aus. In ihrem Bewußtsein zählen sie sich zu keiner einzigen Nation oder Rasse dieser Welt.

Die Welt selber ist ihr Fokus. Sie möchten weder über ein Dorf, noch über eine Stadt oder irgendein Land herrschen. Noch nicht einmal über einen oder zwei Kontinente - sie streben vielmehr nach der ultimativen Weltherrschaft. Und um dieses unfaßbare Ziel zu erreichen entwarfen sie von Anbeginn Pläne, wie ihre Geheimorganisation über sämtliche Länder der Erde Herr werden kann.

Die einzelnen Länder und Kontinente sind für diese Globalplayer nichts weiter als seelenlose Spielfelder auf ihrem Monopoly-Spielbrett. Die hart arbeitenden Völker sind für sie lediglich interessant und nützlich, aber in ethisch-moralischer Hinsicht völlig bedeutungslos. Ihr Denken entspricht also nicht dem des allgemeinen Volkes. Normalsterbliche denken in aller Regel kaum weiter als nur gerade vor ihre Nasenspitze. Diese in Geheimbünden organisierten Manipulatoren dagegen denken in Jahrzehnten und Jahrhunderten. Um auch nur schon eine einzige Großmacht unter Kontrolle bringen zu können, opfern sie - ohne mit der Wimper zu zucken - ganze Länder und Kulturen.

Um aber sämtliche Länder und Großmächte dieser Welt beherrschen zu können, schrecken sie nicht davor zurück, dieselben zuvor allesamt zu destabilisieren. So organisieren sie Chaos, fiktive Bedrohungen, Kriege und Terror aller Gattung. Und dies bringen sie leicht zustande, weil sie über Billionen-Budgets verfügen. Es geht um gewissenlose Finanz-Oligarchen, die schon seit es Geld gibt, nahezu den gesamten Geldfluß der Erde in ihre privaten Hände manipuliert haben. Ihre Gründer waren gleichsam die Erfinder des Geldes.

Sie haben das Geld mit keiner zweiten Absicht erfunden, als über den Zins- und Zinseszins-Geldfluß alles beherrschen zu können. Seit auch Staatsleute sich ihr Geld borgten, manipuliert dieser Geld- und Wirtschafts-Geheimbund unsere Politiker und sichtbaren Vorsteher frei nach Belieben. Ihre Organisationen nehmen schon seit mehreren hundert Jahren Einfluß auf alle Länder der Welt.

Wir fassen bis hierher zusammen: Man kann den nachfolgenden 100 Jahre-Rückblick politisch-militärischer Entwicklungen auf dieser Welt nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es in Geheimbünden organisierte Oligarchien gibt, die strategisch in Jahrhunderten denken. Um die Völker der Erde beherrschen zu können, planen sie in Jahrzehnte- bis Jahrhundert-Prozessen die strategische Zerstörung aller Groß- und Kleinmächte. Zuweilen planen sie Völkerschicksale wie etwa drei Weltkriege, wie sie schon 1871 durch Albert Pike, einem 33 Grad-Freimaurer klar skizziert wurden.

Zuerst müsse ein 1. Weltkrieg dazu dienen, das zaristische Rußland zu stürzen. Ein 2. Weltkrieg müsse zur Gründung des Staates Israel verhelfen und den Kommunismus stärken. Ein 3. Weltkrieg müsse seinen Anfang durch Kontroversen zwischen muslimischen Führern und dem politischen Zionismus nehmen. Der Rest der Welt soll jedoch, bis zur restlosen Erschöpfung auf allen Ebenen, in diesen Konflikt hineingezogen werden. So der satanische Plan des 33 Grad-Freimaurers und Satanisten Albert Pike 1871.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 16. Dezember 2019 (x1.000/...): >>>**Tiefer Staat - Beispiele: NSU, Mordfall Lübcke, linker Terror**

... Beispiel 1: Verstrickungen deutscher Staatsorgane in den Fall NSU In den Jahren 2000 bis 2006 wurden die sogenannten "Dönermorde" begangen, für die man ausschließlich die rechte Terrorzelle "National- sozialistischer Untergrund" - kurz: NSU - um Beate Zschäpe verantwortlich machte. Verschiedene investigative Journalisten, wie z.B. Jürgen Elsässer, untersuchten den Fall, indem sie u.a. Gerichtsprotokolle auswerteten.

Es kam zum Vorschein, daß staatliche Organe, wie z. B. der Thüringer Verfassungsschutz, in den Fall NSU involviert waren. So war der Verfassungsschützer Andreas Temme nachweislich am Aufbau des NSU-Netzwerks und direkt oder indirekt an der Ausführung der genannten Dönermorde beteiligt, was aber juristisch nie gründlich aufgearbeitet wurde. Dem Thüringer Verfassungsschutz ist nachzuweisen, daß er maßgeblich an der Finanzierung und dem Aufbau des rechten Netzwerkes um den NSU herum beteiligt war.

Auch fand im Umfeld des NSU ein rätselhaftes Zeugensterben statt. Besonders brisant ist die Tatsache, daß 19 Akten des NSU-Falles vernichtet und die verbliebenen Akten zunächst mit einer Sperrfrist von 120 Jahren belegt wurden. Diese Sperrfrist wurde nachträglich bis Jahr 2044 verkürzt. Versucht hier der deutsche Staat, eine Verstrickung in die NSU-Affäre zu vertuschen?

Beispiel 2: Mordfall Lübcke: Ungereimtheiten und Instrumentalisierung durch Politik und Medien Seit der Ermordung des CDU-Politikers und Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke überschlugen sich die Meldungen und Kommentare über die Hintergründe dieser Mordtat. Laut offiziellen Angaben wurde Lübcke in der Nacht zum 2. Juni auf der Terrasse seines Anwesens durch einen Kopfschuß getötet.

Der Täter soll ein Rechtsextremer namens Stephan E. sein. Als mögliches Tatmotiv gilt "Haß von rechts", den der Politiker sich unter anderem durch eine Äußerung auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise zugezogen haben soll. Obwohl die Ermittlungen bisher noch keine klaren Schlüsse zulassen, vermitteln die Schlagzeilen der Medien bereits ein fixfertiges Bild: "Der Rechtsterror ist die Gefahr Nummer 1".

Zweifelsohne ist tatsächlicher Terror aus Haß durch Rechts- oder Linksextremisten frag- und vorbehaltlos aufs Schärfste zu verurteilen und zu ahnden. Doch kann der gewaltsame Tod Walter Lübckes tatsächlich eindeutig und ausschließlich einem rechtsextremen Hintergrund zugeschrieben werden? Zumindest einige Zusammenhänge werfen gewichtige Fragen auf:

1. Gefunden worden sei der Tote Walter Lübcke von seinem Sohn, der nicht etwa den Notarzt, sondern einen befreundeten Sanitäter von der gerade gegenüber stattfindenden Kirmesfeier herbeirief. Wie sich herausstellte, manipulierte dieser den Tatort, indem er Blut- und damit möglicherweise auch sonstige Spuren beseitigte. Die erst viel später eintreffenden Rettungs-

kräfte nahmen Walter Lübcke mit, wobei erst im Krankenhaus die Einschußstelle im Kopf entdeckt worden sein soll.

2. Ex-Verfassungsschützer Andreas Temme, der bereits bei den Morden des rechten Netzwerkes NSU - sprich Nationalsozialistischer Untergrund - zwischen den Jahren 2000 und 2006 eine dubiose Rolle spielte, wechselte später in die Regierungsbehörde von Walter Lübcke. Temme war nachweislich am Aufbau des NSU-Netzwerks und an der Ausführung der Morde direkt oder indirekt beteiligt. Die Mordserie an zehn überwiegend türkischen Opfern wurde ausschließlich dem rechten Netzwerk zugeordnet.

Eine wirkliche Aufklärung der Morde wurde seitens des Staates massiv behindert. Ende 2011 vernichtete das Bundesamt für Verfassungsschutz mindestens 19 der brisanten Akten und auf den verbliebenen liegt eine Sperrfrist von 120 Jahren. Rund um den NSU-Prozeß gab es ein auffälliges Zeugensterben von über einem Dutzend Personen. Denkwürdig ist, daß nun im Mordfall Lübcke erneut einer von Temmes V-Männern mit dem Beschuldigten Stephan E. in enger Verbindung steht.

3. Dem NSU-Untersuchungsausschuß lagen im Jahr 2015 Akten vor, in denen sich "ein geheim eingestuftes Dokument mit relevanten Informationen" zu dem im Fall Lübcke tatverdächtigen Stephan E. befand. Wie der Hessische Rundfunk berichtete, gäbe es im Landesamt für Verfassungsschutz jedoch keine Personalakte mehr über den mutmaßlichen Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten. Die Fakten sind also alles andere als eindeutig. Dennoch wird ausschließlich gegen "rechts" ermittelt. Doch welche anderen möglichen Tatmotive gibt es im Mordfall Lübcke?

1. In Lübckes Regierungspräsidium werden unter anderem Genehmigungen für Windkraftanlagen erteilt. Im Zuge dieser Genehmigungen habe es in Lübckes Amtszeit immer wieder Konflikte gegeben, unter anderem, weil Lübckes Söhne selbst Betreiber mehrerer Wind- und Solarparks sind. Als Regierungspräsident genehmigte Lübcke sehr "engagiert" Windkraftanlagen, unter anderem auch in bedeutenden Naturschutzgebieten, was ihm teils wütende Proteste einbrachte.

2. Auch eine Bluttat der kalabrischen Mafia Ndrangheta ist denkbar. Diese ist seit Jahren in Kassel aktiv. Der Ndrangheta ist nachzuweisen, daß sie vor allem über Windkraftanlagen Geldwäsche von Milliardenbeträgen aus Drogen-, Waffen-, Rotlicht- und Wettbürogeschäften betreiben, weshalb bereits 2013 eine bundesweite Razzia durchgeführt wurde.

Zusammenfassend kommen verschiedene Aufklärungsplattformen zu dem Schluß, daß die Faktenlage im Mordfall Lübcke äußerst unklar bis widersprüchlich ist. Dennoch werden bisher ausschließlich "Rechtsextreme" für den Mord verantwortlich gemacht und seitens der Politik schon mal Konsequenzen gezogen: So will Bundesinnenminister Horst Seehofer den "Kampf gegen den Rechtsextremismus" deutlich verstärken. ...

In welche Richtung diese Konsequenzen aber eigentlich zielen, daran lassen Schlagzeilen wie diese keinen Zweifel: FAZ vom 19. Juni: "Mord an Walter Lübcke - CDU weist AfD Mitverantwortung zu" oder ZEIT ONLINE: "Annegret Kramp-Karrenbauer gibt AfD Mitschuld am Tod von Walter Lübcke". Der haushaltspolitische Sprecher der SPD Johannes Kahrs fordert per Twitter: "... AfD verbieten, dann AfD-Mitglieder aus dem Beamtenverhältnis entlassen." Diese Äußerungen knüpfen an der kritischen Haltung der AfD zur Migrationspolitik der Bundesregierung an, die völlig undifferenziert mit Ausländerhaß gleichgesetzt wird, welcher den Nährboden für diesen Mord gebildet habe.

Solche zur "großen Gefahr von rechts" aufgeblasenen medialen Inszenierungen wie die NSU-Morde und der Lübcke-Mord sollen ganz offensichtlich als Rechtfertigung von Zensur, Überwachung, Sanktionierung und Verbot von Parteien, wie z.B. der AfD, Aufklärungsbewegungen und freien Medien bis hin zum Ausschluß von Systemkritikern aus der Gesellschaft dienen.

Beispiel 3: Instrumentalisierung des linken Terrors

Der Schweizer Historiker und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser legte in langjährigen Untersuchungen offen, daß seit 1944 auf Initiative der US-amerikanischen und englischen Regierungen in ganz Europa NATO-Geheimarmeen unter der Führung des CIA und des MI6 aufgebaut wurden. Diese Geheimarmeen - auch "Gladio" genannt - verübten zahlreiche Bombenanschläge (z.B. auf den Bahnhof von Bologna und das Münchner Oktoberfest 1980) und versetzten die Völker so in Angst und Schrecken.

In den 1960er Jahren entstand in Deutschland die Rote-Armee-Fraktion (RAF). Diese gründete sich nach der Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg, der am 2. Juni 1967 während einer Demonstration gegen den persischen Schah in Westberlin erschossen wurde. Von staatlicher Seite her wurde vertuscht, auf welcher skandalösen Weise Ohnesorg ums Leben kam und daß der Polizist Karl-Heinz Kurras, der ihn erschoss, gleichzeitig auch ein inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR war.

Die folgenden Ermordungen von Siegfried Buback, Jürgen Ponto, Hanns-Martin Schleyer und Detlef Rohwedder wurden nie vollständig aufgeklärt - trotzdem aber ausschließlich der RAF zugeschrieben.

Unter dem Schock der Anschläge konnten die Regierungen Anti-Terror-Gesetze durchsetzen, mit deren Hilfe die (Studenten) Proteste gegen die amerikanisch-imperialistische Kriegspolitik oder die spätere Anti-Atomkraft-Bewegung verfolgt wurden. Somit bewahrheitet sich, was der US-amerikanische PR-Fachmann Edward Louis Bernays schon 1928 in seinem Buch "Propaganda" sagte: "Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken die gesellschaftlichen Abläufe. Sie bilden eine unsichtbare Regierung, welche die wahre Herrschermacht unseres Landes ist."

Es ist eine Strategie dieser "Machtelite", das Volk möglichst im Unwissen zu halten. Daher ist es wichtig, sich der Existenz eines verborgenen sogenannten "Tiefen Staates" bewußt zu sein und die Akteure zu entlarven.<<

Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel berichtete im Jahre 2019 in ihrem Buch "WIDERWORTE. Gedanken über Deutschland" (x362/13-20): >>... **Zerbrechliches Vertrauen**

Daß der Wiederaufbau des verbliebenen Territoriums und der Wiederaufstieg der zunächst in den westlichen Landesteilen gegründeten Bundesrepublik Deutschland zu einer der führenden Industrienationen der Welt dennoch gelungen ist, ist fraglos eines der größten Friedenswerke, das die Deutschen vollbracht haben. Sie haben das übrigens im Wesentlichen aus eigener Kraft geschafft.

Die Einbeziehung Deutschlands in das "Europäische Wiederaufbauprogramm" (ERP) der USA hatte in erster Linie signalpolitische Bedeutung, weil damit die Phase der totalen Stigmatisierung und der harten Reparations-Demontagen endete. Die an Deutschland vor allem als indirekte Kredite für Warenlieferungen ausgereichten Hilfen aus dem "Marshallplan" wurden rasch und verzinst zurückgezahlt. Die beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögen und Patente verblieben dagegen in US-Hand. Allein ihr Wert überstieg die deutschen Verbindlichkeiten gegenüber den USA bei Weitem, wie der Spiegel schon 1951 festhielt.

Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte wiederum begann auf dem Höhepunkt des "Wirtschaftswunders" auf Wunsch der Entsendestaaten, die ihre Zahlungsbilanz verbessern wollten. Türkische "Gastarbeiter" wurden sogar erst in den 1960er-Jahren und auf massives Drängen aus Ankara und den USA angeworben, als der Wiederaufbau längst abgeschlossen war und das Wirtschaftswunder schon seinen Zenit überschritten hatte. Daß in geschichtsklitternder Weise von etablierten Politikern immer öfter unwidersprochen behauptet wird, "die Türken" hätten Deutschland wieder aufgebaut, ist nur eine der Zumutungen, die sich die Bürger von jenen, die in ihrem Auftrag regieren, wieder viel zu gutmütig bieten lassen.

Wirtschaftswunder und Wiederaufbau, Ludwig Erhards Versprechen von "Wohlstand für al-

le", das durch besonnene und ordnungspolitisch solide Wirtschaftspolitik eingelöst wurde und einen Aufschwung begründete, an dem breite Schichten teilhaben konnten, hat den bürgerlichen Mittelstand - zu dem längst auch die aufstiegswillige und qualifizierte Arbeiterschaft zählt - wieder gestärkt und neues Vertrauen in die wiedererrichtete Republik der Deutschen und ihre demokratischen Institutionen geschaffen.

Dieses Vertrauen ist ein anfälliges Kapital, und es wird bereits seit geraumer Zeit dreist und massiv mißbraucht und ausgenutzt. Hier liegt der tiefere Kern der fundamentalen Krise, in der sich unser Land und unsere Republik befinden.

Überdeckt wurde diese Krise lange Zeit durch den Fleiß, die Leistungsbereitschaft und die Gutgläubigkeit ebenjener Mittelschicht, die sich trotz immer drückenderer Lasten weiter redlich abmüht, über die Runden zu kommen. Sie verwendet ihre ganze Kraft darauf, den eigenen Lebensstandard zu halten und an die nachfolgende Generation weiterzugeben, und hat sich dabei viel zu lange und zu bereitwillig auf die Beschwichtigungen der etablierten Wortführer in Politik und Medien verlassen, daß schon alles zu ihrem Besten geschehe.

Rechtsbruch und Staatskrise

Daß die etablierten Parteien sich den Staat zur "Beute" machen und dabei Verfassung, Gewaltenteilung und demokratische Institutionen bis zur bloßen Fassade entkernen, haben Kritiker wie Hans-Herbert von Arnim früh angeprangert. Wichtiger Teil der "Beute" ist der aus Zwangsgebühren üppig finanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk, der sich in einer Art Symbiose zum beiderseitigen Vorteil immer ungenierter in den Dienst von Partikularinteressen der von Arnim ausgemachten "politischen Klasse" stellt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel - Thilo Sarrazin hat sie anlässlich der Vorstellung seines jüngsten Buches so knapp wie vernichtend als "Inbegriff des Unheils für Deutschland" bezeichnet - hat durch historische Fehlentscheidungen diese Entwicklungen zur umfassenden Staatskrise beschleunigt. Die drei großen Rechtsbrüche, die sie zu verantworten hat - von den vielen kleineren zu schweigen -, greifen so tief und schmerzhaft in die Grundrechte der Bürger ein, daß sich das Ausmaß der Krise nicht länger verheimlichen läßt.

Die "Euro-Rettung" hat die Tür zum europäischen "Superstaat" weit aufgestoßen - zulasten der Nationalstaaten und ihrer Staatsvölker, der eigentlichen demokratischen Souveräne auf dem Kontinent, deren Entmündigung Brüssels zentralistisch eingestellte Eurokraten beharrlich betreiben.

Die Nullzins- und Billiggeld-Politik der Europäischen Zentralbank ist ein direkter Angriff auf das deutsche Volksvermögen und Motor einer "Transferunion" zur kontinuierlichen Umverteilung von Nord nach Süd, von Bürgern zu Finanzindustrie und Staatshaushalten. Die Wohlstandsverluste für Deutschland belaufen sich nach Schätzungen schon jetzt auf einen dreistelligen Milliardenbetrag, die Haftungsrisiken haben die Billionengrenze erreicht. Die deutschen Privatvermögen schrumpfen inzwischen auch real.

Die "Energiewende" hat den Deutschen die höchsten Energiepreise Europas bei schwindender Versorgungssicherheit beschert, knöpft Bürgern und Unternehmen jährlich zweistellige Milliardenbeträge für die Förderung unsinniger Doppelstrukturen ab und treibt energieintensive Industrien samt wertvollen produktiven Arbeitsplätzen aus dem Land.

Und schließlich die unkontrollierte illegale Einwanderung von Millionen Menschen aus außereuropäischen Kulturkreisen, die das Land stärker und radikaler verändert als jede Fehlentscheidung zuvor, und das nicht zum Guten. Nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der als "Asylbewerber" Eingereisten ist tatsächlich verfolgt und damit asylberechtigt, nur ein Bruchteil wird je in Arbeitsmarkt und Gesellschaft integrierbar sein. Abschiebungen und Zurückweisungen finden faktisch nicht statt. Geltendes Recht ist seit Jahren willkürlich außer Kraft gesetzt und wird vorsätzlich nicht mehr angewandt.

Schlimmer noch: Es scheint zunehmend zweierlei Recht zu gelten. Wer die Regeln anerkennt,

wird streng gemessen und bestraft. Neuankömmlinge, die den Rechtsstaat und seine Werte schon vom Zeitpunkt ihrer Ankunft an offen mißachten, werden nicht selten mit Samthandschuhen angefaßt. "Haßverbrechen" gegen Migranten werden hart geahndet; bei Übergriffen von Zuwanderern auf Einheimische ergehen immer wieder unbegreiflich milde Urteile und Straftäter müssen mitunter selbst bei ellenlangem Deliktregister weder Haft noch Abschiebung fürchten.

Das untergräbt den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft und zerstört die Rechtssicherheit. Steigende Kriminalität, Terrorgefahr und Unsicherheit im öffentlichen Raum und voraussehlende Islamisierung, die durch den anhaltenden unregelmäßigen Zustrom muslimischer Migranten mit archaischen Kultur- und Wertvorstellungen noch beschleunigt wird, bedeuten für rechtstreue Einheimische und integrierte Einwanderer, und besonders für die Frauen, einen täglich spürbaren Verlust an Freiheit, Bedrohung des Eigentums und selbst Gefahr für Leben und körperliche Unversehrtheit. Mit anderen Worten: eine Bedrohung ebenjener unveräußerlichen Grundrechte, auf denen eine freiheitliche, bürgerliche Gesellschaft beruht.

Jahre nach dem verhängnisvollen "Wir schaffen das!" von Bundeskanzlerin Angela Merkel ist das einst wohlgeordnete Deutschland ein zutiefst zerrüttetes und gespaltenes Land. Die Bonner Republik ist Geschichte, die "Berliner Republik", wenn es sie denn je gab, verwandelt sich in der Spätphase der Regierung Merkel in einen gescheiterten Staat. Auf Kritik und spontanen bürgerlichen Protest gegen den Kontroll- und Sicherheitsverlust antworten etablierte Politik und regierungstreue Medien mit Belehrungen, Zurechtweisungen und politisch korrekter Stigmatisierung.

Es geht zweifellos zu weit, hier bereits eine "DDR 2.0" heraufziehen zu sehen. Gleichwohl muß daran erinnert werden, daß das Demonstrationsrecht im klassischen liberalen Verständnis ein Freiheitsrecht der Bürger gegen Übergrifflichkeiten der Obrigkeit ist. Wenn auf der einen Seite Bürger bei der Wahrnehmung dieses Rechts mit Verwaltungsschikanen und durch geduldete linksextreme Schlägertrupps eingeschränkt werden, während andererseits Politiker und Staatskünstler zu Massenkundgebungen zur Bekräftigung der Regierungslinie mobilisieren, stimmt die Balance der Freiheit zwischen Bürger und Staat nicht mehr.

Das Ende der Geduld

"Ein besonderer psychologischer Essay wird eines Tages über die fatalistische herdenmäßige Dulderfähigkeit und Geduldausdehnbarkeit im deutschen Volk zu schreiben sein", notierte Erich Kästner im Juni 1945 in seinem "Kriegstagebuch". Der Satz könnte, leider, aktueller nicht sein. Doch jede Geduld hat ein Ende.

Die Deutungshegemonie grün-linker Volkspädagogen, die widersprechende Meinungen aus dem politischen Diskurs auszugrenzen, zu diffamieren oder gar zu kriminalisieren trachten, zerbröckelt unter den harten Realitäten der Staatskrise. Die "Faschismus-Keule", mit der ihre Gralshüter immer wahlloser und panischer um sich schlagen, um ihre schwindende Interpretationsmacht zu verteidigen, wird morsch.

Und das Mißtrauen gegenüber den Regierenden wächst. Es kommt aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft, aus ebenjener Mittelschicht, die von der herrschenden Politik der alten und neuen Sozialisten und Halbsozialisten in ihren Grundlagen bedroht wird. Es wächst dort schneller, wo die Erfahrung mit der letzten sozialistischen Diktatur und ihren Propagandarietäten frischer ist. Und das ist grundsätzlich ein positives Zeichen, ein Zeichen des widererstarkenden Freiheitswillens.

Dieses Freiheitsbewußtsein und die Prägung durch die bürgerliche Mittelschicht, der ich entstamme, ist auch mein politischer Antrieb. Aus der Überzeugung, daß die Achtung von Freiheit und Eigentum, Ordnung und die unbedingte Herrschaft des Rechts unabdingbare Voraussetzungen für Wohlstand und eine gerechte Gesellschaft sind, bin ich in die Politik gegangen. Mißstände aufzudecken und beim Namen zu nennen ist dabei nur der erste Schritt. Das Ziel

ist, dieses Land zu reformieren und wieder auf jene Grundlagen zu stellen, auf denen Deutschland sich nach den Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts erneut die Achtung und den Respekt der Welt erworben hat. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 16. Januar 2020 folgender Bericht über die "Souveränität" der Bundesrepublik Deutschland (x1.014/...): >>**Über die Souveränität des Staates Deutschland und die seiner Bürger**

Ein Kommentar von *Bernhard Loyen*

Haben sie es auch gelesen, davon gehört? Deutschland hatte ein bißchen Glück. Ja, Glück ist etwas Schönes und recht begehrt in aktuellen Zeiten. Glück ist nüchtern betrachtet das Ergebnis des Zusammentreffens besonders günstiger Umstände, die günstige Fügung des Schicksals.

Diese günstige Fügung des Schicksals erlebte unsere Regierung bei der Betrachtung des aktuellen Haushaltssparschweins. Ergebnis: ein erfreuliches Plus von 17,1 Milliarden Euro. Der Grund? Zitat: Finanzminister Scholz verkündete "*Wir hatten ein bißchen Glück, und natürlich haben wir auch gut gewirtschaftet*". Glückwunsch. Diese Summe entspricht einer Höhe, die auf Platz fünf von fünfzehn Posten des Haushalts 2020 der Bundesregierung zu finden wäre.

Leider haben davon die Menschen in Deutschland nicht wirklich was, blickt man etwas kritischer auf den Gesamtzustand dieses Landes, dieser Gesellschaft. Da, wo es essentiell für des Bürgers Glücksgefühl wird, angefangen bei den Kindergärten, den Schulen, dem Wohnungsmarkt, der Infrastruktur (also den Krankenhäusern, den Straßen, logistischen Großbauprojekten bekannter Art) schaut es eher mau aus. Eine leider langsam vergessene, aber immer noch treffende Umschreibung: schäbig.

Schäbig ist in gewisser Form auch der Umgang der ausführenden Politik mit ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern. Die Damen und Herren im Berliner Reichstag haben andere Ziele vor Augen bei den Investitionsschwerpunkten für die aktuelle Regierungszeit. Für den Bundeshaushalt 2020 steht an erster Stelle der Bereich Arbeit und Soziales mit 155 Milliarden Euro. Bundestagspräsident Schäuble machte sich dahingehend so seine Gedanken, Zitat: "*Wir müssen die Balance zwischen Fordern und Fördern richtig einhalten*", mahnte der CDU-Politiker beim Neujahrsempfang der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Hamburg.

Mit *Wir* meinte er aber nicht wir alle, sondern eine inzwischen abgehobene Politikaste, für die er stellvertretend der Souveränität des täglichen Daseins von Millionen Menschen noch einen Gedanken nachschob, Zitat: "*Denn wenn wir überfordern, zerstören wir die Motivation der Menschen und machen sie unglücklicher.*"

Schäuble sprach sich gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. Müßten die Leute nicht mehr arbeiten, nehme ihnen der Staat den Anreiz, ihre persönliche Lebenserfüllung zu finden. Zumindest ehrliche Gedanken.

An zweiter Stelle kommt dann schon das Verteidigungsressort mit sagenhaften 45,1 Milliarden Euro. Ein Großteil der Deutschen Bevölkerung weiß sehr wohl, daß eine Summe dieser Größenordnung nicht allein für die Verteidigung unseres Landes benötigt wird. Dieses Land beteiligt sich, ausschlaggebend der Entscheidung gewählter Politiker, an sogenannten Auslandseinsätzen, internationalen Einsätzen. Krieg zu unterstützen, aktiv wie passiv, bedeutet auch die Folgen mit einzukalkulieren. Entsprechende Ergebnisse größeren Ausmaßes zeigen die Entscheidungen und daraus resultierenden Ereignisse seit 2015 in Deutschland. Breit dokumentiert und diskutiert.

Bekanntermaßen sind es die USA, die seit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts Anfang der 90er Jahre vernichtend, zerstörend und mordend durch die Welt agieren. Seit ihrer letzten Attacke gegen einen führenden Militär des Iran, über einen Drohnenmord, muß die gesamte Welt erneut die Luft anhalten, darauf hoffen, daß es nicht zu einem neuen Flächen-

brand kommt, dessen Auswirkungen früher oder später auch in Deutschland zu spüren sind. Der Politiker Andrej Hunke von der Partei DIE LINKE wollte nun von der Bundesregierung erfahren, ob sich Deutschland dahingehend beteiligt hat, in diesem noch jungen Jahr zumindest mitschuldig zu sein einen 3. Weltkrieg zu provozieren. Stichwort - US-Airbase Ramstein, Relaisstation.

Zur Fragestunde im Bundestag am gestrigen Mittwoch, wollte er in Erfahrung bringen, Zitat: *Welche weiteren Relaisstationen sind der Bundesregierung für die Missionsführung von US-Drohnen bekannt, woraufhin sie zu der in der Bundespressekonferenz (BPK) vom 6. Januar 2020 vorgetragenen Einschätzung kommt, der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein sei nur "eine" solche Anlage, aber nicht "die einzige" und wann hat sie sich zuletzt bei der US-Regierung zur völkerrechtskonformen Nutzung der Relaisstation in Ramstein erkundigt bzw. unaufgefordert eine entsprechende Zusicherung von der US-Seite erhalten.*

Die Antwort von Michael Roth (Staatsminister im Auswärtigen Amt) fiel freundlich aber gewohnt inhaltsleer aus. Man stehe mit den US-Amerikanischen Partnern in einem ständigen Austausch. Die bekannte Tatsache der Nutzung Ramsteins als Mordzentrale wird in der Antwort beeindruckend wie folgt dargestellt, Es handle sich aus Sicht der US-Regierung um eine, Zitat: *...globale Kommunikations-Infrastruktur für den Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen, inkl. verschiedener Relaisstationen.*

Zudem habe die US-Seite bei letzten Konsultationen erneut bestätigt, Zitat: *daß sie bei der Nutzung des Stützpunktes Ramstein Deutsches Recht achten.* Worthülsen. Phrasen des Bücklingtums. Zumindest wird jetzt schon mal öffentlich zugegeben, daß es mehrere Relaisstationen mit dem Wissen der Bundesregierung gibt. Nur die Standorte bleiben unbekannt. Das ist erbärmlich in der Ausführung, aber betrachten wir erneut die nüchterne Realität.

Überleitungsvertrag und "Feindstaatenklauseln"

Deutschland begehmt am 3. Oktober dieses Jahres den 30. Jahrestags der Deutschen Wiedervereinigung. Der Wissenschaftliche Dienst der Bundesregierung veröffentlichte 2006 ein Gutachten mit dem Titel: *Überleitungsvertrag und "Feindstaatenklauseln"*.

Zum Thema Souveränität finden sich folgende Zeilen, Zitat: *Der Begriff Souveränität bedeutet im völkerrechtlichen Sinne, daß Staaten gegenüber anderen Staaten befehlsunabhängig und nur der Völkerrechtsordnung unterworfen sind. ... Dieser Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten findet sich in Art. 2 Nr. 1 der Satzung der Vereinten Nationen. ... Da Beschränkungen der Souveränität eines Staates eine Ausnahme von der Regel darstellen, müssen sie besonders begründet werden.*

Existieren solche Beschränkungen in der Gegenwart? Die politischen Grundlagen für die Deutsche Wiedervereinigung wurden im Sommer des Jahres 1990 im Zuge der sog. "2+4-Verhandlungen" erarbeitet, die schließlich zum sog. "2+4-Vertrag" vom 12. September 1990 führten. In diesem Vertrag finden sich Bestimmungen, dargelegt als sog. "versteinertes Besatzungsrecht". Es findet sich die Erläuterung, Zitat: *Schließlich bleiben "Maßnahmen, welche von den Regierungen oder mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen wurden", einschließlich eines diesbezüglichen Klagestopps, wirksam.*

Wie wird dies von Bundesseite gerechtfertigt, Zitat: *Die Tatsache, daß verschiedene Bestimmungen und Maßnahmen der Besatzungsmächte bestandskräftig sind, führt nicht zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik Deutschland heute völkerrechtlich nicht vollständig souverän ist. Der Fortbestand des Besatzungsrechts basiert darauf, daß die Bundesrepublik Deutschland freiwillig eine entsprechende völkerrechtliche Bindung eingegangen ist. Die Tatsache, daß sich ein Staat gegenüber anderen Staaten Bindungen auferlegt, ist jedoch kein Beweis für eine nur unvollständige Souveränität des Staates, sondern im Gegenteil gerade Ausfluß seiner Souveränität.* Harter Tobak, der aber erstmal nicht weiter kommentiert werden soll.

Rechtfertigen diese Zeilen die Existenz der größten US-Militärbasis außerhalb der USA, auf deutschem Boden? Der Drohnen-Relaisstation Ramstein? Bevor wir dies betrachten, ist Ramstein eigentlich die letzte Liegenschaft der US-Army nach der Deutschen Wiedervereinigung 1990? Genaues weiß man anscheinend nicht.

Antwort der Bundesregierung aus dem Gutachten: *Umfang und Standorte der in Deutschland stationierten US-Streitkräfte im Überblick* aus dem Jahre 2017, Zitat: *Die Gesamtzahl der Standorte der US-Streitkräfte ist aufgrund des unterschiedlichen Alters der verfügbaren Quellen nicht präzise ermittelbar, dürfte sich aber im höheren zweistelligen Bereich bewegen.*

Die Bundesregierung kennt also die genaue Zahl ihrer Untermieter nicht? Absurd, aber nicht verwunderlich. Möchten sie noch eine Absurdität kennenlernen? Wissen sie eigentlich wodurch die Tatsache US-Amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden geregelt ist? Abgesegnet gemäß Artikel 1 des Vertrags über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom - Achtung - 23. Oktober 1954. Bis heute, geduldet und unantastbar. Blicken wir nach Ramstein.

Ein Gutachten mit dem Titel: *Der Militärstützpunkt Ramstein. Statusrechtliche Fragen und mögliche Konsequenzen bei Verstößen gegen das Stationierungsrecht* aus dem Jahre 2017 informiert über die Rechtsgrundlagen für den Aufenthalt amerikanischer Truppen in Deutschland, Zitat:

Die Präsenz amerikanischer Militäreinrichtungen in Deutschland findet ihre Rechtsgrundlage im Stationierungsrecht. Grundlage für den dauernden Aufenthalt von US-Streitkräften in Deutschland ... ist bis heute der sog. Aufenthaltsvertrag vom 23. Oktober 1954. Im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands wurde die Fortgeltung des Aufenthaltsvertrags durch die "Vereinbarung vom 25. September 1990 zu dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland" bestätigt und ergänzt.

Bezugnehmend der aktuellen Ereignisse, um die drohnengesteuerte Ermordung von Qasim Soleimani, sei Punkt 2 zitiert: **Anwendbarkeit deutschen Rechts auf dem Gebiet ausländischer Militärliegenschaften:** *Ausländische Militärliegenschaften in Deutschland sind kein "extraterritoriales" Gebiet des Entsendestaates. Die Militärbasis Ramstein liegt auf deutschem Hoheitsgebiet, d.h. als Konsequenz aus dem Territorialitätsprinzip ist deutsches Recht anwendbar.*

Nun ist noch nicht schlußendlich geklärt, ob der finale Knopfdruck in Ramstein erfolgte. Marcel Dickow, Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik formulierte es am 08.01 jedoch so, Zitat: *Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß Ramstein zumindest einen technischen Anteil an dieser Operation hatte.*

Denn wir wissen, daß Ramstein als Relais-Station fungiert. Dort werden nämlich die Satellitendaten, mit denen die Drohnen gesteuert werden, umgeleitet auf eine Glasfaserverbindung, die dann in die USA führt. Diese technische Infrastruktur, die die USA schon seit vielen Jahren aufgebaut haben und dort betreiben, ist essentiell für den Drohnenkrieg und deswegen ist es sehr wahrscheinlich, daß Ramstein hier wenigstens eine technische Rolle gespielt hat.

Zusammenfassend. Der deutsche Staat, als Vermieter des Grundstücks, duldet völlig bewußt Straftaten, mit dem Wissen, ggf. Szenarien dadurch mitzuverschulden, über die wir nicht mal theoretisch im Ansatz nachdenken möchten. Nachweislich jedoch keinerlei Problem für Angela Merkel, Heiko Maas und Annegret Kramp-Karrenbauer, als politisch Verantwortliche. Warum will sich die Deutsche Bundesregierung politisch und vor allem juristisch von diesen Verbrechen nicht befreien? Wo bleibt das Statement von Christine Lambrecht? Kennen sie nicht? Das ist unsere aktuelle Justizministerin aus dem Hause SPD.

Seit spätestens 2014 sind diese Verbrechen breiter bekannt. Der ehemalige Drohnenpilot Brandon Bryant (der damals 28-Jährige war bis April 2011 auf einem Luftwaffenstützpunkt in New Mexico stationiert und steuerte von dort aus Drohnen) gab zu Protokoll, Zitat: *"Ohne*

Deutschland wäre der gesamte Drohnenkrieg des US-Militärs nicht möglich".

Bei Dienstbeginn habe er "immer als erstes in Ramstein angerufen".

Zitat aus dem Artikel: *Dokumente des US-Militärs und die Aussage eines ehemaligen Drohnenpiloten legen nun aber nahe, daß auch Einsätze in Pakistan und in Jemen über Ramstein abgewickelt werden. In beiden Ländern sind nach Schätzung der Nichtregierungsorganisation Bureau of Investigative Journalism seit dem Jahr 2004 etwa 1.000 Zivilisten bei Drohnenangriffen getötet worden.*

Das war vor sechs Jahren. Es wird weiter ungehindert von Ramstein ausgehend gemordet. Auch hierfür finden sich entsprechende Rechtfertigungen, auf die sich die Bundesregierung anscheinend bezieht. Ausruht? Es wird zumindest inzwischen geklagt, von Bürgern und von Opfern.

Nun wird es unangenehm, Zitat: *Wissenschaftliche Dienste, Ausübung militärischer Gewalt durch ausländische Staaten von Militärbasen in Deutschland, 2015: Nach Art. 53 Abs. 1 des Nato-Truppenstatuts (NTS-ZA) kann "eine Truppe innerhalb der ihnen zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften die zur befriedigenden Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderlichen Maßnahmen treffen."*

Legt man das Zusatzabkommen - ebenso wie den Aufenthaltsvertrag - dynamisch im Lichte der aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen aus, so läßt sich der Begriff "Verteidigung" in Richtung "Terrorismusbekämpfung" "fortschreiben".

So wird das jahrzehntelangen Morden also juristisch definiert. Jetzt kommt Souveränitätseierei Made In Germany, Zitat: *Die Völkerrechtskonformität von Drohnenoperation zum Zwecke "gezielter Tötungen" (targeted killing) ist bis heute jedoch rechtlich umstritten; insbesondere divergieren die amerikanischen und deutschen Rechtsauffassungen zu dieser Frage, die an dieser Stelle auch nicht weiter vertieft werden soll.*

Warum auch? Sterben ja nur ein paar Muselmanen am anderen Ende der Welt. ... Existiert nun ein Kündigungsrecht seitens der Deutschen?

Der Wissenschaftliche Dienst informiert auch hierzu, Zitat aus dem Gutachten *Der Militärstützpunkt Ramstein. Statusrechtliche Fragen und mögliche Konsequenzen bei Verstößen gegen das Stationierungsrecht, 2017:*

"Das Stationierungsrecht (erlaubt) in seiner derzeitigen Fassung keine vollständige Rechtmäßigkeitskontrolle der Bundesrepublik der Tätigkeiten fremder Streitkräfte in der Bundesrepublik. Zwar verpflichtet Artikel II des Nato-Truppenstatuts (NTS) die in Deutschland stationierten Streitkräfte dazu, deutsches Recht zu achten.

Damit erscheint eine Sanktionierung von Straftaten, welche möglicherweise auf dem Stützpunkt Ramstein begangen werden könnten, durch deutsche Behörden schwierig.

Schwierig? Schwierig ist es eher diesen Begriff in Verbindung zu bringen mit einem vermeintlich souveränen Staat. Gibt es denn nun eher unbekannte Möglichkeiten? Betrachten wir Punkt 4 dieses Gutachtens:

Kündigung des Stationierungsrechts:

Zitat: *Sowohl der Aufenthaltsvertrag als auch das NATO-Truppenstatut können aufgekündigt werden. Nach Nr. 3 der Vereinbarung vom 25. September 1990 zu dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland kann die Bundesrepublik Deutschland den Aufenthaltsvertrag in Bezug auf eine oder mehrere Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren beenden.*

Dies wäre aber nur in Verbindung zu bringen, also umsetzbar, mit politischer Souveränität im Denken. Diesen Gedanken wiederum in Verbindung zu bringen mit dem aktuellen politischen Personal ... lassen wir das.

Dem politischen Deutschland fehlt wie dargestellt seine darstellende Souveränität. Wie schaut es bei den Bürgern aus? Mit der Souveränität bei der, Zitat: *persönlichen Lebenserfüllung?*

Der *Befehlsunabhängigkeit*, seitens der Vorgaben der regierenden Politik?

Beispiele:

Souveränität bei der Suche nach dem Kita und Schulplatz für das Kind schwierig, eher düster.

Souveränität bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum - schwierig, eher düster.

Souveränität in der Existenz, bzw. Suche eines realistisch entlohnten Berufes schwierig, eher düster.

Die Souveränität im alltäglichen Dasein, definiert über etwas Glück, Gesundheit, Zufriedenheit und dem bescheidenen Verständnis von materiellem Auskommen bleibt auch in diesem Jahr eine Herausforderung für Millionen Menschen in diesem Land, sehr eng gebunden an die Vorgaben der Politik.

Berlin 2020, Zitat: *Ex-Senator Harald Wolf verläßt das Abgeordnetenhaus und profitiert von der Stichtagsregelung zur Diätenerhöhung, die seit dem 1.1.2020 gilt. Alle Parteien, außer der AfD, hatten für dieses Modell votiert.*

Seit 1991 war Wolf MdB, zunächst für die PDS, zuletzt für die Linkspartei, für jedes Jahr erhält er einen Monat Versorgung auf Basis der letzten Diät. Hätte Wolf sein Mandat noch im Dezember niedergelegt, als er engen Vertrauten seine Absicht offenbarte, hätte er nur einen Anspruch auf monatlich 2.564 Euro gehabt. Jetzt, nur ein paar Tage später, für nur ein paar Tage länger im Parlament, sind es schon 4.062 Euro im Monat. Menschlich ist das verständlich, rechtlich verdient - aber politisch schwierig.

Alles beim Alten, auch 2020. Etwas Glück für Politiker. Schwierige Zeiten für den Normalbürger.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 31. Januar 2020 (x1.000/...): >>>**Soziale Experimente am Volk**

Beruhet der moralische Verfall und die fortschreitende Auflösung aller traditionellen Werte in der westlichen Welt auf einem sorgfältig geplanten Programm? So lehren es zumindest erfolgreiche Täuschungsmanöver der Vergangenheit. Denn in den 60er Jahren ist die Hippie-Bewegung nicht zufällig entstanden ...

Im Jahr 1913 wurde in London das Tavistock-Institut gegründet. Nach dem 1. Weltkrieg bildete es viele "Ableger", so daß ein regelrechtes Netzwerk solcher Institute entstand. Finanziert wurde es zunächst durch das englische Königshaus, später jedoch u.a. von den Rothschilds und den Rockefeller-Stiftungen. Der Auftrag des Instituts bestand darin, Propagandatechniken zur psychologischen Kriegsführung zu entwickeln, um die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Diese Techniken wurden jedoch nicht nur für Kriegszwecke genutzt. Laut Dr. John Coleman, einem ehemaligen Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes MI6, ist auch der moralische Verfall und die fortschreitende Auflösung aller traditionellen Werte in der westlichen Welt das Ergebnis eines sorgfältig geplanten Programms des Tavistock-Instituts. Demnach wurde die Bevölkerung offensichtlich gezielt manipuliert und in diese Richtung gelenkt. Ein Musterbeispiel ist das legendäre Woodstock-Festival im US-Bundesstaat New York, das sich am 15.8.2019 zum 50. Mal jährte.

Das Festival gilt bis heute als Höhepunkt der Hippiebewegung der 1960er Jahre. Ausdruck dieser sog. Jugendbewegung waren Friedens-Demos, neue Musik, sexuelle Freizügigkeit und Drogen. Der Schriftsteller Robin de Ruiter und die Philosophin Dr. Claudia Simone Dorchain sehen in der Hippiebewegung jedoch keine selbstbestimmte Entwicklung von jungen Menschen. Diese seien lediglich Opfer eines groß angelegten sozialen Massenexperiments geworden. Demnach wurde die gesamte Hippiebewegung von Handlangern des CIA und des britischen Geheimdienstes MI6 unterwandert und vom Tavistock-Institut gesteuert.

John Lennon, Sänger und Gitarrist der britischen Rockband "The Beatles", sagte hierzu, daß Drogen wie das außergewöhnlich bewußtseinsverändernde LSD mit voller Absicht in der Ge-

sellschaft verbreitet worden waren, um soziales Chaos anzurichten und einen allgemeinen Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung herbeizuführen. Den Gipfel der Manipulation sieht Dr. Dorchain bei diesem "Drogenexperiment" allerdings darin, daß der jungen Generation diese gezielte Beeinflussung als großer Befreiungsschlag verkauft wurde.

Die erfolgreichen Täuschungsmanöver der Vergangenheit lehren uns, daß die betrogenen Menschen dafür einen hohen Preis zahlen mußten. So wurde allein durch das "Drogenexperiment" der Hippiebewegung die Gesundheit und das Leben vieler Jugendlicher ruiniert. Deshalb ist es jetzt um so wichtiger, all die Täuschungsmanöver unserer Zeit rechtzeitig ans Licht zu bringen und über die Zusammenhänge zu informieren.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 29. April 2020: >>**Trotz Corona: Weniger Tote in NRW als im Vorjahr**

Schlechte Nachrichten für alle Corona-Hysteriker: Die Gesamtsterblichkeitsrate in Deutschland scheint sich seit Ausbruch der Pandemie nicht erhöht zu haben. Nach vorläufigen Daten aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen starben im März 2020 an Rhein und Ruhr insgesamt sogar weniger (!) Menschen als im März des Vorjahres. "Hinweise auf eine durch die Covid-19-Pandemie erhöhte Sterblichkeit sind aus diesen Daten für März 2020 nicht abzulesen", heißt es in einer Mitteilung der statistischen Landesbehörde in Düsseldorf. Für den März 2020 registrierte NRW demnach rund 18.800 Todesfälle. Das waren 300 weniger als im März 2019 (19.100 Tote).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2020 berichtete im April 2020 über die Corona-Krise: >>**Die Welt danach**

Die Abstandsgesellschaft führt nicht nur zu einer Vereisung der zwischenmenschlichen Kontakte - der Staat greift auch massiv in unsere Freiheitsrechte ein. Eine Übersicht.

_ von Pföhringer/Klemm/Grassmann

App: digitale Fußfessel

Freizügigkeit und Reisefreiheit - das war einmal. In Vorbereitung ist eine App, die Bewegungsprofile von jedem Nutzer erstellt. Sie spürt uns beim Betreten von Stränden, Kirchen oder anderen verbotenen Orten auf und zwingt uns in die Quarantäne, wenn wir den gesetzlich verordneten Mindestabstand nicht einhalten. Schon jetzt wertet das Robert-Koch-Institut (RKI) massenhaft die Handys der Bürger aus. Bedenklich ist dabei, wie freigebig die Mobilfunkriesen mit den Daten ihrer Kunden umgehen.

Über den Apple-Kartendienst und anhand der Bewegungsaufzeichnung der Telekom können die führenden Virologen problemlos überwachen, in welchem Maß sich die Bevölkerung an die staatlich auferlegten Corona-Maßnahmen hält. Eine sogenannte Tracing-App könnte jetzt noch tiefere Einblicke in das Privatleben der Bürger ermöglichen.

Die Initiative PEPP-PT hat eine solche App programmiert und im April den Regierungen aller EU-Staaten anempfohlen. PEPP-PT ist die Abkürzung für Pan-European Privacy-Preserving Proximity Tracing. Hinter dem sperrigen Namen steckt ein Team von über 130 Wissenschaftlern und Technologen, die sowohl für staatliche Behörden als auch für internationale Institutionen und Großkonzerne arbeiten.

Im Gegensatz zum oft synonym verwendeten Tracking wird beim Tracing der Standort des Überwachten nicht in Echtzeit übermittelt. Für Freiheitsliebende ist das jedoch nur ein schwacher Trost. Denn aufgezeichnet wird die vom App-Nutzer zurückgelegte Route trotzdem. Auf diese Weise will der Staat herausfinden, mit welchen Personen Infizierte Kontakt gehabt haben und wer sich deshalb umgehend in Quarantäne begeben oder sich einem Test unterziehen muß. "Es muß unser Ziel sein, jede Infektionskette verfolgen zu können. Dafür arbeiten wir ja auch an einer App", erklärte Kanzlerin Merkel bei einer Pressekonferenz am 15. April.

Was, wenn wir die heruntergeladene App nicht mehr los werden?

Bis dato heißt es, das Herunterladen solle freiwillig sein - nur Österreichs Kanzler Sebastian

Kurz hat bereits eine App-Pflicht ins Spiel gebracht. Experten gehen davon aus, daß zwei Drittel der Telefonkunden mitziehen müßten, damit das Tracing Erfolg hat - also genauso viele wie bei WhatsApp. Aber was passiert, wenn ein Teil der Bevölkerung sich weigert?

Mit welchen Strafen werden die Download-Verweigerer dann belegt? Völlig unklar ist auch, wie lange die Überwachungstechnik auf den Smartphones der Bürger verbleiben soll. Schließlich kann es immer wieder zu Grippewellen kommen, auch zur neuerlichen Ausbreitung von Coronaviren. Was, wenn wir die einmal heruntergeladene App nicht mehr loswerden?

Zwangsimpfung: Körperverletzung

"Darf der Staat das? Darf er einem Säugling gegen den Willen der Eltern abgeschwächte Viren injizieren, die eine Hirnhautentzündung auslösen können? Das Risiko, daß die Masernimpfung eine derartige Schädigung nach sich zieht, ist zwar verschwindend gering. ... Doch so gering das Risiko auch sein mag, und sei es nur für leichtere Reaktionen wie Fieber und Ausschlag, es bleibt die Grundsatzfrage: Hat der Staat das Recht, die Gesundheit Einzelner aufs Spiel zu setzen, um die Gesundheit vieler zu schützen?"

So kommentierte *Die Zeit* im Oktober 2019 die Masernimpfpflicht für Schüler und Kitakinder, die schließlich beschlossen wurde. "Dieser bußgeldbewehrte Zwang kollidiert mit drei Verfassungsgarantien: dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, dem Erziehungsrecht der Eltern und der Menschenwürde", resümierte das Blatt.

Bei Corona drohte die Kanzlerin, Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen müßten so lange gelten, "bis es einen Impfstoff gibt". Doch die bloße Existenz eines Impfstoffes bringt diesen noch nicht in den Körper eines Menschen. Im Klartext müßte die Botschaft der Kanzlerin also so übersetzt werden: Solange nicht ein Großteil der Bevölkerung die erforderliche Injektion erhalten hat, werden die drastischen Maßnahmen bestehen bleiben.

Die Kontrolle, ob sich jeder fleißig seinen Cocktail spritzen ließ, könnten dann möglicherweise die von Bill Gates höchstpersönlich in Auftrag gegebenen Hautchips übernehmen. Schon 2019 wollte er damit Länder in der Dritten Welt überwachen lassen. "Ein unsichtbares Quantenpunkt-Tattoo könnte verwendet werden, um geimpfte Kinder zu identifizieren", hieß es damals in der Zeitschrift *Science Alert*.

Der Forscher Kevin McHugh lobte das Vorhaben: "In Bereichen, in denen Papierimpfkarten häufig verloren gehen oder gar nicht existieren und elektronische Datenbanken unbekannt sind, könnte diese Technologie die schnelle und anonyme Erkennung der Impfgeschichte von Patienten ermöglichen, um sicherzustellen, daß jedes Kind geimpft wird."

Hautchip: Ende der menschlichen Würde

"Die Würde des Menschen ist unantastbar", heißt es im Artikel 1 des Grundgesetzes. Aber einige Menschen pfeifen drauf. *Der Westen* meldete schon im März 2015: "Es hört sich nach Science-Fiction an: Ein Mikrochip unter der Haut - und schon öffnet sich die Tür zum Büro. Nur ein Reiskorn groß ist das Teil, das sich schwedische Mitarbeiter unter die Haut pflanzen lassen können. ... Die Chips können bereits im Internet bestellt werden, mit steriler Spritze. Das schwedische Recht erlaubt es den Bürgern, das Einspritzen des Chips unter die Haut daheim im Badezimmer vorzunehmen."

Die Sparda-Bank verschenkt Hautchips als Prämie.

In Deutschland hat sich die Sparda-Bank um die Verbreitung der gruseligen Technologie verdient gemacht. Seit September gibt es ein Werbeangebot für Baufinanzierung - mit Mikrochip-Bonus. "Wer einen Kredit über mindestens 50.000 Euro aufnimmt, bekommt gratis einen eingesetzt", berichtete der Stern im März 2020. In Deutschland sollen bereits bis zu 3.500, im bevölkerungsarmen Schweden 3.000 Menschen das Teilchen implantiert haben - freiwillig. Die Vorteile für den Staat und die Pharmaindustrie in Zeiten der stimulierten Seuchenpanik liegen auf der Hand. Die Biotech-Firma Profusa plant einen Chip, der frühzeitig erkennen soll, ob jemand mit dem Coronavirus infiziert ist oder nicht. Die Forschung wird durch die Penta-

gonbehörde für militärische Forschung DARPA unterstützt.

Bargeldverbot: Angriff auf das Privatvermögen

"Bargeld ist schmutzig! Die Weisheit, die schon Kinder eingebleut bekommen, setzt sich in Corona-Zeiten auch bei den Erwachsenen in die Köpfe", unkte die Bild am Sonntag am 19. April. Laut einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Oliver Wyman könnte der Anteil der Barzahlungen am gesamten Zahlungsverkehr im deutschen Einzelhandel bis 2025 auf 32 Prozent sinken. Schon jetzt werde etwa die Hälfte aller Transaktionen per Giro- und Kreditkarten sowie Apps getätigt. Corona forcieren den Trend hin zu bargeldlosem Zahlungsverkehr noch einmal, vermutet die international tätige Beratungsagentur mit Hauptsitz in New York.

Den Internationalen Währungsfonds (IWF) unter seiner Präsidentin Christine Lagarde dürften solche Nachrichten freuen. Seit Ausbruch der Pandemie trommelt die Schwesterorganisation der Weltbank verstärkt für die Abschaffung von Geldscheinen und -münzen. Neuerdings wird dabei der Gesundheitsschutz als Argument ins Feld geführt. Doch geht es den Globalisten wirklich um das Wohl der Menschen?

Das erscheint mehr als fraglich. Forderungen nach einer Abschaffung oder gar einem Verbot des Bargelds gibt es schon seit Langem. "Die Zentralbanken könnten auf diese Weise leichter Negativzinsen durchsetzen, um so die Wirtschaft anzukurbeln", erklärte der frühere IWF-Chefökonom Kenneth Rogoff schon im November 2014 auf einer Veranstaltung des Ifo-Instituts in München.

Auffällig ist, daß der Währungsfonds erst im Januar dieses Jahres - also zu einer Zeit, als Corona ein im Wesentlichen auf die chinesische Stadt Wuhan beschränktes Problem war - die Empfehlung an die Notenbanken ausgegeben hatte, im Falle einer Rezession die Zinsen tief in den negativen Bereich zu drücken. Ohne Bargeldverbot hat die Maßnahme aber keinen Sinn: Wer auf dem Konto anspart, würde zwar bei Negativzinsen Verluste erleiden - doch könnte er das leicht umgehen, indem er Bares abhebt.

Statt eines direkten Verbots wird vom IWF auch ins Spiel gebracht, alle Barzahlungen mit einem Aufschlag zu belegen. Allerdings sollten solche Maßnahmen schrittweise erfolgen, um eine öffentliche Diskussion zu vermeiden, rät der Währungsfonds in seinem Papier vom Januar 2020 ausdrücklich.

Einschränkungen des Bargeldverkehrs wären "nicht gerechtfertigte Eingriffe in Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie", meint der Staatsrechtler und frühere Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier. Das in Wien ansässige Hayek Institut schreibt: "Diese Idee ist im Grunde nichts anderes als ein weiterer Angriff auf das Vermögen der Bürger", die ohnehin schon seit Jahren "unter stiller Enteignung durch die Entwertung ihres Sparguthabens durch niedrige Zinssätze und Inflation" litten.

Bereits 2016 notierte der damalige FAZ-Mitherausgeber Holger Steltzner: "Beim Feldzug gegen das Bargeld geht es um mehr als das Bezahlen. ... Es geht um das Ende von Privatheit und selbstbestimmter Entscheidung, um Lenkung von Verhalten und um den Zugriff auf das Vermögen."

"Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich ... vergessen."

Christian Drosten

Einen medizinischen Grund für die Abschaffung des Bargeldverkehrs gibt es übrigens nicht. "Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich mal weitgehend vergessen", erklärte dazu Christian Drosten, Chefvirologe der Berliner Charité, in seinem NDR-Podcast.

_ Daniell Pföhringer ist COMPACT-Redakteur, Paul Klemm und Roy Grassmann sind regelmäßige Mitarbeiter unserer Zeitschrift.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 4. Mai 2020: >>>**Shutdown-Irrsinn so teuer wie die Wiedervereinigung: Zahlen, bis Ihr schwarz werdet!**

Ein Corona-Schutzschirm nach dem anderen wird aufgespannt. Es dürfte für die Steuerzahler ein böses Erwachen geben: Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt, wer hat so viel Pinke-Pinke, wer hat so viel Geld?

Irgendwoher, wenn nicht aus der Notenpresse, muß das Helikopter-Geld ja mal kommen, das der Staat jetzt in der Corona-Krise abwirft, um die Wirtschaft nicht gänzlich vor die Hunde gehen zu lassen. Noch stets hat sich bestätigt: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen!

So viel steht schon jetzt fest: Unter den Folgen des Shutdown-Irrsinns werden noch ganze Generationen von Steuerzahlern zu ächzen haben.

Die jetzt Verantwortlichen sind dann längst aus dem Staub oder zu Staub geworden - allen voran die dann Nicht-mehr-Kanzlerin Angela Merkel (CDU), die mit ihrer Politik des Abwürgens am liebsten noch ein paar Monate weitermachen würde, bis ihr sozialistischer Auftrag, die deutsche Wirtschaft zu "BRD-igen" erfüllt ist.

Wie lange kann sich Deutschland das alles noch leisten?

Die ernüchternde vorläufige Bilanz des Shutdown-Irrsinns: 2,64 Millionen Arbeitslose, 308.000 mehr binnen vier Wochen! Dazu rund 10 Millionen Deutsche in Kurzarbeit - Allzeitrekord! Mit den aktuellen Zahlen vom Arbeitsmarkt wurden selbst die pessimistischsten Prognosen der Volkswirte weit übertroffen. "Die Corona-Krise dürfte in Deutschland zur schwersten Rezession der Nachkriegszeit führen", sagt der Vorstandsvorsitzende der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele.

Weil die deutsche Industrie die Kontaktsperren in der Corona-Krise mit Milliarden-Verlusten bezahlt, fordert Industriepräsident Dieter Kempf einen politischen Plan für rasche weitere Lockerungen bis spätestens bis 6. Mai. "Jede Woche eines Shutdowns kostet die deutsche Volkswirtschaft einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag an Wertschöpfung", sagte Kempf der "Funke Mediengruppe". Ein derartiger Einschnitt erzeuge "massive Wohlstandsverluste und dauerhaften Schaden in Wirtschaft und Gesellschaft".

Scholz läßt schon fleißig rechnen

Rund 1,8 Billionen Euro, fast so viel, wie die Wiedervereinigung gekostet hat, macht der Staat aktuell an direkten und indirekten Corona-Hilfen (z. B. Kreditbürgschaften) locker. Am Ende dürfte eine noch weitaus höhere Summe stehen.

Heimlich still und leise läßt Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) seine Fachbeamten bereits massive Steuererhöhungen zur Finanzierung der staatlichen Milliardenprogramme durchrechnen. Im Gespräch sind nach Informationen des Deutschland-Kuriers u. a.:

- die Wiedereinführung des Soli in voller Höhe zuzüglich eines Corona-Sondersoli für sogenannte Besserverdiener;
- eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer;
- eine "Reichensteuer" in Form einer Vermögensabgabe;
- Sonderzuschläge auf andere Konsumsteuern wie Benzin, Tabak und Alkohol (Branntweinsteuer).

Wie sagte die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher (1925-2013) einmal so treffend: "There is no such thing as public money - there is only taxpayers' money!" So etwas wie öffentliches Geld gibt es nicht - es gibt nur das Geld des Steuerzahlers: Nie war dieser Satz so wahr wie heute zu Corona-Zeiten! (oys)<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 5. Mai 2020: >>>**Immunitätsausweis: Datenschützer warnt vor Diskriminierung**

Nach der AfD hat auch der Hamburger Landesbeauftragte für den Datenschutz, Johannes Caspar, vor den Plänen der Bundesregierung gewarnt, einen Corona-Immunitätsausweis ein-

zuföhren. Ein solcher Ausweis weise den "geföhrliehen Weg in eine Diskriminierungs- und Entsolidarisierungsfalle", sagte Caspar dem 'Handelsblatt' (Dienstagsausgabe). Gesundheitsdaten "könnten über den Zugang zu Leistungen entscheiden und in der Konsequenz die Gruppe der Personen, die eine Immunität nicht nachweisen, vom öffentlichen Leben ausschließen".

Ein Ausweis für alle "als Eintrittskarte in das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben würde am Ende gerade die Personen, die aus Altersgründen oder Vorerkrankungen zur Risikogruppe gehören, am stärksten diskriminieren", so Hamburgs oberster Datenschützer weiter. Denn diese könnten aus Caspars Sicht nicht den Weg einer schnellen Immunität gehen. Das grundrechtlich verankerte Diskriminierungsverbot müsse unbedingt beachtet werden.

Nach Kritik: Spahn macht Rückzieher

Angesichts zunehmender Kritik will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) vorerst doch keine gesetzliche Einführung eines Corona-Immunitätsausweises. Auch sprach er sich gegen eine allgemeine Impfpflicht aus, falls ein Impfstoff gegen das Covid-19-Virus gefunden werden sollte. "Die Frage, ob im Falle von Corona zusätzlich ein Immunitätsausweis sinnvoll ist, sollten wir als Gesellschaft in Ruhe abwägen und debattieren", erklärte der Corona-Totalversager jetzt. In einem Gesetzentwurf, der am Donnerstag im Bundestag debattiert werden soll, hatte Spahn einen Immunitätsausweis noch ausdrücklich vorgesehen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Mai 2020: >>**Danke, Merkel: Deutsche Wirtschaft stürzt ab wie nie!**

Der Shutdown-Irrsinn reißt die deutsche Volkswirtschaft immer tiefer in den Abgrund: Deutsche Unternehmen haben ihre Produktion im März in schwindelerregender Rekordgeschwindigkeit gedrosselt.

Die Produktionsleistung von Industrie, Bau und Energieversorgern ging im März um dramatische 9,2 Prozent gegenüber dem Vormonat zurück. "Dies ist der stärkste Rückgang seit Beginn der Zeitreihe im Januar 1991", teilte das Statistische Bundesamt am Donnerstag mit. Der Einbruch der Volkswirtschaft übertrifft sogar die schlimmsten Befürchtungen der Ökonomen. Diese hatten mit einem Rückgang von "nur" 7,5 Prozent gerechnet.

Weil vom Shutdown-Irrsinn erst die zweite März-Hälfte betroffen war, ist nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums für April von einem nochmals deutlich stärkeren Produktionseinbruch auszugehen.

"Das Tal wird immer tiefer"

Die exportabhängige Industrie allein stellte im März 11,6 Prozent weniger her. Ihr brachen die Aufträge zuletzt in Rekordgeschwindigkeit weg: Sie fielen im März um 15,6 Prozent zum Vormonat. Die Industriebetriebe erwarten daher einen noch nie da gewesenen Einbruch ihrer Produktion.

Auch das Konjunkturbarometer des Münchner Ifo-Instituts für die kommenden drei Monate stürzte im April um noch nie da gewesene 30 Zähler auf minus 51,4 Punkte ab. Das ist zugleich der tiefste Punkt seit der Wiedervereinigung! "Das Tal der Produktion wird immer tiefer", resümiert Ifo-Experte Klaus Wohlrabe.

Danke, Frau Merkel!<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Weltgesundheitsorganisation "WHO" (x356/5): >>**Wie vertrauenswürdig ist die WHO?**

Wenn irgendwo auf der Welt Krankheiten ausbrechen, ist sie gefragt: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die auch bei Corona die Zügel als globaler Befehlskörper in der Hand hält. In Genf, in der Schweiz, hat die WHO ihren Hauptsitz. 194 Staaten sind Mitglied der UN-Sonderorganisation. Über 7.000 Menschen arbeiten weltweit für sie. Am 11. März 2020 erklärte sie Corona offiziell zu einer Pandemie. Kritiker werfen der WHO jedoch vor, oft zugunsten der Pharmaindustrie und weniger zum Wohl der Menschheit zu handeln. Die Organisation hänge zu sehr von privaten Spendern ab. Was ist dran an diesen Vorwürfen?

Die ZEIT: "Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates"

Wußten Sie, daß die Agenda der WHO längst von einem Superreichen vorgegeben wird? Das behaupteten die deutsche Zeitung ZEIT und der Sender ARTE in seiner Dokumentation "Die WHO: Im Griff der Lobbyisten". ... Die 194 Mitgliedsländer zahlen Pflichtbeiträge. Die WHO kann frei entscheiden, was sie damit macht. Doch das ist nicht mal ein Viertel des Gesamtbudgets.

Der Großteil besteht aus Spenden von finanzstarken Ländern wie den USA, Großbritannien oder Japan, aber kommt auch von Stiftungen und anderen Organisationen. Ganz vorne mit dabei: Die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung als zweitgrößter Geldgeber der WHO hinter den USA. Die von Gates aufgebaute Impfallianz GAVI (siehe S. 7 f.) ist bei den Geldgebern an vierter Stelle.

Deshalb kommt die deutsche Wochenzeitung ZEIT zu dem Schluß: "Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates", so der Titel eines Artikels. "Die wichtigste Organisation der Weltgesundheit, die WHO, hat ein Problem: Sie ist pleite und deshalb auf Spenden angewiesen. Verliert sie darüber ihre Unabhängigkeit?" David McCoy, einer der führenden Experten im Bereich Weltgesundheit, wird von der ZEIT als Experte herangezogen. Er sagt, die Agenda der WHO werde immer mehr von privaten Spendern bestimmt, vor allem von Bill Gates. Würde die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung aufhören, jährlich Millionen US-Dollar nach Genf zu schicken, würde die WHO womöglich in sich zusammenfallen. Entsprechend großen Einfluß habe der Milliardär auf das inhaltliche Programm.

Was sagt das über die Glaubwürdigkeit der WHO, wenn einer der reichsten Menschen der Welt sie anscheinend als sein persönliches Werkzeug einsetzen kann? Aus Gates' Steuererklärung von 2014 gehen übrigens Investitionen in Pharmaunternehmen wie Novartis und Glaxosmithkline klar hervor. Wenn die WHO den UN-Staaten empfiehlt, Medikamente und Impfstoffe einzukaufen (siehe S. 14 ff.), wird demnach auch der schon prall gefüllte Geldbeutel von Bill Gates noch etwas dicker. Sollte man die empfohlenen Maßnahmen dieser laut ZEIT fremdgesteuerten Behörde nicht mit höchster Vorsicht genießen?

"Das Überleben der Menschheit hängt von dieser Organisation ab. Wir sind darauf angewiesen, daß sie optimal funktioniert, aber das ist ganz und gar nicht der Fall."

Corinne Lepage, ehemalige französische Umweltministerin über die WHO.

(Tilman Knechtel)<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über den deutschen CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn (x356/11): >>**Gesundheitsminister Jens Spahn; Ein Pharmalobbyist?**

Wer ist eigentlich Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU)?

Spahn sei nur "im Nebenjob Abgeordneter", schrieb das Magazin Focus schon am 4. Dezember 2012, als Spahn noch nicht Gesundheitsminister war. Und: "Der 32-jährige Politologe, der vielen in der CDU schon als kommender Gesundheitsminister gilt, verdiente über ein diskretes Firmenkonstrukt heimlich an intensiver Lobbyarbeit für die Gesundheitsindustrie." Siehe da!"

Mit seinen Freunden Markus Jasper und Max Müller gründete Spahn bereits im April 2006 eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Der gehörte die Agentur Politas, die schwerpunktmäßig Klienten aus dem Medizin- und Pharmasektor berät. Jasper, 38, ist ein Vertrauter Spahns aus Jugendtagen bei der Jungen Union. Müller ist ein gut verdrahteter Lobbyist, der für den Pharmagroßhändler Celesio und für die Rhön-Kliniken tätig war." Später wurde Müller Vorstand der Online-Apotheke DocMorris.

Als Politiker entwickelte Spahn also "die neuesten Gesetze und Reformen im Gesundheitsbereich, während sein Kompagnon Müller die Kunden aus der Gesundheitsbranche in Echtzeit hätte informieren und beraten können. ... Daß Volksvertreter Spahn sein Mandat als Gesund-

heitspolitiker profitabel für Beratungshonorare aus der Gesundheitsindustrie einsetzte, war ihm offenkundig bewußt, denn er verschleierte seine Beteiligung an der Lobbyfirma", schrieb Focus. Nicht doch: "Einen Interessenkonflikt hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben", wird Spahn von dem Magazin zitiert.

Focus widersprach: "Das ist schwer zu glauben. Seit 2005 kümmerte sich Spahn an wichtigen Stellen im Parlament um Gesundheitspolitik." Im Mai 2010 will Spahn seine Politas-Anteile zwar verkauft haben: "Er habe den Eindruck eines möglichen Interessenkonflikts vermeiden wollen, lautet die Begründung."

Wer nachhakte, schaute jedoch in die Röhre: "Spahn schickte uns damals eine Stellungnahme zu dem Focus-Artikel zu", schrieb der Verein Lobby Control, "aber die Stellungnahme ließ wichtige Fragen offen. Wir haben Spahn eine Reihe von Nachfragen geschickt - aber bis heute keine Antwort erhalten".

Jens Spahn stellte als Bundestagsabgeordneter schon in sehr jungen Jahren seine Dienste einer Lobbyfirma zur Verfügung, an der er zudem beteiligt war. Er war ein Pharmalobbyist! Wie kommt es, daß ausgerechnet er zum Gesundheitsminister Deutschlands wurde? Sollten nicht eigentlich die besten der besten, die ehrlichsten der ehrlichsten und die am wenigsten in Lobbyismus verstrickten Personen diese Ämter übernehmen?

(Gerhard Wisnewski/Tilman Knechtel)<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Gefährlichkeit des "Corona-Virus" (x356/24-26): >>Wie tödlich ist das "Corona-Virus"?

Wenn ein gefährliches Virus durch Europa wütet, dann sagt einem schon der gesunde Menschenverstand, daß sich dadurch die Gesamttodeszahlen in Europa extrem erhöhen müssen. Das ist für jeden zu begreifen. Warum sollte man radikale Maßnahmen wie Ausgangssperren durchsetzen, wenn keine klar höhere Sterblichkeit festzustellen ist? Das wäre Irrsinn.

Am 7. Januar 2020 wurde laut offiziellen Verlautbarungen das neue Corona-Virus (SARS-CoV-2) in China entdeckt. Studien bestätigen mittlerweile allerdings, daß das Virus schon Monate vorher zirkulierte. Das österreichische Nachrichten-Portal "die Presse" erklärt:

Forscher der ETH Zürich und ein Forschungsteam der Universität Mailand gehen inzwischen davon aus, daß das Virus bereits im Oktober-November 2019 angefangen hatte, zu zirkulieren, und nicht wie zunächst angenommen erst im Dezember.

Diese Studien gehen davon aus, daß COVID-19 erst im Laufe der Zeit sein hohes Ansteckungspotential entwickelt hatte, doch nichtsdestotrotz hatte das Virus damit eigentlich mehr als genug Zeit, sich ungehindert verbreiten zu können. Man muß bedenken, daß sich eine infizierte Person, die Symptome entwickelt wie etwa Hustenreiz, bereits in einem fortgeschrittenen Krankheitsstadium befindet. Bereits Tage - ja sogar Wochen - bevor sich die Krankheit überhaupt bemerkbar macht, gilt der infizierte Mensch als potentieller Überträger. Der Lock-down kam also in jedem Fall zu spät.

Hätte das Virus bei einer Inkubationszeit (Zeit zwischen Infektion mit einem Krankheitserreger und dem Auftreten der ersten Symptome) von gerade einmal zwei bis zehn Tagen nicht schon früh im Winter 2019/2020 für hohe Todeszahlen auf der ganzen Welt sorgen müssen?

Die Gesamtmortalität in Europa lag allerdings monatelang im Normalbereich oder sogar darunter, obwohl COVID-19 Europa gemäß neuester Erkenntnisse längst erreicht hatte. Eine erhöhte Mortalität hätte frühzeitig im europäischen Monitoring (EuroMOMO) sichtbar werden müssen, doch diese war lange nicht festzustellen.

Erst Ende Februar 2020 wurde ein kurzzeitiger, mittlerweile wohl wieder zurückgehender Anstieg der Gesamttodeszahlen in Europa erkennbar. Inwieweit man diesen Anstieg einem gefährlichen Virus zurechnen kann, steht zur Debatte. Zahlreiche andere Faktoren (siehe S. 32 ff.), vor allem die eingeleiteten Maßnahmen, müßten ebenso berücksichtigt werden. Fakt ist: Auch die erhöhten allgemeinen Todeszahlen Ende Februar 2020 überschritten die vom Winter

2016/2017 nicht. Diese Zeit erhöhter Mortalität ging damals von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt vonstatten.

Es ist schwer nachzuvollziehen, wie ähnliche Ziffern heute einen europaweiten Shutdown rechtfertigen. Ob dieses Hoch, auf das ganze Jahr gerechnet, eine Rolle spielen wird, ist noch unklar. Der deutsche Virologe Hendrik Streeck vermutete in einem Interview Mitte März, daß COVID-19 die Gesamtsterblichkeit in Deutschland nicht erhöhen werde, die normalerweise bei rund 2.500 Personen pro Tag liege. Streeck erwähnte den Fall eines 78 Jahre alten Mannes mit Vorerkrankungen, der an einem Herzversagen starb, nachträglich positiv auf COVID-19 getestet und deshalb in die Statistik der COVID-19-Todesfälle aufgenommen wurde.

"Der europäische 'Mortalitäts-Monitor', an den wöchentlich alle Sterbefälle gemeldet werden, zeigt sogar momentan eine Untersterblichkeit an. Auch der befürchtete Ansturm auf die Krankenhäuser ist ausgeblieben. Es fehlen somit belastbare Daten, die die Schwere der Eingriffe rechtfertigen."

Professor Dr. Stefan Homburg, Direktor des Instituts für öffentliche Finanzen an der Leibniz-Universität in Hannover, am 02.04.2020, als die Daten noch keine Übersterblichkeit anzeigten, Maßnahmen jedoch bereits durchgesetzt wurden.

Harmloser als eine Grippe?

Eine epidemiologische Studie aus Japan kam zu dem Ergebnis, daß die Mortalität bei COVID-19-Patienten selbst in der chinesischen Stadt Wuhan bei nur 0,04 % bis 0,12 % gelegen habe und somit eher geringer sei als bei der saisonalen Grippe, deren Todesrate bei ca. 0,1 % liegt. Als Grund für die offenbar stark überschätzte Tödlichkeit von COVID-19 vermuten die Forscher, daß in Wuhan ursprünglich nur die schwereren Fälle erfaßt worden seien, die Krankheit bei vielen Personen jedoch symptomlos oder mild verlief.

Eine neue französische Studie mit dem Titel "SARS-CoV-2: Angst versus Daten" schlußfolgerte, daß "das Problem durch SARS-CoV-2 vermutlich überschätzt wird", da sich "die Mortalität von SARS-CoV-2 nicht wesentlich unterscheidet von gewöhnlichen Coronaviren (Erkältungsviren), die in einem Krankenhaus in Frankreich untersucht wurden". Diese "Coronaviren" kommen jedes Jahr vor und werden bei Erkältungen regelmäßig entdeckt, sind also nichts Besonderes und vor allem nichts besonders Gefährliches.

Laut Stanford-Professor John P. A. Ioannidis gibt es für die derzeit beschlossenen Maßnahmen keine ausreichende medizinische Datengrundlage. Das neue Coronavirus sei womöglich selbst bei älteren Personen nicht gefährlicher als einige der üblichen Corona-Viren. Er zeigte anhand der Daten des Kreuzfahrtschiffes Diamond Princess, daß die alterskorrigierte Letalität (Anteil der Verstorbenen unter den Erkrankten) von COVID-19 bei 0,025 % bis 0,625 % liegt, das heißt im Bereich einer starken Erkältung oder einer Grippe.

Eine erhöhte Sterblichkeit Ende Februar 2020 ist auch in Schweden feststellbar, das auf die extremen "Schutz-Maßnahmen" wie im Rest Europas verzichtete. Würde man davon ausgehen, daß COVID-19 den Hauptfaktor für die Übersterblichkeit darstellt, dann müßte man auch feststellen, daß die europaweite Lockdown-Politik relativ nutzlos war, da die Todeszahlen in den meisten Ländern mit Lockdown genauso anstiegen wie in Schweden.

Rechtsmediziner: "Ohne Vorerkrankung ist in Hamburg an Covid-19 noch keiner gestorben"

Schlagzeile der Hamburger Morgenpost vom 06.04.2020. Aussage des Hamburger Rechtsmediziners Püschel, der mittlerweile schon über 100 positiv auf Corona getestete Verstorbene untersucht hat.

"Dieses Virus beeinflusst in einer völlig überzogenen Weise unser Leben. Das steht in keinem Verhältnis zu der Gefahr, die vom Virus ausgeht. Und der astronomische wirtschaftliche Schaden, der jetzt entsteht, ist der Gefahr, die von dem Virus ausgeht, nicht angemessen. Ich bin überzeugt, daß sich die Corona-Sterblichkeit nicht mal als Peak in der Jahressterblichkeit

bemerkbar machen wird."

Prof. Dr. Klaus Püschel, Rechtsmediziner und Chef der Hamburger Rechtsmedizin

Der deutsche Immunologe und Toxikologe Professor Stefan Hockertz erklärte in einem Interview, daß COVID-19 nicht gefährlicher sei als die Influenza (Grippe), sondern nur viel genauer beobachtet werde.

Gefährlicher als das Virus seien die Angst und die Panik, die durch die Medien ausgelöst wurden, sowie die "autoritäre Reaktion " vieler Regierungen. Er betonte zudem, daß viele der angeblichen "Corona-Toten" in Wirklichkeit an anderen Erkrankungen gestorben und zusätzlich positiv auf Corona-Viren getestet worden seien. Hockertz vermutete, daß bis zu zehnmal mehr Personen als berichtet COVID-19 bereits gehabt, davon indes kaum etwas bemerkt hätten.

Der argentinische Virologe und Biochemiker Pablo Goldschmidt erklärte ebenfalls, daß COVID-19 nicht gefährlicher sei als eine starke Erkältung oder die Grippe. Es sei sogar möglich, daß der COVID-19-Erreger bereits in früheren Jahren zirkulierte, aber nicht entdeckt worden war, da man nicht nach ihm gesucht hatte. Dr. Goldschmidt sprach von einem "globalen Terror", der durch Medien und Politik erzeugt worden sei. Jedes Jahr würden weltweit drei Millionen Neugeborene und 50.000 Erwachsene allein in den USA an einer Lungenentzündung sterben.

Der renommierte italienische Virologe Giulio Tarro argumentierte, daß die Mortalität von COVID-19 auch in Italien bei unter 1 % liege und damit vergleichbar mit der Grippe sei. Die höheren Werte ergäben sich nur, weil nicht zwischen Todesfällen mit und durch COVID-19 (siehe S. 32 ff.) unterschieden werde, und weil die Anzahl der (symptomfreien) Infizierten stark unterschätzt werde.

Virologie-Professor Dr. Carsten Scheller von der Universität Würzburg erklärte in einem Podcast, daß Corona durchaus mit der Influenza vergleichbar sei und bisher sogar zu weniger Todesfällen geführt habe. Er vermutete, daß die in den Medien oft dargestellten Exponentialkurven eher mit der zunehmenden Anzahl an Tests zu tun haben könnten als mit einer ungewöhnlichen Ausbreitung des Virus selbst.

Auch was die Ansteckungsgefahr angeht, ist der Corona-Virus eher harmlos: In einem neuen Faktenblatt schreibt die WHO, daß sich COVID-19 nach bisherigen Erkenntnissen langsamer als die Influenza verbreite (um circa 50 %), und daß die vorsymptomatische Übertragung von COVID-19 wesentlich niedriger liege als bei der Influenza. Großbritannien hat COVID-19 übrigens inzwischen von der Liste der gefährlichen Infektionskrankheiten entfernt, da die Mortalitätsrate "insgesamt niedrig" liege.

"(Unser Artikel) kommt zu dem Schluß, daß das Problem von SARS-CoV-2 wahrscheinlich überschätzt wird, da jedes Jahr 2,6 Millionen Menschen an Atemwegsinfektionen sterben, verglichen mit weniger als 4.000 Todesfällen bei SARS-CoV-2 zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels."

Die französischen Wissenschaftler Yanis Roussel, Audrey Giraud-Gatineau, Marie-Thérèse Jimenoe, Jean-Marc Rolain, Christine Zandotti, Philippe Colson und Didier Raoult in einem Beitrag zur "Corona-Krise"

*Forscher der US-Elite-Uni Stanford behaupten: **Corona ist nicht gefährlicher als eine Grippe!***

Schlagzeile bei Blick-Online am 21.04.2020

"Sie haben eine Infektion, die etwas ernster ist als eine Grippe mit einer tödlichen Pandemie verwechselt. ... Dieser Wahnsinn wird noch sehr wehtun. Vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht."

Prof. Dr. Maria Rita Gismondo, Virologin aus Italien und Direktorin eines biomedizinischen Instituts in Mailand, über "Corona" ...<<

Auf der Webseite "https://kenfm.de ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 1. Juli 2020 folgender Bericht über den NWO-Klassenkampf (x1.014/...): >>**Demokratie statt Kampf oder: Marx' Irrtum**

Ein Kommentar von *Rüdiger Lenz*

Der Gebrauch der Vernunft ist für die Menschheit noch zu unvollkommen, um die Gesetze des Unbewußten enthüllen zu können und besonders, um es zu ersetzen. Der Anteil des Unbewußten an unseren Handlungen ist ungeheuer und der Anteil der Vernunft sehr klein.

Gustave Le Bon

Klassenkampf statt Querfront

Ein großes Laken wurde entfaltet, auf dem stand groß und fett zu lesen: Klassenkampf statt Querfront, kurz nachdem ein Anschlag auf den Verleger und Friedensaktivisten Ken Jebsen verübt wurde. Wahrscheinlich waren die Frau und der Mann, die zusammen den Anschlag verübten, Mitglieder der Antifa oder einer anderen linksextremen Gruppierung, wie die Aufschrift ihres Lakens zeigte.

Ja, Querfront, das sind die anderen, die Feinde, und der Klassenkampf, das betrifft uns, die unterdrückten Lohnempfänger, mögen sie denken. Doch ist den meisten Menschen nicht bekannt, was Kampf überhaupt ist, was er bedeutet, wenn der heutige Mensch ihn im Kontext irgendeiner Partei, einer Idee, oder schlichtweg für seine guten Ziele einsetzt.

Ich werde hier die These aufstellen, daß der Kampf, in Form einer Gewaltabsicht und oder einer Verdrängung von Personen zu einem Gegenüber, oft auch gegen sich selbst - was er im Grunde immer ist, eher innere Motive der Kämpfer offenlegt, als daß ein solcher Kampf auch nur irgend etwas mit einer *guten Tat mittels Kampf* zu tun hat. Kampf ist immer ein Überträger, ein Mittler von Gewalt- und Unterdrückungsabsichten. Gleichfalls werde ich hier darlegen, daß sich der Begründer der Klassenkampf-These, Karl Marx, ganz gründlich geirrt hat dabei, dazu aufzurufen, daß man mittels eines Kampfes der Klassen vom einfachen Arbeiter nach ganz oben in die Regierungsführung gelangen kann, ohne dabei selbst zum Massentäter zu werden.

Natürlich kann man sich bei einem solchen Kampf einbilden, man könne über Leichen gehen, ohne diese Leichen dabei zu bemerken oder sie als notwendiges Übel für die gute Sache abzutun. Lenin und Trotzki waren in diesem Sinn Massenmörder im Auftrag ihrer Definitionen vom Sieg des Proletariats. Schaut man aber näher und tiefer in deren Verhalten hinein, entpuppen sich beide als Nutzer der damaligen Revolution, um ihre jeweils innere Gestörtheit in die Welt hineinzuprojizieren. Aber das will ich hier nur kurz erwähnen und nicht tiefer darlegen.

Warum die Regierung über der Wahrheit steht

Kampf ist das Endergebnis eines Verhaltens, das wir als Durchsetzung von Interessen kennen. Du mußt dich durchkämpfen, bis zum Erfolg, ist eine Devise in unserer Gesellschaft, die so gut wie jedem mitgeteilt wird, um im Wettbewerb der Interessen, seine eigenen durchzusetzen und so Erfolg, sprich Karriere und Geld zu bekommen. Jeder soll schließlich Teil der Wohlstandsgemeinschaft sein.

Ohne Kampf Erfolg zu bekommen, ist den Menschen in unserer Gesellschaft ein Unding. Kampf ist die Wesenheit unseres Systems und spätestens ab Schulbeginn ist jeder von uns via Noten dazu verdammt, dem Kampf im eigenen Leben einen Hauptplatz einzuräumen. Wer das nicht tut, nicht will oder nicht kann, der wird später zum großen Berg der Verlierer gehören. Wer sich durchsetzt wird gewinnen.

Was bei alledem aber so gut wie vollkommen vergessen wird, ist die Frage danach, was dieses Verhalten in uns konditioniert hat und mit welcher Wahrheit wir den Kampf bedampft haben. Beantwortet man diese Fragen, so kommt man dahinter, daß der Kampf von uns allen unsere gesamten Probleme verursacht hat, die wir heute haben.

Ein Professor Drosten ist in seinem Kampf gefangen, und zwar so ganz grundsätzlich mit seiner Welt, daß er das tun muß, was er gerade tut. Er ist ein gutes Beispiel für mich, wie der Kampf zum Wahn über die Wahrheit siegen kann. Das gilt auch für Frau Merkel oder Herrn Spahn. Aber es gilt ganz sicher für Millionen solcher Menschen, die sich selbst als Elite oder als ganz oben angekommen betrachten und die Geschicke dieser Welt lenken können. Ausnahmen wird es geben, aber diese bestätigen allenfalls nur die Regel.

Die Regel heißt: Meine Durchsetzung steht über der Wahrheit aller. Wer das nicht glaubt, der schaue sich explizit die beiden Seiten der jetzigen Mikrobendiktatur an. Die Regierung steht über der Wahrheit. Das ist keineswegs ein Einzelfall, dieser Vorgang ist eher die Regel, weil kranke, desorientierte innere Zustände stärker als die Einsichten sind, die in derselben Situation zu einer ganz anderen Sichtweise führen würden und die Lüge der Macht entlarven würden.

Das gefährlichste Lebewesen ist der Artgenosse

Wenn wir an Kampf denken, dann denken viele an einen Boxkampf, einen Wahlkampf oder an die Fußball-Bundesliga-Spiele. So gut wie alle Kampfarten, die wir in der Zivilisation entwickelt haben, sind völlig gekünstelte Varianten von dem Kampf, den uns die Evolution in die Wiege gelegt hat.

Dieser ganz natürliche Kampf zurrte sich an die vorhandenen Ressourcen und wenn diese knapp wurden, und zwar aus natürlicher Notwendigkeit heraus knapp wurden, dann wurde um eben diese Ressource gekämpft, was selten vorkam und die jeweilige Art nie zu groß werden ließ. Ein Freißfeind, der seine Beute jagt, kämpft nicht um die Beute, er tötet sie so schnell und effektiv wie nur irgend möglich, wozu die Natur diesen Jägern spezielle Verhaltensorgane entwickeln ließ.

Die in der Natur am häufigsten vorkommende Art des Kämpfens ist die der Scheinkämpfe, der sogenannten Kombattkämpfe. Bei ihnen geht es um das Revierverhalten oder das Ergattern möglichst vieler Weibchen.

Die Evolutionsforscher sagen: Das gefährlichste Lebewesen für ein Lebewesen ist stets der Artgenosse, nicht der Jäger, der einen vielleicht fressen will. Daher hat die Natur es so eingerichtet, daß Balzkämpfe und andere Arten des natürlichen Kämpfens sich entwickeln und jeweils unterschiedlich etablieren konnten, um, ohne sich gegenseitig zu töten, den Attraktiveren oder Stärkeren zu ermitteln; was den Arterhalt am besten sicherte.

Denn es wäre höchst ineffizient für die jeweilige Art, sich gegenseitig dabei zu töten, da das die Art aussterben lassen könnte. Mir ist klar, daß hier viele Leser den Begriff des Kampfes nicht so differenzieren und beschreiben, wie ich, der Autor das bisweilen gewohnt bin.

Der Kampf der Welten

Der Mensch aber hat diese Version des natürlichen Kampfes bis heute vollständig pervertiert. Mag er vor vielen Jahren noch über den Wetteifer (Breitensport) versucht haben, seine Fähigkeiten bestens zu optimieren, um Vorteile zu bekommen. So ist der Kampf heute über das globale Finanzwirtschaftssystem zu einem Schuldentilgungsmittel-Wettbewerb geworden, in dem jeder, der geboren wird, in dieses Schuldgeld-System hineingeworfen wird.

Der Druck, etwas zu werden und zu bekommen, ist immens gestiegen und dieser Druck steigert sich von Generation zu Generation immer weiter. Der heutige Mensch ist dadurch derart intensiv von sich und seiner wahren Natur entfremdet, daß er dadurch, daß er nicht mehr artgerecht aufwachsen kann, mehrfach traumatisiert und voller Konflikte mit der künstlichen Welt, der Kulturwelt, verschränkt ist.

Zum Einen wird er so erzogen, daß er seine Empathie zu sich und zu den anderen verliert und nur zu funktionieren hat, und zum Anderen entsteht dadurch in seinem Inneren eine Fehldeutung über sich, der eigenen Innenwelt und die Beziehung zum Natürlichen, der äußeren Welt, ganz allgemein. Das beide Seiten, Innenwelt und Außenwelt, eine ihn ausmachende Realität

bedeutet, hat der zu funktionierende Mensch schon vor langer Zeit vollständig verloren und ist in den Kampf dieser beiden Welten gegen sich selbst eingestiegen.

Gewinner wurde die Außenwelt, degradiert zum Materialismus, der nun alles zu Automaten seiner Bedürfnisse umformte. Rene Descartes, der Begründer dieser Philosophie entzweite den Geist von der Materie, da er den Tod als Ketzer fürchtete und beging damals einen Kompromiß mit der Kirche, womit er den Urtypen des menschlichen Kampfes gegen sich selbst bis heute festzementierte. Hier entstand zum ersten Mal eine feste Theorie über den zu funktionierenden Menschen als eine Maschine.

Die ganze Welt wurde als eine Maschine betrachtet und ihre Einzelteile, Tiere, Menschen, Pflanzen wurden so zu Teilen, die man reparieren könne. Dieses Denken führte zu dem Mikrobiologen Louis Pasteur, der den Unsinn von den todbringenden Keimen in der Luft begründete und so auch die Theorie von den Viren erfand, die man bekämpfen müsse. Pasteur war ein führender Mediziner, aber auch ein Betrüger, genau so auch sein Kontrahent in Deutschland, Robert Koch. Beide erfanden Seren, die sie als vielversprechend anpriesen, um Staatsgelder zu erhaschen, doch war ihre Medizin Scharlatanerie.

Das Eins-Sein von Geist und Materie wieder zu entdecken, nennt der Mensch entweder Religion oder Spiritualität. Der Mensch erfährt also seit Jahrhunderten eine doppelte Entfremdung. Das ist wichtig, will man verstehen, wie der Kampf den heutigen Menschen vollständig dominiert und wieso der heurige Mensch fest daran glaubt, daß dieser Lebenskampf völlig normal sei. Er ist Teil seiner normopathischen Störung.

Zum einen kämpft der heutige Mensch somit gegen seine eigene innere Natur ständig an und zum Anderen hält er den Kampf um Karriere, Geld und sein Überleben in der Außenwelt für ein vollständig normales Verhalten. Daß er zum Einzelkämpfer konditioniert wird, Zeit seines Lebens auch weiter dahin optimiert wird, wird ihm in der Regel niemals klar. Er ist denaturiert von sich und seiner Horde.

Zusätzlich steht er als Einzelkämpfer im Überlebenskampf mit sich selbst, was ihn zu einem Narzißten und einem Kämpfer gegen alle konditioniert hat, die es ihm gleich tun wollen. Die interessante Frage in diesem Zusammenhang ist, ob diese Spaltung ihn in die heutige Zerrissenheit geführt hat, oder ob er mittels seines Freien Willens in diese heutige Zerrissenheit gegangen ist? Anders gefragt:

Hat sein selbst konstruiertes Milieu den Menschen geformt oder formt der Mensch seine Umwelt / Kultur - bis heute? Heute weiß man beispielsweise, daß nicht der Mensch seinen Ackerbau und seine Viehzucht domestizierte, sondern umgekehrt, daß die Pflanzen und das Fleisch den Menschen domestizierten.

Glück gehabt

Egal wie man es nimmt: In diesem System ist jeder dem anderen ein Wolf, wie Francis Bacon es einmal formuliert hat. In der Literatur der Soziologie und der Psychologie sind diese Beispiele häufig vorzufinden. Der Arzt und Psychiater Hans-Joachim Maaz hat dieses Problem zum Hauptthema seines Buches "Das gespaltene Land" gemacht. Wobei er themenspezifisch von der inneren und der äußeren Demokratie schreibt.

Sein treffender Begriff der Normopathie dazu zeigt, wie wir die äußere Normalität zu einer inneren individuellen Überlebensstrategie wandeln, uns also dementsprechend anpassen und weswegen wir blind geworden sind, unsere Verunmenschlichung dabei noch zu erkennen. Kampf, naturgebunden, also als eine sekundäre Strategie zu verstehen, ist nichts Krankes. So angewandt wäre der Kampf völlig normal. Doch der Mensch hat durch seine Zweifachspaltung, nach innen zu sich und nach außen zur Welt, den Kampf zu einem primären, also alles entscheidenden Entwurf seiner Überlebensstrategien, gemacht.

Der Mensch überlebt, aber er lebt nicht sein Leben - zumindest in der ganz großen Mehrheit ist das so. Und so entstanden dann auch alle sogenannten Umweltprobleme, in denen sein

Überleben überdeutlich repräsentiert ist. Dadurch ist der Mensch getrieben, ständig neue Welten zu erschaffen, was ihn an seinen stärksten Motor bindet, der Korporation, die sein größtes Schicksal ist, der Faschismus in seinen vielen Farben. Ich nenne dies das Noah-Syndrom. Gleich Noah aus der Bibel muß der Mensch ständig neue Horizonte erschaffen, um sein Überleben zu garantieren. Aus der Arche ist heute die NATO erwachsen.

Der Mensch kämpft heute ganz anders, als es ihm die Natur eingegeben hat. Heute projiziert der Mensch seine Zweifachspaltung in einen Gegner hinein, den er sich zum Feind macht und glaubt, er habe nun ein Anrecht darauf, gegen diesen Feind anzukämpfen. Nimmt man die Umweltprobleme dazu, so kämpft der Mensch gegen die Umwelt, die Mitwelt, ja gegen die kosmischen Gesetze seiner eigenen Natur an.

Diese ganzen Kämpfe nennt der zivilisierte Mensch eine gute Tat und er setzt diesen Feind in einen Rahmen, einen Frame mit bestimmten Worten fest. Möglichst teuflisch soll der Begriff sein und möglichst viel Unmenschlichkeit soll dieser Begriff transportieren und suggerieren können. In der Gruppe wird sich ritualisiert aufgepeitscht und danach der Feind bekämpft. "Klassenkampf statt Querfront" und schon ist der Polenböller geworfen, der Brandbeschleuniger dazu geworfen.

Nur das Glück, das ja bekanntlich mit den Tüchtigen ist, hat Ken Jebsen davor bewahren können, daß ihm womöglich sein Sprunggelenk zerfetzt wurde, das dem Helfer auf der Bühne nicht seine beiden Hände von der Sprengkraft abgetrennt wurden. Die Projektionen kommen und gehen, weil sie allesamt verletzte Kinder ihrer Doppelentfremdungen geworden sind. Und die Projektionsflächen sind so mannigfaltig, daß sie sich selbst fast schon perpetuieren.

Kampfmodus Doppelentfremdung

Über Erziehung und Bildung wird heute diese Doppelentfremdung herbeigeführt und sie wird von herrschenden Strukturen perfide ausgenutzt und möglichst beibehalten. Einer psychischen wie auch medizinischen Heilung zum natürlichen Ursprung all der innewohnenden Kräfte und Energien wird möglichst ausgewichen und die Doppelentfremdung der Menschen nach Möglichkeit verhärtet.

In so gut wie allen Bereichen zivilisatorischen Lebens der Menschen wird peinlichst auf eben diese Unordnung geachtet und Probleme am laufenden Band produziert und von der Allgemeinheit auch für normal gehalten. Wohinein der noch junge Mensch wächst, das nennt er fortan Realität und wird diese nur selten komplett hinterfragen. Anpassung, sein biologisches Erbe, wird ihm nun in der Zivilisation selbst zum Verhängnis. Kriege und oder Krisen werden als Normalzustand erlebt und auch für solche gehalten.

Der einzelne Mensch ist sich selbst gegenüber viel zu gefährlich, daher benötigen alle Führung, und zwar von A bis Z, darauf wird er konditioniert, was in seiner Sprache Bildung heißt. Was dabei unbemerkt bleibt, ist, daß jeder Einzelne, der so im Überlebensmodus dahinvegetiert gar nicht mehr fühlt, daß er sich im ständigen Kampfmodus um eben diese eigene Doppelentfremdung befindet.

Die Seele, seine geistige Welt und sein Körper, sein wahres Zuhause, sind ihm fremd geworden. Seine Seele ist spirituell wurzellos geworden, sein natürliches Erfühlen der Welt ist ihm abhanden gekommen, seine natürliche Beweglichkeit findet erstauntes Raunen nur noch im Spitzensport und der Akrobatik. Der angepaßte Mensch ist es nun gewohnt, alle, die dieses Naturfühlen wiedererlangen, für wahre und große Spinner zu halten.

Akrobatik der Seele, des Fühlens und des Verstandes braucht er nicht mehr, denn, so ist es ihm beigebracht worden, das können für ihn die zahlreichen Experten, die, so wird ihm in den Bildungseinrichtungen vorgegeben, alles nur zu seinem Wohle tun. Das Gleiche sagt er bei Menschen, die sich ganz anders als er ernähren, die er deswegen auch für krank erkennt. Auch wer anderes denken kann oder die Welt in einem anderen Kontext als im gängigen normopathischen Wahn denkt, fühlt und erkennt, wird so als Aussätziger, als Spinner und kranker

Geist erkannt, der nun als vogelfreier aller Doppelentfremdeter für deren Projektionen herhalten darf.

Was heute mit Nazi, Neurechts, Querfront, Antisemit oder Holocaustleugner seiner Bestimmung zugeführt wird. Nur wer normopathisch lebt, ißt, denkt und liebt, wird als richtig erkannt und als seinesgleichen empfunden. Diese Norm(opathie) ist für alle Normopathen das Himmelreich der jeweiligen Peer Group, der Partei- und Ideenzugehörigkeit. Das sie sich selbst im denaturierten Doppel-Entfremdungs-Modus befinden und deshalb alles natürliche ablehnen müssen, vor allem dem wahrhaft natürlichen Menschen, der, der sich selbst wieder indigenisierte Mensch, ist ihnen noch unmöglich, selbst zu erkennen.

Kampf gegen die Lichtträger

Der Denunzierte ist oftmals das, was ich einen Spiegelträger nenne, einer, indem ein Normopath seine wahre Natur und Bestimmung irgendwie rudimentär erkennt, aber sich dabei derart erschrickt, daß er sein Erschrockensein wieder auf den zu Denunzierenden wirft. Bei vielen wird dabei eine Art Dauerschleife des Denunzieren müssen in Gang gesetzt, erkennen solche doch auf Dauer ihre eigene Mittelmäßigkeit, obwohl sie allen Ortens dazu bemüht sind, sich zur Oberklasse des Denkens und Verstehens zu sehen.

Und dann kommt einer wie Ken Jebsen daher, der das bei viel zu vielen klarstellt und schlagartig zerstört. Viel Feind, viel Ehr. Minderwertigkeitskomplexe können töten, wenn sie dürfen. Früher durften sie das, heute versucht man, die Ken Jebsens dieser Welt sozialwirtschaftlich völlig zu zerstören, mittels eines Hetz-Kampfes sehr vieler gegen einen Einzigen - was in Wahrheit höchst unmoralisch und unfair ist.

Doch wenn dieselben Menschen sonntags ihre affektgeladenen Reden schwingen, halten sie die Fähigkeiten und Lebensweisen der Ken Jebsens dieser Welt ganz ganz hoch. Das tun sie immer erst dann, wenn ein Ken Jebsen gestorben ist. Ich wette, das tun sie wieder, wenn Julian Assange gestorben ist. Dann halten sie so hoch, wie ihre Mäuler schreien und ihre Arme ihn hochhalten können. Die Mittelmäßigen halten stets und seit Jahrtausenden zusammen im Kampf gegen die Lichtträger dieser Welt.

Der mißbrauchte Mensch

Der Klassenkampf ist die goldene Regel des marxistischen Himmelreiches und die Sozialisten und die Linken ganz allgemein. Sie glauben, weil Marx es ihnen vorgedacht hat und es für sie aufschrieb, daß sie gegen alle kämpfen müssen, um ein Ende des Kapitaldiktates zu erreichen. Daß wer das Kapital vernichten will, also den gesamten Finanzgeldverkehr, nicht bloß einen Ersatz neu erfinden muß, sondern viel mehr einen Bedeutungsgewinn für erfolgreich motiviertes Verhalten, der hat, Entschuldigung das ich das schreiben muß, von Tuten und Blasen keinerlei Ahnung.

Was wieder darauf hindeutet, daß es dem Klassenkämpfer auch gar nicht darum geht, eine heilende Gesellschaft zu errichten, sondern sein Inneres bloß nach außen zu kehren. Und so kommen diese Eingeschworenen nicht mehr auf andere Ideen, die es allerdings zahlreich gibt. Doch, so sind diese über seine Schriften gedrillt, ist jede andere Idee eine Ausgeburt des Denkens, die nur dem Kapital dienen kann, ergo eine boshafte Querfront genannt werden muß. Und so kommen diese Leute nicht auf den Fehler, den Marx selbst nicht sehen konnte, da zu seiner Zeit die Erkenntnisse der Seelenforschung nicht im Ansatz so weit fortgeschritten waren, wie sie es heute jedoch sind.

Wer kämpft, verschmiert bloß sein Verhalten mit seiner Doppelentfremdung und projiziert einen Gegner oder Feind, der aber in Wahrheit in ihnen selbst haßerfüllt wütet. Wenn also die Leute der Antifa beispielsweise so haßerfüllt gegen alle möglichen Demonstranten vorgehen, ohne zu wissen und zu begreifen, was diese wirklich wollen, dann dürfte auch hier klar sein, gegen wen sie wirklich schreien: gegen die, die ihnen diese Lebensschmerzen verursacht haben, was die Eltern, die Schule und die allgemeine doppelte Entfremdung mit ihnen angestellt

haben.

Der Mißbrauch der Menschen durch die Zwangsanpassung an das ihnen beherrschende System wird von Generation zu Generation immer heftiger, so daß auch die individuelle Verdrängung dieses sehr schmerzhaften Prozesses ebenfalls immer früher und vehementer angegangen werden muß. Die Feindbild-Projektionen dazu, was wir alle bei der Black Lives Matter-Bewegung sehen konnten, werden immer zahlreicher und kurzsichtiger, ja irrationaler, was eine hohe Gefahr für das Gemeinwesen in sich birgt.

Zumal wenn die Regierung nicht verstehen will, was da wirklich geschieht. Das ist das Dilemma, das sie selbst nicht erkennen und jeden für ein Mitglied einer Querfront halten müssen, der ihnen sagt, daß sie sich in ihrem Verhalten irren, nicht aber in ihren Gefühlen, diese Gesellschaft abzulehnen.

Wir alle werden in unserer Gesellschaft auf fast allen Ebenen zutiefst mißbraucht. Und dies ein Leben lang. Wir alle werden in einer Dauerschleife des eigenen Überlebens gehalten, damit Herrschaft fortbesteht, Eliten uns lenken und Vorgaben machen können, eine kleine Kaste enormen Profit und Reichtum mit dem Mißbrauch der Menschheit machen können und einige sehr kranke Menschen uns auch noch einreden können, daß wir ohne ihr Geschick nicht alleine lebensfähig sind. Die Mehrheit weiß über diese wahren Zusammenhänge nichts, will es auch nicht wissen und bleibt lieber in der irrationalen Haltung der Normopathie gefangen. Die Täter sitzen in den Banken, den Militärs, den Diensten, den politischen Ämtern, in der Justiz und fast überall dort, wo wir den Begriff der Elite verwenden. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 9. September 2020 folgender Bericht über die Farben des Deutschen Reiches "Schwarz-Weiß-Rot" (x1.014/...): >>**Neuer Schwung mit Schwarzweißrot?**

Ein massiver Presserummel verhilft der längst eingemotteten Reichsfahne zu neuem Leben

Ein Standpunkt von *Hermann Ploppa*

Das war ja was an jenem historischen Samstag, dem 29. August 2020.

Da demonstrieren Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen von besorgten Bürgern durch Berliner Straßen, um rund um die Siegestsäule das Ende des Corona-Regimes zu verlangen. Das Festival der Freiheit nimmt seinen friedfertigen Verlauf. Die Kundgebungsteilnehmer denken gar nicht daran, Streß in irgendeiner Form anzuzetteln. Selbst das provozierende Auftreten ausgesuchter Bürgerkriegssoldaten bei der Berliner Polizei kann die Harmonie nicht stören.

Das Fest der Freude ist so intensiv, daß ein Klamauk vollkommen untergeht, der wenige hundert Meter weiter vor dem Reichstagsgebäude abgezogen wird.

Als Gerüchte durchsickern, eine Handvoll Vollposten hätte versucht, den Reichstag zu stürmen, reicht die Reaktion von Kopfschütteln bis zu genervtem Hände-über-den-Kopf-Zusammenschlagen. Daß Provokateure so eine Nummer abziehen würden, war klar. Nur über das "wie" bestand noch Unklarheit.

Wir wissen es: über die geile Anti-Corona-Regime-Demo an der Siegestsäule verloren die Qualitätsmedien kaum ein Wort. Alle Aufmerksamkeit richteten die Hofberichterstatter auf das schrille Happening auf den Stufen des Reichstagsgebäudes. Nun, wir vernehmen es ja immer wieder: die Nachricht ist eine Ware. Und der dumme Pöbel, so lernen wir weiterhin, will keine komplexen Zusammenhänge, sondern Action: Totschlag und Mord, Sex and Crime, Drogen, Intrigen, Titties and Beer - alles begierig hergezeigt an gelackten Promi-Affen. Wer mit wem? Und vor allem: wer gegen wen?

Entsprechend formatiert für derartige Bedürfnisse war die Show vor dem höchsten deutschen Parlament. Eine Frau im klassischen Antifa-Outfit (Rastalocken, Gesichtspiercing) schrillt und zappelt herum wie Hampelmann am Faden: "Trump ist in Berlin! Wir sind frei!" Schräge

Typen mit Sonnenbrillen, denen man keinen Gebrauchtwagen abkaufen würde, verkünden via Megaphon: "Ey Leute, am Reichstag geht jetzt gleich die voll krasse Nummer ab!" Und schon rennen Schlagschafe die Treppe hoch, um oben ratlos stehenzubleiben.

Vor ihnen stehen drei Polizisten in Kampfmontur. Einer von ihnen kämpft Kung Fu, ohne Helm, damit man das telegene Gesicht auch genießen kann. Ein gut aussehender Kerl, Typ sexy Sportlehrer. Könnte Schauspieler sein. Und tatsächlich. Dieser Taschen-Schwarzenegger heißt Karsten Bonack, ist seit dreißig Jahren bei der Polizei im Dienst und spielt in seiner Freizeit in Vorabend-Krimis wie *"Achtung Kontrolle"* den flotten Cop. Im Dienst kümmert Bonack sich um arme Drogenteufel vom Kottbusser Tor. Was macht Bonack denn jetzt hier in Sachen Personen- und Objektschutz?

Keine Frage. Es handelt sich um eine Inszenierung nach Drehbuch. Bewußt fehlerhaft unprofessionell, um authentisch zu wirken. Hier ist die Handschrift einer Public Relations-Agentur deutlich erkennbar. Interessant ist nur noch die Frage: Welche PR-Profis sind am Werk? Mittelpunkt dieser Unreality-Show ist allerdings nicht Tamara Kirschbaum in ihrer Rolle als trumpistische Rastafängerin. Und auch nicht Karsten Bonack in seiner Rolle als Kung-Fu-Beschützer des real existierenden Parlamentarismus.

Der Star auf den es ankommt, ist ein größeres Stück Synthetikstoff, fixiert an einer Stange. Die sogenannte Reichsflagge in den Farben Schwarz-Weiß-Rot, made in China, und in letzter Zeit von gewissen Einzelpersonen in hoher Auflage ab Werk bestellt. Bei der Anti-Corona-Kundgebung am 1. August waren noch sehr wenig Schwarzweißrote am Start. Doch man hat nachgerüstet.

Und wir erfahren aus den Medien: Die von Veranstalter Michael Ballweg so professionell organisierte Anti-Corona-Kundgebung hat bei aller Schönheit und Harmonie einen empfindlichen Fettfleck. Sie wird von Reichsflaggen in den häßlichen Farben Schwarz-Weiß-Rot dominiert! Man sieht es doch: überall Reichsflaggen! Oder etwa nicht? Lauter Reichsbürger, Nazis oder Trump-Anbeter, soweit das Auge reicht.

Eine solche wundersame Vermehrung von Fahnen bestimmter Kombinationen sahen wir, unter uns gesagt, auch schon im Vorfeld der deutschen Wiedervereinigung. Hatten die DDR-Demonstranten zunächst lediglich eine Reform des Sozialismus gefordert, so änderte sich das schnell, als sich immer mehr Schreier für die D-Mark und für die Wiedervereinigung unter die Demonstranten mischten, ausgestattet mit rasch aus der BRD herübergeholten frischen Deutschland-Fahnen, damals noch in den Farben Schwarz-Rot-Gold.

Hereinregnende Fahnen haben offensichtlich immer wieder eine große Rolle gespielt, wenn Basisbewegungen in eine bestimmte Richtung gewendet werden. Warum soll das denn diesmal anders sein?

Und: was bedeuten die Fahnen? Wo kommen sie her? Wo gehen sie hin? Wer trägt Fahnen in Schwarz-Weiß-Rot? Schauen wir doch mal nach.

Schwarz-Weiß-Rot: Die Spalterfahne

Gleich vorab: die Fahne in den Farben Schwarz-Weiß-Rot steht nicht für ein Tyrannenregime, wie z.B. die Naziflagge. Schwarz-Weiß-Rot war von 1866 bis 1871 die Farbe des Norddeutschen Bundes, und von 1871 bis 1918 die Fahne des Deutschen Kaiserreichs. Die Weimarer Republik wurde von der Fahne Schwarz-Rot-Gold repräsentiert.

In den Jahren von 1933 bis 1935 war dann wieder Schwarz-Weiß-Rot die Nationalflagge. Die Nazis mochten Schwarz-Weiß-Rot jedoch nie sonderlich. Aber solange sie ihre wacklige Macht noch mit rechtskonservativen Kräften teilen mußten, beließen sie es dabei.

Ab 1935 saßen die Nazis so fest im Sattel, daß sie auf ihre rechtskonservativen Steigbügelhalter keine Rücksicht mehr nehmen mußten. Ab jetzt wurde die Fahne der Nazis auch gleichzeitig Staatsfahne des Dritten Reichs. Ein Hakenkreuz auf weißem Grund, eingebettet in großflächiges Rot. Das Hakenkreuz kletterte sodann auch auf die Reichskriegsflagge. Heute ist das

Vorzeigen aller Fahnen, auf denen das Hakenkreuz prangt, verboten. Und das ist gut so. Wie gesagt, die Flagge in Schwarz-Weiß-Rot steht, abgesehen von den zwei Nazi-Jahren, nicht für ein Tyrannensystem. Denn das wilhelminische Kaiserreich war eine konstitutionelle Monarchie, und zwar ausdrücklich nach dem Vorbild Englands errichtet.

Der Repräsentant einer adligen Dynastie, in diesem Falle der Hohenzollern, stand an der Spitze der Demokratie mit gewählten Parlamentsabgeordneten. Der Monarch war gebunden sowohl an die Verfassung als auch an das Votum der Parlamente. Die stärkste politische Macht im wilhelminischen Kaiserreich war die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die in jenen Jahren effizient die Interessen der Arbeiterklasse vertrat.

Kaiser Wilhelm II. hielt sich loyal an die Regeln der Verfassung. Auch zuweilen harsche Kritik aus tausenden unterschiedlichen Tageszeitungen mit unterschiedlichen Meinungen ertrug der Kaiser ohne zu intervenieren. Natürlich war Wilhelms Reich keine Idylle. Die Armut der unteren Schichten war immer noch, trotz aller Verbesserungen, unbeschreiblich, die hygienischen Zustände himmelschreiend. Darin unterschied sich Deutschland jedoch nicht von anderen Ländern.

Schwarz-Weiß-Rot kann also nicht für antidemokratische Demonstrationen erhalten.

Woher kommt diese Farbkombination denn eigentlich?

Die Ursprünge gehen zurück auf das Hochmittelalter, also so etwa rund um das dreizehnte Jahrhundert nach Christi Geburt. Der Deutsche Orden hatte seine Besitzungen im Heiligen Land, in Palästina, verloren und suchte nach neuen Betätigungsfeldern. Diese fand er im Baltikum. Jene ebenso frommen wie militanten Ordensleute vernichteten den Stamm der Prussen. Aus diesem Genozid ging ein Ordensstaat hervor, der wiederum den Humus abgab für den Staat Preußen. Preußen übernahm vom Deutschen Orden die Flaggenfarben schwarz und weiß, sowie das Ordenskreuz, das heute noch im schwarzen Kreuz der Bundeswehr weiterlebt.

Ebenfalls seit dem hohen Mittelalter umspannte die Hanse eine Reihe von wohlhabenden Städten, die mit dem Handel über den Wasserweg reich geworden waren. Ein wirkungsvolles Netzwerk, das wenig Interesse an territorialen Besitzungen hatte und am besten damit vorankam, gleichberechtigt untereinander Handel zu treiben. So geriet die Hanse auch nicht in Konflikt mit dem fleißig expandierenden Preußen. Die Flaggen der Hanse zeigten die Farbkombination Rot-Weiß.

Als 1866 aus 22 deutschen Einzelstaaten der Norddeutsche Bund unter Führung Preußens gebildet wurde, lag es nahe, die Farben des Hansebundes und Preußens zusammenzulegen zu einer Schwarz-Weiß-Roten neuen Flagge. Das bedeutete auch eine Festlegung auf einen norddeutsch-protestantischen Raum.

Die Schlacht von Königgrätz im Jahre 1866 erbrachte eine epochale Festlegung, die manche Historiker als verheerend für die weitere deutsche Entwicklung betrachten. Bislang waren die beiden größten Einzelstaaten Preußen und Österreich nämlich in einem deutschen Staatenbund zusammengefaßt. Gerade eben hatten Österreich und Preußen 1864 noch Dänemark die Provinzen Schleswig und Holstein entreißen können. Jetzt kam es zum Waffengang von Österreich und Deutschland, in Königgrätz. Preußen gewann die Schlacht, und Ministerpräsident Otto von Bismarck nutzte die Gelegenheit, Österreich aus dem deutschen Staatenbund rauszuschmeißen.

Mit seinem militaristischen Bundesgenossen General Albrecht von Roon übertöpelte Bismarck 1870 seinen König und es gelang ihm, einen verlustreichen Krieg gegen Frankreich zu provozieren. 1871 erfolgte im Pariser Vorort Versailles die Einigung eines Rumpfdeutschlands unter preußischer Führung mit der Kaiserkrönung des preußischen Königs als Wilhelm I. Der Einigungsvertrag wurde nicht nur außerhalb Deutschlands besiegelt. Zudem kommt in diesem Vertrag das deutsche Volk gar nicht vor, sondern nur die Namen der deutschen Für-

sten, die sich Preußen zum neuen deutschen Reich angeschlossen hatten. Österreich war draußen.

Dieser als *"kleindeutsche Lösung"* in die Geschichte eingegangene neue Zentralstaat fand aus gutem Grund die *"wohlwollende Neutralität Londons"* ([soll heißen: Großbritanniens) und auch aller anderen europäischen Großmächte. Ein gespaltenes Deutschland ist immer ein gutes Deutschland - aus dem Blickwinkel konkurrierender Großmächte. Das erklärt zu einem guten Teil, warum Bismarck in diesen Ländern bis heute eine so hohe Wertschätzung genießt

...

Historiker sehen darin die Ursache des Niedergangs Deutschlands bis in die heutige Zeit. Ein krampfhaft auf die Bedürfnisse Preußens zugeschnittener Nationalstaat wurde der kulturellen und ethnischen Vielfalt Mitteleuropas nicht gerecht:

"Das Erreichte wurde bezahlt mit äußeren Verlusten der historischen Volkssubstanz: erst recht mit inneren. Denn nunmehr durfte das erneuerte harte / urpreußische Wesen das formlose und weiche deutsche überformen, seine militaristisch-politische Zivilisation das große Bündnis schließen mit der wirtschaftlich-technischen. ... Das Bürgertum verlor vollends sein Selbstvertrauen, eingeklemmt zwischen dem Obrigkeitsstaate und dem vierten Stande ... Das nationale Wesen vergrößerte sich im Geistigen wie im Sittlichen: nach grausamster Verwirrung des Rechtsempfindens wurde es 1866 durch den Erfolg des dämonischen, charismatischen Staatsmannes (Bismarck) neu geprägt ..."

So sah es Ludwig Dehio, der unter der Nazi-Diktatur in die innere Emigration gegangen war. Dank Bismarck und seinem cleveren Bankier Bleichröder wurde Deutschland unter preußischer Dominanz zum Nährboden eines international vernetzten Militär-Industriellen Komplexes. Für diese Spaltung Deutschlands in einen kriegerischen Preußenstaat vom Vielvölkerstaat Österreich steht die Flagge mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot. Weiß der zeitgenössische Träger jener schwarz-weiß-roten Fahne, was sein Emblem ihm erzählen kann?

Wer also demonstriert mit oder unter Schwarz-Weiß-Rot?

Reichsbürger? Staatenlos? QAnon? Wie viele Bundesbürger sind überhaupt dabei?

Der Verfassungsschutzbericht (den wir natürlich mit Vorsicht genießen) für 2020 sagt: *"Deutschlandweit sind der Szene im Jahr 2019 etwa 19.000 Personen (2018: 19.000) zuzurechnen; bei circa 950 davon handelt es sich um Rechtsextremisten (2018: 950)."*

So wenige? Selbst wenn alle diese annähernd zwanzigtausend Leute bei der großen Demo in Berlin aufmarschiert wären, hätte man sie kaum bemerkt.

Eine persönliche Annäherung an dieser Stelle: Im Jahre 2012 schaute ich bei einer Ortsgruppe der Bürgerinitiative "Sauberer Himmel" vorbei. Diese merkwürdigen Streifen am Himmel kamen mir nicht mehr vor wie "normale" Kondensstreifen. Das hatte ich früher nie erlebt, daß Kondensstreifen einfach sichtbar bleiben und sich aus ihren Resten ein schmieriger Film am Himmel ausbreitet, der das Wetter spürbar verändert.

Allerdings mußte ich bald feststellen, daß es in dieser Ortsgruppe gar nicht darum ging, den mutierten Kondensstreifen auf den Grund zu gehen. Sehr bald wurde am Stammtisch und in den Mailgruppen über alles Mögliche gezwitschert: über eine geheimnisvolle Krankheit mit Namen Morgellons; magische Steine, unbeschreiblich teuer, sollten böse Strahlen abhalten. Und dann kam die Initiatorin damit aus dem Busch: Wir sollten uns unbedingt mit einer Frau treffen. Die würde uns einen Reichsbürgerausweis ausstellen. Dann sollten wir noch einem selbsternannten Polizeihilfswerk beitreten.

Spätestens jetzt wurde es mir zu bunt. Ich brachte in Erfahrung, daß die Initiatoren zuvor versucht hatten, die Stuttgart 21-Bewegung zu infiltrieren. Mir wurde immer wieder die "Junge Freiheit" vor die Nase gehalten. Zur Ehre der bundesweit aktiven Gruppe "Sauberer Himmel" muß gesagt werden, daß die besagte Ortsgruppe aus dem Bundesverband ausgeschlossen wurde.

So habe ich unfreiwillig die ersten Zuckungen der heute von der Presse durch übertriebene Publicity künstlich aufgeblähte Reichsbürgerbewegung mitbekommen. Schon damals war ein zentrales Thema, daß die Bundesrepublik kein rechtsgültiger Staat sei, und daß das Deutsche Reich immer noch der legitime Rechtskörper sei, in dem wir uns befinden. Richtig daran ist, daß wir bis heute keinen Friedensvertrag mit den ehemaligen Kriegsgegnern des Nazi-Reiches haben.

Fraglich ist allerdings, ob irgend jemand von jenen Leuten, die hier so vehement einen Friedensvertrag einfordern, auch bereit sind, die Kosten zu übernehmen. Denn von den 52 Staaten, die dem Nazireich den Krieg erklärt haben, sind einige Länder dabei, die durch die Kriegsführung der Wehrmacht und der Waffen-SS ganz erheblich geschädigt worden sind. Besonders Griechenland hat immer wieder, vollkommen zu Recht, Entschädigungen von Deutschland gefordert.

In Frieden kann man nun einmal erst dann zusammenleben, wenn man vorher miteinander alle Trümmer weggeräumt hat. Auch wenn es wehtut. Polen und die Sowjetunion haben bereits 1953 auf Reparationen verzichtet. Nun hat der berühmte Zwei plus Vier-Vertrag, der die Anexion der DDR durch die Bundesrepublik ermöglichte, ausdrücklich festgehalten, daß es keinen Friedensvertrag mit irgendeinem Staat mehr geben wird.

Die Londoner Schuldenkonferenz von 1952 hatte die Frage der Reparationen an den Abschluß von Friedensverträgen gekoppelt. Nun hatten die reichen Länder sich also auf Kosten der armen Länder darauf geeinigt, daß es für alle Zeiten keine Kompensation für Völkermorde und Verwüstungen geben soll. Der damalige BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher: *"Die Forderung nach einem Friedensvertrag konnte also definitiv nicht mehr erhoben werden - damit war uns auch die Sorge vor unübersehbaren Reparationsforderungen von den Schultern genommen."*

Wollen die Reichsbürger also tatsächlich Milliardensummen aus öffentlichen Töpfen aufwenden, um gepeinigten Opferländern des Zweiten Weltkriegs späte Gerechtigkeit angeeignet zu lassen? Schwer vorstellbar.

Das Deutsche Reich ist längst liquidiert. Die Forderung der Alliierten lautete definitiv: *"unconditional surrender"*, bedingungslose Kapitulation. Die Putschisten um Goerdeler und Graf Stauffenberg hatten vergeblich versucht, Deutschland diese Schmach am 20. Juli 1944 zu ersparen. Schließlich blieb den Wehrmachtsgenerälen Keitel, von Friedeburg und Stumpff nichts anderes übrig, als die bedingungslose Kapitulation zu unterzeichnen. Am 25. Februar 1947 liquidierte das Alliierte Kontrollratsgesetz Nummer 46 das Rückgrat des Deutschen Reiches, Preußen nämlich. 1948 schrieben die Amerikaner die Spaltung Deutschlands durch die einseitige Währungsreform in den drei Westzonen fest. Und 1949 wurde die Bundesrepublik gegründet, was dann auch die Sowjets zwang, ihrerseits Abschied zu nehmen vom geeinten Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik auszurufen.

Das sind materielle Fakten. Was nützt uns da jetzt irgendeine Spitzfindigkeit über Lücken im internationalen Recht? Es bedarf solcher Umwege nicht, um festzustellen, daß die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor kein souveränes Land ist. Die Sowjetunion hatte sich aus Deutschland zurückgezogen, und auch der Nachfolgestaat Rußland behandelt die Bundesrepublik als gleichberechtigten Partner. Dasselbe gilt für Frankreich.

Soll durch eine verquaste Reichsbürger-Argumentation davon abgelenkt werden, daß uns die Geheimdienste und das Militär der USA mit ihren angehängten Politikern und Netzwerkorganisationen de facto als ihre Vasallen behandeln? Von Ramstein aus werden Drohnenmorde in aller Welt gesteuert. Deutsche Soldaten und Polizeiangehörige haben dort, auf deutschem Boden wohlgermerkt, keinen Zutritt.

Die Bundesbürger werden Tag und Nacht flächendeckend ausgehorcht. In Büchel wechseln gerade jetzt Techniker US-amerikanische Atomsprengköpfe aus. Bei den diversen Reichsbür-

ger-Netzwerken hört man dazu herzlich wenig. Es ist sicher nicht notwendig, zunächst Verfassungen der Kaiserzeit wieder einzuführen, um dann endlich souverän zu werden.

Noch haarsträubender ist die "QAnon-Bewegung", die ja bei dem "Sturm auf den Reichstag" das Bild geprägt hat. Von QAnon distanzieren sich übrigens sowohl rechtsradikale Gruppen wie auch die Reichsbürger oder die Staatenlos-Gruppe. QAnon ist unverkennbar von ausländischen Geheimdiensten ferngesteuerte Märchenstunde. Da soll es im direkten Umfeld von US-Präsident Donald Trump einen Whistleblower mit dem Decknamen "Q" geben.

Und weil der anonym zu bleiben wünscht (was ja bei der Brisanz der Informationen ganz verständlich ist, nicht wahr ...) nennt man diesen super-wichtigen Informanten "QAnon". Schlau schlau. "Q" weiß uns zu berichten, daß Trump seit seiner Amtseinführung unermüdlich Tag und Nacht dabei ist, gegen den sogenannten Tiefen Staat vorzugehen.

Und wie die Zeugen Jehovas immer wieder auf das Weltende warten, und zwar bislang - toitoitoi! - vergeblich, so warten die Q-Anons Tag für Tag darauf, die Bösen dieser Welt endlich in Handschellen auf der Anklagebank zu sehen, konfrontiert mit den unabweislichen Beweisstücken, die Trump gesammelt hat. Und, hört, hört: Trump ist einem Kinderschänder-Ring auf der Spur. Die Clintons sollen beteiligt sein. Die Reichen dieser Welt sollen angeblich unschuldige Kinder in unterirdischen Gängen gefangen halten. Aus dem Blut der Kinder gewinnen die Superreichen und Mächtigen eine Essenz, die ihnen ein verlängertes Leben garantiert.

Dazu ist zu sagen: Die Geschichte mit den rituellen Kinder-Opferungen ist ein makabres, äußerst perverses Remake. Die Katholische Kirche hatte im Mittelalter und auch noch später im Umlauf gebracht, die Juden würden bei ihren Gottesdiensten rituelle Opferungen vornehmen und das Blut dieser trinken. Das war eine propagandistische Initialzündung für die gräßlichen Pogrome gegen Juden im Mittelalter. Und diese Pogrome waren verdammt real.

Und: Es gibt gerade jetzt im Zeitalter von Sankt Corona so viele perverse Mißhandlungen von Kindern in Schulen, Kitas und Gymnasien. Das ist grausig genug und erfordert härteste Abwehrkämpfe, um diese Perversionen sofort zu beenden. Wir haben auch genug zu tun, um in der Welt real existierende Zwangsprostitution und Freiheitsberaubung sowie die Rekrutierung von Kindersoldaten zu beenden.

Ich mußte mir auch mal im Auto eine frohe Botschaft der QAnonisten anhören. Das ging so: *"Also Leute, Heinz hat gerade angerufen. Es sind schon 80.000 US-Soldaten in Deutschland eingetroffen. Frau Merkel ist bereits verhaftet. Und auch Papst Franziskus. Leute, lehnt Euch zurück und genießt den tollen Tag! Es kommen herrliche Zeiten!"* Tatsächlich gibt es genug Dummbbeutel, die auf so einen Unfug hereinfallen wollen. Als die Polizei die QAnonisten von der Bundestagstreppe zurückdrängte, riefen einige verhinderte Okkupanten ganz enttäuscht: *"Also haben uns die Alliierten doch im Stich gelassen!"*

Brauchen wir die Reichsbürger, die Staatenlosen oder die QAnonisten um festzustellen, daß Deutschlands Souveränität fortlaufend demontiert wird? Müssen wir ins Märchenland flüchten, um der Erkenntnis zu entkommen, daß die Europäische Union ein illegitimer Mega-Apparat ist, mit dem Konzerne und Kartelle von oben nach unten ohne jedes Votum durch die Menschen draußen im Land einfach ganz frech durchregieren?

Die Träger der Reichsfahne Schwarz-Weiß-Rot sollte man dennoch nicht ausgrenzen oder diskriminieren. Man sollte immer wieder das Gespräch mit ihnen suchen und ihnen mit vernünftigen Argumenten begegnen. Zugleich wird es mit unserer Schwarmintelligenz möglich sein, die wirklichen Drahtzieher der drei genannten Strömungen ausfindig zu machen.

Dank der sozialen Medien sind kollektive Lernprozesse heutzutage sehr schnell zu erreichen. So bekam ich neulich die Nachricht, bei der Verteidigung des Reichstagsgebäudes sei auch ein bekannter Schauspieler dabei. Ich gab die Nachricht weiter, und nach zehn Minuten wußte ich bereits, daß es sich um den schauspielernden Polizisten Karsten Bonack handelte. Seit

dem Entstehen der Anti-Corona-Regime-Bewegung haben die kollektiven Lernprozesse eine atemberaubende Geschwindigkeit angenommen.

Das läßt hoffen.<<

Auf der Webseite "https://kenfm.de ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 19. September 2020 folgender Bericht über die "Souveränität" der Bundesrepublik Deutschland (x1.014/...): >>**Vasallenpolitik**

Die deutsche Regierung beugt sich einmal mehr dem Tiefen Staat der USA

Ein Standpunkt von *Peter Frey*

Das Beharren der Deutschen Regierung, insbesondere auch der Deutschen Kanzlerin Angela Merkel, auf die Fortführung und Fertigstellung des Projekts Nord Stream 2, war ein Symptom für gewisse Emanzipationsbestrebungen gegenüber der "einzigartigen Nation", sprich den USA. Inzwischen unterwerfen sich die Spitzen in Berlin jedoch auch bei diesem Thema immer mehr dem unverhohlenen ausgeübten Druck aus Washington.

Der Umgang deutscher Politik mit dem Druck, den diese aus den USA in Bezug auf die Fortführung und Fertigstellung einer zweiten Erdgas-Pipeline aus Rußland für den mitteleuropäischen Markt erfuhrt, ist ein Lehrbeispiel dafür, wie die Machtverhältnisse im sogenannten transatlantischen Bündnis tatsächlich aufgestellt sind. Der Kotau bei Nord Stream 2 vor den Eliten der "einzigartigen Nation" verschmilzt nunmehr mit dem dienenden Handeln in anderen Bereichen von Politik und Wirtschaft; darin selbstverständlich eingeschlossen die "Coronakrise".

Mehr noch, wird immer offensichtlicher, daß die europäischen Staaten sogar die Drehbücher für die Umsetzung US-amerikanischer, ja globaler Elitenpolitik, als politisch-mediale Vorgaben entgegennehmen und brav umsetzen. Das globale Projekt der "*Bekämpfung eines tödlichen Virus*" weist klar erkennbar Parallelen zum Abwürgen des regionalen, allerdings strategisch bedeutsamen Erdgasprojekts mit Rußland auf. Mit allen möglichen Tricks will man dieses zum Scheitern bringen, und geradezu zwangsläufig wird auf betrügerische Mittel zurückgegriffen.

Was hinter der Sabotage von Nord Stream 2 tatsächlich steckt, zwitschern die Spatzen seit Jahren von den Dächern. Es ist nur allzu offensichtlich, daß Wirtschafts- und Politeliten aus den USA einerseits einen Mitbewerber - der ein deutlich attraktiveres Angebot vorzuweisen hat - aus dem Erdgasgeschäft mit Mittel- und Westeuropa herausdrängen möchten. Sich der US-Alternative von Fracking-Gas zuzuwenden, ist jedoch einfach nur wirtschaftlicher Unsinn. Ganz so wie in der "Coronakrise" sich der einflußreiche und global vernetzte Pharmasektor enormer Subventionen aus den öffentlichen Kassen Dutzender Staaten erfreut - und überhaupt erst dadurch seine Geschäftsmodelle profitabel gestalten kann -, pumpt man staatliche Gelder in die Fracking-Gas-Infrastruktur und legt gleichzeitig die entstehenden höheren Kosten auf die Kunden um.

Das Ganze ist auch ökologisch unsinnig, was die vorgeblichen Ökoaktivisten der deutschen Grünen trotzdem nicht davon abhält, Stimmung für diesen Umweltfrevel mit Fracking-Gas zu betreiben. Dabei müßten deren Politspitzen - was die Nutzung von Fracking-Gas betrifft - normalerweise im Kreis laufen; aber was ist schon normal. Ausgerechnet deren Klimahysteriker, die sich kaum einkriegen, die "Treibhausgas-Katastrophe" herbeizubeten, befürworten ein Projekt, bei dem enorme Mengen von Methan freigesetzt werden. Methan wird als "Treibhausgas" die 85fache Wirkung von Kohlendioxid zugerechnet.

Dabei weiß die angebliche Öko-Partei seit langem ganz genau, was Fracking für desaströse Auswirkungen auf die Umwelt hat, wie eine von ihr selbst gefertigte Analyse aus dem Jahre 2011 aufzeigt.

Die grüne Agenda ist somit eine verbohrte, mittels jahrzehntelanger transatlantischer Indoktrination erworbene, beziehungsweise angepaßte Ideologie, welche sich offensichtlich hervor-

ragend zur Einführung neuer, Geld vermehrender Wirtschaftsprojekte ausnutzen läßt. Und so sind die Grünen auch Vorreiter eines globalen Umweltfrevels, welcher mit der weltweiten *"Erneuerung des Pkw-Parks"* durch Elektroautos verbunden ist.

Das korreliert eindrucksvoll mit einem vor ihren Ziehvätern dienenden Rußland-Haß, womit die Grünen auch im Deutschen Bundestag einen Teufel tun werden, nationale Interessen zu vertreten. Vielmehr sind sie bereits seit geraumer Zeit Aktivisten bei allem, was die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland in Mitleidenschaft zieht - womit wir zur Inszenierung dieser Tage kommen.

Es sind gute Zeiten, um zu erkennen, wie billig die Vorwände und Provokationen eigentlich sind, über die man die eigene, abhängige, von fremden Interessen gesteuerte Politik zu legitimieren sucht, und das eben nicht nur, was die sogenannte Coronakrise betrifft.

Als der damalige US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell seit 2019 immer unverhohlener mit Drohgebärden gegenüber dem deutschen "Partner" aufwartete, um die Fertigstellung von Nord Stream 2 zu verhindern, waren die Reaktionen aus den Regierungskreisen in Berlin - nun ja - kläglich. Washington focht es nicht an, daß seine Sanktionsdrohungen durch kein Völkerrecht gedeckt sind, und auch nicht, daß es die deutsche Regierung damit bloßstellte.

Was da im Hintergrund noch für Drohungen aus den USA bei deutschen Politikern einlaufen, wissen wir nicht, aber es gibt diese mit Sicherheit. Womit wir zum Prinzip von Ursache und Wirkung, zu kausalen Zusammenhängen kommen. Politik verdreht diese nämlich oft und gern, um den Bevölkerungen erzwungenes, unakzeptables, oft völkerrechtswidriges und nicht zuletzt - auch aus Sicht der eigenen Interessen - absurdes Handeln, als notwendig, gar alternativlos verkaufen zu können.

Aufmerksame Zeitgenossen werden geradezu zwangsläufig auf die sogenannte Skripal-Affäre gestoßen. Um was ging es damals eigentlich: um die Aufklärung eines Verbrechens? Natürlich nicht, vielmehr gab es einen enormen Druck aus den USA auf die europäischen Staaten, neue Sanktionen gegen Rußland zu verhängen, und zwar gegen deren ureigene wirtschaftliche und politische Interessen.

Dafür mußte ein Vorwand geschaffen werden, der vom Skript her gar nicht blöd genug sein konnte. Hauptsache er würde emotional stark genug wirken, um das Bild der bösen Gift spritzenden Russen aus Putins Kreml als Bedrohung der alternativlosen westlichen Demokratie in die Herzen und Hirne der Menschen pressen zu können.

Nicht starke Indizien, geschweige denn Beweise - welche ja auch niemals offengelegt wurden - zählten, sondern ganz einfach nur die über Jahrzehnte aufgebauten Feindbilder. Feindbilder benötigen keine Rationalität, keine logischen Argumentationsketten. Sie bedienen sich vielmehr aus der emotionalen Trickkiste der Propaganda, schüren Ängste und Mißtrauen, verunglimpfen, diffamieren.

Im privaten Alltag würde man Menschen, die so etwas befeuern, meiden, ehe man ihnen erlänge. Was bei Letzterem arg negative Konsequenzen im sozialen Zusammenleben zur Folge hätte. Aber den Haßpredigern aus Politik und Medien wird noch immer, mehr oder weniger blind vertraut, deren holzschnittartige Bilder von Gesellschaften und Menschen unkritisch aufgenommen, und leider auch weitergegeben.

Die *"Vergiftung"* Nawalnys ist nichts weiter als die billige Kopie der Inszenierung des *"von den Russen vergifteten Skripals"*.

So also wurde einmal mehr das Bild des im Kreml hockenden, heimtückischen Giftmischers aus der bordeigenen Giftküche (der Propaganda) geholt, einzig um die eigene Unterwerfung unter die US-Interessen als angeblich souveräne, begründete Politik verkaufen zu können. Der Drang zum Ausbau der eigenen Macht ist immer verbunden mit dem versichernden, buckelnden Blick zu den noch Mächtigeren.

Noch einmal schauen wir auf die US-Politik. So wie seine Vorgänger vertritt auch Donald

Trump als US-Präsident die Interessen mächtiger Verbände aus Industrie und Finanzen. Dazu gehört auch der Öl- und Gassektor. An diesem Punkt wird offenkundig, daß das Protestpotential einer deutschen Öko-Partei gegen Trumps Ignoranz transatlantischer Klimaziele rasch schwindet, wenn es ans Eingemachte geht.

Denn es ist Donald Trump höchstselbst, der vehement Druck auf die europäischen Staaten ausübt, das Fracking-Gas aus den USA zu beziehen. Nur so kann die Sparte dort überhaupt überleben. Der Ölpreis lag in den vergangenen Jahren immer wieder deutlich unter der Gewinnschwelle und neben hunderten, kleinen Förderunternehmen sind davon auch Hedgefonds und logischerweise auch der weltgrößte Ausrüster für Fördertechnologie, Halliburton betroffen.

Zusammengefaßt bleibt zu sagen: Mit einer Schmierkomödie versucht sich die deutsche Regierung auf Druck der USA aus einem für beide Seiten - die russische wie die deutsche - vorteilhaften Vertrag herauszuwinden, und handelt damit klar ersichtlich wider die eigenen Interessen. Auch das ist alternativloses Handeln der Marke Angela Merkel. Es ist der Preis, wenn man einmal an der Macht schnupperte, denn die Überhebung schließt die Unterwerfung ein, und der Hegemon der letzten einhundert Jahre ist noch nicht abgetreten. Neben der "Coronakrise" ist dafür auch der Hick-Hack um Nord Stream 2 ein beredtes Beispiel. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 24. Mai 2021 folgender Bericht über die gleichgeschalteten Massenmedien (x1.014/...):

>>**Politiker und Medien orientieren auf Krieg**

Journalismus unter aller Kanone / Die Tagesschau ist nicht so schlimm wie BILD und Süddeutsche, aber schlimm genug

Von *Friedhelm Klinkhammer* und *Volker Bräutigam*

"Gorbi, Gorbi! Hunderttausende feierten im Juni 1989 in Bonn Staatsgast Michail Gorbatschow, auch die Politiker waren hin und weg."

Zwölf Jahre später, im September 2001, sprach Gorbatschows Nach-Nachfolger Vladimir Putin im Reichstag in Berlin über deutsch-russische Freundschaft, auf Deutsch. Und wieder war das Publikum begeistert und berührt. *"Unvergessene Szenen"*, betitelte der Sender Phoenix die Videoaufzeichnung des Auftritts. Es war einmal ... Die Zeiten ändern sich. Daß Staatspräsident Putin und sein Land heute von unseren Massenmedien mit so viel Feindseligkeit bedacht werden, hat allerdings sehr viel mehr mit wertewestlicher NATO-Aggressivität und dem Versagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu tun als mit Putins aktueller Politik.

Presse und Rundfunk sollten nicht nur willige Verkünder politischer Vorgänge sein, sondern deren kritische Kontrolleure. Unabhängige Wächter des Friedens und der Rechtsstaatlichkeit zu sein ist ihr Auftrag. Sie kommen ihm nicht nach. Jüngster Beweis unter den unzähligen Belegen für qualitätsjournalistischen Opportunismus: reduzierte bis gänzlich fehlende Berichterstattung der Tagesschau über die aktuellen NATO-Manöver an der Grenze zu Rußland. Von informativer Aufklärung über Motive und den politischen Horizont dieses bedrohlichen Truppenaufmarschs kann keine Rede sein.

"Wer den Frieden wünscht, bereite den Krieg vor". Der 1.600 Jahre alte Rat des Flavius Vegetius ist fraglos bedenkenswert, doch "Spring Storm" ("Frühlingssturm") in Estland und "Defender-Europe 2021" nahe der Ukraine haben mit friedensbeseeltem Selbstschutz Westeuropas nichts zu tun. Ohne transatlantische Propagandabrille betrachtet sind sie als größte NATO-Angriffsübung seit Ende des Kalten Krieges vor 30 Jahren zu erkennen.

Die USA und ihre Verbündeten, Bundeswehr inklusive, trainieren die Offensive gegen Rußland. Aktueller Manövergegenstand ist, große Truppenverbände aus Westeuropa möglichst schnell an die russische Grenze heranzuführen. Die zugrundeliegende Strategie wird gerne auch "Vorwärtsverteidigung" genannt.

"(Der Westen) hat uns viele Male belogen, Entscheidungen hinter unserem Rücken getroffen,

uns vor vollendete Tatsachen gestellt. Dies geschah mit der NATO-Erweiterung nach Osten, sowie dem Aufbau von militärischer Infrastruktur an unseren Grenzen", klagte Putin schon im März 2014 vor der Duma in Moskau.

Zu Recht: Die USA haben ihr 1990 im Zuge des Anschlusses der DDR an die BRD (unpräzise: "Wiedervereinigung") gegebenes Versprechen zwölfmal gebrochen, keine NATO-Erweiterung nach Osten über die Grenzen Gesamtdeutschlands hinaus vorzunehmen. Bezeugt wird das sowohl vom vormaligen sowjetischen Präsidenten Gorbatschow als auch vom seinerzeitigen US-amerikanischen Außenminister James Baker.

Typisch, daß ausgerechnet deutsche Regierungsstellen es gleich dreifach bestreiten. Sie wissen eh alles besser. Der Verfasser des Dokuments der Bundesakademie für Sicherheit, auf das hier Bezug genommen wird, ist übrigens Hans Adomeit, seinerzeit Mitarbeiter der *"Integrity Initiative"* des britischen Geheimdienstes. Sie betrieb einen Desinformationskrieg gegen Rußland, flog 2019 auf und verschwand aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit.

Böser Putin

Putin, im Jahr 2000 zum Nachfolger Boris Jelzins gewählt, schloß dessen Resterampe für den Ausverkauf russischen Staatseigentums (Bodenschätze, Ölressourcen, Großkonzerne) an den Westen. Er enteignete einige der korruptesten und raffgierigsten Oligarchen, darunter den Erdölmagnaten Michail Chodorkowski. Damit frustrierte er jedoch die US-amerikanischen und westeuropäischen "Partner".

Mit der scheinheiligen Freundlichkeit des Westens war es allerdings schon Jahre zuvor aus und vorbei gewesen. Die NATO hatte ihre zu "Gorbis" Zeiten geübte Zurückhaltung längst aufgeben; sie hatte mit Boris Jelzins besoffener Zustimmung Polen, Tschechien und Ungarn 1999 aufgenommen, außerdem das Völkerrecht gebrochen und Serbien sowie Kosovo niedergebommt.

Seit Putins Amtsantritt aber widmen sich unsere Medien mit Hingabe der vorgeblichen Gefährlichkeit Rußlands. Das Muster "haltet den Dieb!" ist unverkennbar. Je absurder die Story, desto lieber wird sie immer wieder aufgetischt und mit Nowitschok nachgewürzt.

Gift an der Türkinke und in der Unterhose

Beim vorgeblichen Anschlag mit dem *"tödlichsten Nervengift aller Zeiten"* auf Vater und Tochter Skripal anno 2018 im britischen Salisbury bezichtigte die Westliche Wertegemeinschaft umgehend Rußland als Attentäter, gestützt auf britische Geheimdienstangaben. London blieb bis heute jeglichen Beweis für Nowitschok und für Rußlands Verantwortlichkeit schuldig. ARD-aktuell spekulierte nur:

"Denkbar ist, daß London nicht sein ganzes Wissen preisgeben will."

Statt auf seriöse Eigen-Recherche setzt ARD-aktuell u.a. auf das britische "Recherche-Netzwerks" Bellingcat. Diese trübe Quelle ist vor allem dafür bekannt, sich aus finanziellen und informellen Zuflüssen einiger US-Think-Tanks und Geheimdiensten zu speisen. Die Tagesschau leitet gerne davon auf ihre Mühlen um.

Der Medienrummel um den *"bedeutendsten russischen Oppositionspolitiker"* Alexei Nawalny leidet ebenfalls unter Beweisnot und Mangel an Aufrichtigkeit. Die Bundesregierung weigert sich entgegen allen internationalen Verpflichtungen und Rechtsnormen, ihr Material - hauptsächlich Gewebeprobe, die dem *"Giftanschlagsopfer"* Nawalny in der Berliner Charité entnommen wurden - für ein öffentliches Experten-Monitoring freizugeben. Politik und Medien ließen den profaschistischen und betrügerischen Krawallbruder sogar mit dem Sketch *"Meine Unterhose war vergiftet"* auftreten.

Die Rußland-Reportagen der Tagesschau unterschreiten häufig jedes Maß an gebotener Zurückhaltung. Die *"anerkannten journalistischen Grundsätze"* sind über Bord gekippt: Wahrheitspflicht, Sachlichkeitspflicht, Güterabwägungspflicht und das Gebot zur Förderung der Völkerverständigung. Sie haben Gesetzesrang, sie stehen im Rundfunkstaatsvertrag, aber das

gewährleistet nicht ihre Befolgung.

Steter Tropfen höhlt den Stein

Rechtsgrundsätze und journalistisches Ethos gelten der Tagesschau-Redaktion nicht mehr viel. Wer einen Nutzen von den faulen Agentur-Geschichten hat ("cui bono?"), fragt sie sich nicht. Das Gebot, nicht nur den Kläger zu Wort kommen zu lassen, sondern ebenso den Beklagten ("audiatur et altera pars") und ihm jeglichen Zweifel zugute zu halten ("in dubio pro reo") befolgt sie nicht. Sie verbreitet (häufig unredliche) Politiker-Statements und verleiht ihnen damit Bedeutsamkeit, als seien sie unumstößlich wahr oder der Weisheit letzter Schluß; sie prüft Richtigkeit und Stichhaltigkeit des Gesagten nicht. Dabei läge erst in dieser Prozedur der Informationswert einer Nachricht.

"Nachrichten sind vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen" heißt es in § 8 Abs. (2) des NDR-Staatsvertrags. Da macht sich der hehre Satz natürlich gut. Doch garantiert er, beispielsweise, seriöse Rußland-Berichterstattung?

Andersrum wird ein Schuh draus. Gemeinschaftliches Ziel von Politik und Massenmedien: Das Bild vom "gefährlichen" Russen in breiten Teilen der Bevölkerung zu verfestigen.

Feindbilder senken die Schwelle zum Krieg

Von Staatsvertragsregeln läßt sich die Tagesschau-Redaktion dabei nicht stören. Über die Absichtlichkeit der ständigen Wiederholung von Falschdarstellungen gibt es keine Illusion. "Faktenfinder-Chef" Patrick Gensing:

"Es ist ein Kennzeichen dieser Kommunikationsstrategien, daß man durch Wiederholungen von falschen Behauptungen die Glaubwürdigkeit der Behauptungen erhöht, weil Menschen denken: Das habe ich doch schon mal gehört und jetzt höre ich es wieder, dann muß es ja eigentlich stimmen."

Tagesschau-Redakteure wissen, was sie tun. Vor den mentalen Folgeschäden ihrer Manipulation sind nicht einmal erfahrene und vermeintlich kritische Politiker geschützt, wie das Beispiel der Linke-Parteivorsitzenden Janine Wissler zeigt. In einem Spiegel-Interview heißt es:

"Die Linkspolitikerin kritisiert zwar den Mord im Berliner Tiergarten, die Vergiftung des Oppositionellen Alexej Nawalny und Rußlands Annexion der Krim als völkerrechtswidrig ..."

Politik und Medien versuchen einer gutgläubigen Öffentlichkeit weiszumachen, es gehe um "Werte" (ideelle, moralische, natürlich). Beabsichtigt ist aber nur miese Meinungsmache, die demagogische Ukraine-Berichterstattung belegt es. Daß die NATO ihre Aktivitäten an den russischen Grenzen im letzten Jahr massiv verstärkt und dort beispielsweise mehr als 4000 (!) Bomber- und Aufklärungsflüge veranstaltet hat, wird unterschlagen; gezieltes Weglassen wichtiger Nachrichtenteile ist ein klassisches Mittel der Manipulation.

Kriegstreiber am Werk

Schon im vorigen Jahr sollten 37.000 NATO-Soldaten (zeitweise) und abertausend Tonnen US-Kriegsgüter (teils zum dauerhaften Verbleib) über See und später durch Europa nach Osten an die Grenze zu Rußland verlegt werden. Wegen der Corona-Pandemie findet das Manöver erst jetzt statt, heißt nun "Defender 2021". "Defender" soll im jährlichen Wechsel einmal im europäischen Nordosten (Ostsee, Baltikum) und im Südosten stattfinden (Westbalkan, Schwarzes Meer). Übrigens sind jetzt auch ukrainische Soldaten beteiligt, obwohl die Ukraine (noch) kein NATO-Mitglied ist. Der US-geführte Westen nutzt eben jede Möglichkeit, Rußland zu provozieren.

Nachvollziehbar, daß Moskau auf die Gefährdung reagiert und Gegen-Manöver veranstaltet. Für dieses Zugeständnis reichen die analytischen Kapazitäten der Kalten Krieger der ARD-aktuell allerdings nicht. Es fehlt die Grundvoraussetzung für seriösen Journalismus: Sich auch in die Denkwelt *"der anderen Seite"* hineinversetzen wollen und können. Der Qualitätsjournalist knallt folglich bedenkenlos eine weitere Bezeichnung raus:

"Militärische Auseinandersetzungen sind für Rußland seit Jahren ein bewährtes Mittel, sich Geltung und Mitsprache zu verschaffen. Beobachter gehen davon aus, daß es sich auch beim momentanen Aufrüsten an der Grenze um ein Druckmittel handelt – eine Drohgebärde."

Die NATO-Staaten haben im vorigen Jahr rund 1,1 Billionen (!) Dollar und damit 17-mal mehr als Rußland (61 Milliarden Dollar) für Rüstung ausgegeben. Nicht Rußland bedroht die USA und Westeuropa, sondern die NATO hat Rußland umzingelt. ARD-aktuell jedoch übt sich in Realitätsverweigerung.

Förderung der Völkerverständigung? Nichts da, nicht bei ARD-aktuell.

"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen" steht in Art. 26 des Grundgesetzes. Papier ist geduldig, wissen die Spitzenvertreter unserer Parteien-Oligarchie. Unsere Qualitätsjournalisten wissen es auch.

Formal betrachtet ist die Redaktion staatsfern. Sie kann für sich zudem umfassende journalistische Freiheit nach Art. 5 des Grundgesetzes beanspruchen. Trotzdem wirkt die Tagesschau objektiv an der psychologischen Vorbereitung auf einen Krieg gegen Rußland mit. Sie beteiligt sich daran, die Hemmschwelle vor Anwendung militärischer Gewalt in der deutschen Bevölkerung zu senken.

Daß das nicht bloß versehentlich und ungewollt geschieht, erweist sich beispielsweise im Schweigen der Redaktion über Regierungspläne zur Militarisierung der Zivilgesellschaft. Die sind im Internet auffindbar, also auch der Redaktion tagesschau.de bekannt. ARD-aktuell aber enthält sie einer größeren öffentlichen Aufmerksamkeit vor.

Möchtegern-Weltherrscher

Das Washingtoner Center for European Policy Analysis (CEPA) hat in der Studie *"Military Mobility Project"* analysiert, mit welchen Mitteln und unter welchen Voraussetzungen der Transport von Truppen und Kriegsmaterial an die russische Grenze mit höchster Geschwindigkeit erreicht werden kann. Beteiligt an den Beratungen sind pensionierte NATO-Generäle, Interessenvertreter wie der ehemalige Merkel-Vertraute Eckart von Klaeden, heute Vorstandsmitglied der Daimler AG und diverse weitere Rüstungsunternehmen, darunter Raytheon und Rheinmetall sowie die Deutsche Bahn AG.

Außerdem wirken in diesem militärisch-industriell-politisch-medialen Komplex etliche US-dienliche "Denkfabriken" und Redaktionen mit. Beispielsweise der Atlantic Council, die RAND Corporation, die Süddeutsche Zeitung, das Nachrichtenportal Euractiv und die größte pfälzische Tageszeitung, die Rheinlandpfalz (in ihrem Einzugsgebiet: die US-Garnison Ramstein und das Atombombenarsenal Büchel).

Leitidee dieses Verbundes von Omnipotenz-Träumern:

"Eine Folge des raschen Aufstiegs Chinas zum globalen Machtstatus ist die Verlagerung des strategischen Schwerpunkts der USA in Richtung Indopazifik. Die europäischen Verbündeten und Partner der Vereinigten Staaten müssen daher sowohl für Abschreckung und Verteidigung in Europa als auch für ein wirksames Krisenmanagement in Nordafrika und im Nahen Osten erheblich mehr beitragen."

Klartext: Deutschland soll massiv aufrüsten, Schienenwege und Straßen für den Transport von schwerem militärischen Gerät Richtung Osten ausbauen. Unser Land soll *"strategische Drehscheibe"* (ebd.) sein und sich selbst zum Kriegsschauplatz machen.

Die Kriegstreiber haben es aber nicht leicht. Mittlerweile entwickelt sich eine erfreuliche Gegenöffentlichkeit. Der Bundesbürger erweist sich als beeindruckend resistent gegen die andauernde rußlandfeindliche Hetze. Nur 32 Prozent sehen heute in Rußland eine Gefahr für den Weltfrieden. Im vorigen Jahr hatten noch 36 Prozent *"den Russen"* als bedrohlich empfunden. Interessant die Gefühlslage in Rußland. Dort ängstigten sich vor vier Jahren 40 Prozent vor

einem Weltkrieg. In diesem Jahr sind es bereits 62 Prozent.

Die Grundlagen für eine dem Frieden verpflichtete und gedeihliche Freundschaft zwischen beiden Völkern wären vorhanden.

Warum trägt die Tagesschau nicht dazu bei, Brücken dafür zu bauen?

Verkappte Meinungsterroristen

Was denn, die Deutschen wollen keinen Krieg, genauso wenig wie die Russen? Das geht gar nicht. Da besteht staatlicher Handlungsbedarf:

"... die Förderung der Widerstandsfähigkeit des Staates und der Gesellschaft gegen alle Formen hybrider Kriegsführung, einschließlich böswilliger Cyberaktivitäten und Desinformation ist die erste Abschreckungs- und Verteidigungslinie der NATO und eine Voraussetzung für die Fähigkeit der EU, erfolgreich zu handeln. Die zivilen und militärischen Behörden ... sollten ... einen gemeinsamen Ansatz zur Bekämpfung von Desinformation ... entwickeln ..."

Mit anderen Worten: Was Wahrheit und was Desinformation ist, bestimmt die Kommandantur. Das Internet soll nicht mehr frei nutzbar sein, sondern unter staatlicher Kontrolle, im Dienste militärischer Interessen stehen. Die staatlichen Hoheitsrechte werden um die Deutungshoheit über das politische und militärische Geschehen erweitert. Der Fachbegriff dafür: Zensur.

Ein Tagesschau-Interview. Erbärmlich liebedienerische Steilvorlage für den NATO-Fetischisten und Transatlantiker Wolfgang Ischinger:

Tagesschau: *"... zunehmend ist ja zu beobachten, daß - durch Falschinformationen aufgewiegelt - Gruppen aus dem Inneren einzelner Staaten Unruhe stiften und auch gewalt- und konfliktbereit sind."*

Ischinger: *"Wir müssen davon ausgehen, daß in der Tat Gefahren für unsere Sicherheit nicht mehr nur aus dem Lauf von Kanonen kommen, sondern aus Datenströmen. Die Bedrohung liegt dann in der Störung oder Manipulation von Datenflüssen, im Kappen von Informationswegen oder Streuen von Falschinformationen."*

Ach so. Für Manipulation und das Streuen von Falschinformationen ist ausschließlich die Regierung zuständig. Informationsfreiheit? Meinungsfreiheit? Freiheit der Rede und der Kunst? Der Hahn gehört zugekehrt.

Die "junge Welt", KenFM, RT deutsch oder der Schauspieler Jan Liefers, allesamt im Visier der Geheimpolizei (aka "Verfassungsschutz"), können schon ein Liedchen davon singen, was uns allen blüht. Der begnadete Kabarettist Uwe Steimle hat's erfaßt:

"Sie können selbstverständlich alles in diesem Land sagen, was Sie denken - Sie müssen nur das Richtige denken."

Das Autoren-Team: Friedhelm Klinkhammer, Jahrgang 1944, Jurist. 1975 bis 2008 Mitarbeiter des NDR, zeitweise Vorsitzender des NDR-Gesamtpersonalrats und des ver.di-Betriebsverbandes sowie Referent einer Funkhausdirektorin.

Volker Bräutigam, Jahrgang 1941, Redakteur. 1975 bis 1996 Mitarbeiter des NDR, zunächst in der Tagesschau, von 1992 an in der Kulturredaktion für N3. Danach Lehrauftrag an der Fudan-Universität in Taipeh.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 28. Mai 2021 folgender Bericht über die Partei "Die Grünen" (x1.014/...): >>**Denke ich an ein "Grünes" Deutschland in der Nacht ... dann werde ich um den Schlaf gebracht**

Ein Kommentar von Rainer Rupp

Vor allem der Albtraum von Annalena Baerbock als Bundeskanzlerin und Grünen Chef Robert Habeck als Außenminister schreckt viele Menschen in Angstschweiß gebadet auf. Denn die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen und die begleitenden Umfragen haben wegen verschiedener Koalitionsmöglichkeiten das grauenhafte Menetekel einer Kanzlerin Baerbock an die Wand geworfen.

Tatsächlich sollte der Erfolg der Grünen nicht überraschen, allerdings mit einer Einschränkung: Nicht weil sie so gut sind, sind sie so stark, sondern weil die anderen so grottenschlecht sind. Das trifft vor allem auf die anderen links blinkenden Parteien SPD und Linke zu. Angesichts des desolaten Zustandes dieser Parteien ist es den Grünen gelungen, insbesondere jungen Wählern einen unverbrauchten und modernen Eindruck zu vermitteln.

Laut Jens Berger auf den Nachdenkseiten sind "Die Grünen" mit hoher Wahrscheinlichkeit sogar:

"die modernste Partei in Deutschland. Inhalte wurden überwunden, es geht um Gefühle. Das wissen schlaue Politstrategen. Man kauft einen Joghurt schließlich auch nicht, weil er hochwertige Inhalte hat, sondern weil das Marketing einem das Gefühl vermittelt, sich mit diesem Produkt gesund zu ernähren oder gar die Welt zu retten."

In der Tat, politisch "modern" heißt heutzutage vorzugsweise Tugendhaftigkeit nach außen zu signalisieren und moralischer zu sein als alle anderen. Natürlich stehen dabei die eigenen grünen Moralvorstellungen unangefochten an oberster Stelle und sie werden den Anhängern mit sektenähnlichen Methoden als Gesetze mit universaler Gültigkeit verkauft. Das wiederum erklärt die Arroganz, mit der die Grünen Ober-Lehrer*Innen ihre eigenen Positionen vertreten. Das erklärt auch die aus Sektierer-Kreisen bekannte, erhöhte grüne Intoleranz gegenüber Andersdenkenden.

Diese Intoleranz wird z.B. besonders deutlich in der Frage zum angeblich vom Menschen gemachten Klimawandel und den damit begründeten grünen Verbotsorgien. Damit soll das Klima, das sich seit Jahrhunderttausenden auch ganz ohne menschliches Zutun in einem stetigen Wandel befindet, gerettet werden. Auch bei der Rechtfertigung angeblich humanitärer NATO-Kriege und gewaltsamer Regimewechsel springt die grüne Intoleranz ins Auge, ebenso bei der grünen Refugees-Welcome-Doktrin zur unbegrenzten Aufnahme von Flüchtlingen vor allem aus Ländern, deren Lebensgrundlage vom Wertewesten zuvor durch humanitäre Kriege oder gewaltsame Regimewechsel zerstört worden ist.

Um so erstaunlicher ist die überschwengliche Unterstützung, welche die Grüne Kanzlerkandidatin Baerbock nicht nur in vielen Öffentlich-Rechtlichen Medien, sondern auch in Printmedien von der BLÖD-Zeitungen über taz bis zur Süddeutschen erhält. Auch in den "sozialen" Netzwerken übertrüfen sich derzeit selbst-erklärte "irgendwie Linke" mit Lobeshymnen auf Baerbock, schreibt der bereits zitierte Jens Berger an anderer Stelle und fragt verwundert nach dem Grund.

Tatsächlich gibt es in Deutschland wohl wenig Politiker - gleich welchen Geschlechts, - die auf den Feldern der Außen- und Sicherheitspolitik derart aggressiv und anmaßend unterwegs sind wie Frau Annalena Baerbock. Das letzte Mal, als die Freude über einen grünen Kanzlerkandidaten so groß war, hieß der Auserwählte Joschka Fischer. Es endete mit Hartz IV, Rentenkürzungen, völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und humanitären Bomben auf die Zivilbevölkerung in Belgrad. *"Offenbar haben das Viele schon vergessen"*, so Jens Berger.

Die wahre Natur der als Pazifisten maskierten, olivgrünen Kriegstreiber hat sich gerade wieder in der Forderung von Habeck nach mehr modernen, deutschen Waffen für die fanatisierten anti-russischen Kampfgruppen in der Ukraine gezeigt. Aus welchen Gründen auch immer, Fakt ist: Solange es gegen Rußland geht, kooperieren sie auch mit Faschisten und Islamisten. Damit die Öffentlichkeit das nicht bemerkt, werden falsche Fährten gelegt oder der ukrainische Faschismus wird heruntergespielt oder unsichtbar gemacht, nach dem Motto, in der Ukraine gibt es keine Faschisten. Wenn es gegen Rußland und Präsident Putin geht, gibt es für die Grünen kein Halten. Offenbar wollen sie sogar ihre US- Kriegstreiber-Kollegen in Gestalt der neo-konservativen Republikaner und der liberalen Falken übertreffen.

Angeführt von Habeck war am Montag dieser Woche eine grüne Delegation in die Ukraine gereist. In Kiew hatte man sich mit dem Staatspräsidenten Selenski getroffen. Der hatte im

März dieses Jahres eine militärische Mobilisierung zur Rückeroberung der Krim und der anti-faschistischen, abtrünnigen Provinzen Donezk und Lugansk in der russisch sprechenden Ost-ukraine befohlen. Nur die rasche Konzentration und Kampfbereitschaft massiver und hochmobiler russischer Divisionen von über 100.000 Soldaten an der Südwestgrenze Rußlands schreckte die ukrainischen Abenteurer vor einem weiteren Blutbad in der Ost-Ukraine ab.

Die Frontlinie, die im Donbass die Ukraine von den abtrünnigen Provinzen trennt, hat der grüne Habeck auf ukrainischer Seite besucht. Dabei muß er auf Tuchfühlung mit den hauptsächlich dort eingesetzten rechtsradikalen und faschistischen Einheiten wie Asow gehabt haben. Deren täglicher Zeitvertreib besteht darin, die Bevölkerung in den Dörfern auf der gegenüberliegenden Seite mit gelegentlichen Schüssen und Granatfeuer zu terrorisieren.

Und ausgerechnet von dort sendet der selbsterklärte Pazifist Habeck die Forderung an die Bundesregierung in Berlin, das bisher in Deutschland geltende Waffenexportverbot in Konfliktregionen in den Papierkorb zu werfen und statt dessen der Ukraine moderne, tödliche Waffen zu liefern, natürlich nur zu Selbstverteidigung. Eine Wunschliste für solche angeblichen Defensivwaffen aus Deutschland haben die ukrainischen Abenteurer bereits präsentiert. Darauf findet man u.a auch unbemannte Mini-U-Boote der Typen "Sea Cat" und "Sea Fox". Damit können - defensiv - zwar Minen beseitigt, oder - offensiv - auch Sabotageakte und Kommando-Unternehmen durchgeführt werden.

Nach seiner Rückkehr aus der Ukraine war Habeck nach eigenem Bekenntnis überrascht über die starke Ablehnung seines außenpolitischen Vorstoßes an der Heimatfront. Kritik kam sogar aus den eigenen grünen Reihen. Das grüne Urgestein, der frühere Parteivorsitzende und Ex-Bundesminister Jürgen Trittin mahnte, daß es die Position der EU sei, den Konflikt politisch zu lösen.

Zugleich sollte hier darauf hingewiesen werden, daß die Außenminister der G7-Staaten in der Abschlusserklärung ihres Treffens am 5. Mai zur Ukraine betont haben:

"Wir unterstreichen unsere fortgesetzte Unterstützung für die Bemühungen Frankreichs und Deutschlands im Rahmen des Normandie-Prozesses, die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen als diplomatischen Weg für eine politische Lösung des Konflikts und für einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten."

Will Habeck mit seiner Forderung nach mehr Waffen für die fanatischen Russenhasser in der Ukraine den diplomatischen Lösungsansatz des Konfliktes hintertreiben?

Auch die selbsterklärte große Völkerrechtlerin Baerbock konnte es sich nicht verkneifen, Habeck zurechtzurücken. Ursprünglich schien sie allerdings nicht zu wissen, worum es geht, wie die SZ berichtet:

"Auf die Frage der Moderatorin Sandra Maischberger zu Habecks ursprünglicher Forderung nach Waffenlieferungen erklärte die designierte Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock zunächst: "Hat er so nicht gesagt." Dann führte sie aus, Habeck habe eine Unterstützung der OSZE-Mission in der Ukraine verlangt und dies am Mittwochmorgen im Deutschlandfunk auch präzisiert. "Robert Habeck hat heute Morgen ja genau klargestellt, daß es nicht um Defensivwaffen geht, sondern - wie wir auch schon vor kurzem deutlich gemacht haben - um Munitionsräumung, um die Bergung von verwundeten Personen, Zivilisten, mit gepanzerten Fahrzeugen und auch um die Frage der Unterstützung der OSZE-Mission."

Erst später bekräftigte Annalena, daß das Grüne Parteiprogramm Waffenlieferungen in Kriegsgebiete ablehnt.

Aber was im Wahlprogramm steht kann natürlich schnell geändert werden, wenn die Grünen erst mal wieder an der Macht sind. Im Programm, das Joschka Fischer an die Macht gebracht hatte, hatte auch nichts von einer Grünen Beteiligung am völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien gestanden.

Allerdings hatte Frau Baerbock sicherlich recht, als sie in einem denkwürdigen NDR-

Interview gemeinsam mit Robert Habeck am 23. November 2020 ihren Zuschauern erklärte, daß ihr Parteifreund Robert mehr von Schweinezucht, Hühnern und Kühe melken versteht als von Außenpolitik. Dazu sei sie als Völkerrechtlerin doch weitaus besser profiliert. ...

Allerdings sieht es ganz danach aus, daß Frau Baerbock die Koketterie mit ihrem akademischen Titel einer "Völkerrechtlerin" jetzt auf die Füße fällt. Immer mehr Experten, die zu einem qualifizierten Urteil über die rechtmäßige Führung von akademischen Titeln befähigt sind, werfen der Annalena Etikettenschwindel vor.

In Hamburg hatte sie Politische Wissenschaft auf Diplom mit Nebenfach Öffentliches Recht/Europarecht studiert und mit einer Zwischenprüfung, - also ohne Diplom oder Bachelor -, abgeschlossen. Einer der beiden Abschlüsse ist normalerweise die Voraussetzung für die Aufnahme an der Londoner Hochschule LSE zum Master-Studium. Dafür aber fehlten Baerbock die formalen Zugangsvoraussetzungen.

Irgendwie ist es Frau Baerbock dennoch gelungen, - nichts Genaues weiß man nicht - zum einjährigen LSE-Masterstudium in London zugelassen zu werden. Die Studiengebühren dafür betragen 12.000 britische Pfund. Deutschen Rechtsexperten zufolge ist ihr LSE-Abschluß mit "Master of Law LL.M." nicht mit einem deutschen Jurastudium, bzw. mit der Bezeichnung Völkerrechtlerin vereinbar. ...

Wie auch immer; an der Londoner LSE-Kaderschmiede des Neo-Liberalismus hat Frau Baerbock ganz bestimmt nicht viel über geltendes Völkerrecht und die von der UNO-Charta gebotene Friedenspflicht zwischen Nationen gelernt. Vielmehr fügte sie sich paßgenau in die aggressive Front der neo-konservativen und liberalen US-Kriegstreiber ein.

Welch Geistes Kind Frau Baerbock tatsächlich ist und wie sie ihr geschichtliches Unwissen und ihre Dummheit wie eine Trophäe stolz vor sich herträgt, wird aus einem Video ersichtlich, das sie Anfang Mai dieses Jahres bei einem Onlinetreffen zeigt, das von der US-amerikanischen Denkfabrik "Atlantic Council" veranstaltet wurde. Es lohnt sich, den Teil der Rede Baerbocks zu analysieren, in dem sie ihre Motivation für ihren Einsatz für ein "*friedliches Europa*" darstellt ... Sie spricht Englisch mit starkem Akzent und die nachfolgende Übersetzung ihrer Rede hat sie selbst formuliert.

"Ich komme aus einer Region um Berlin. Sie wird Brandenburg genannt. Das war Ostdeutschland. Sie hat eine direkte Grenze über den Fluß Oder zu Polen. Und mein Großvater kämpfte dort im Winter 1945 an diesem Fluß, an dieser Grenze.

Ich stand 2004 auf dieser Brücke, die offensichtlich wiederaufgebaut wurde, zwischen Polen und Deutschland, als der Außenminister Joschka Fischer und sein polnischer Amtskollege erneut die Wiedervereinigung Europas feierten.

Das war wirklich der Moment, als ich dachte: 'Wow, wir stehen nicht nur auf den Schultern von Joschka Fischer, sondern auch auf denen unserer Großeltern, die es möglich machten, daß Länder, die Feinde waren, erneut nicht nur in Frieden, sondern auch in Freundschaft zusammen sind'.

Dies ist der Platz, wo ich stehe in meinem Kampf für ein Europa, das in Freundschaft und einen gemeinsamen, integrierten Markt lebt."

In ihrer Rede bezieht sich Baerbock auf die Grenze zwischen den Städten Frankfurt/Oder und Słubice (Polen). Die Rote Armee hatte dort am 16. April 1945 den Angriff auf Frankfurt/Oder begonnen. Das war der Beginn der Schlacht um die Seelower Höhen. Und ihr zum Redebeginn erwähnter Großvater hat demnach an dieser Brücke gegen die anstürmenden bösen Russen gekämpft.

Demnach muß Baerbock 2004, als sie an dieser Brücke stand, gedacht haben, "*Wow, bei der Wiedervereinigung Europas stehe ich nicht nur auf den Schultern von Joschka Fischer, sondern auch auf den Schultern meines Wehrmacht-Opas im Kampf gegen die russischen Invasoren*". Das scheint in einem Satz zusammengefaßt das politische Geschichtsverständnis der

grünen "Völkerrechtlerin" wiederzugeben. ...

Insgesamt hat der bereits eingangs zitierte Jens Berger die Person Baerbock treffend charakterisiert, wenn er sie wie folgt beschreibt:

"Auf dem politischen Feld der Außen- und Sicherheitspolitik ist Baerbock eine neue kalte Kriegerin, wie es sie in der politischen Landschaft Deutschlands selten gibt. Ein paar Beispiele:

Erst kürzlich bekannte Baerbock in einem Interview mit dem ZDF, Deutschland brauche "dringend eine klare außenpolitische Haltung gegenüber dem russischen Regime" (sic!) und forderte abermals "schärfere Sanktionen" gegen das "System Putin".

Baerbock fordert schon lange einen sofortigen Baustopp der Pipeline Nord Stream 2. Vor allem die Begründung hat es in sich: Die Pipeline laufe - so Baerbock - "den geostrategischen Interessen der EU" zuwider, "destabilisiere die Ukraine" und "konterkariere den klaren Rußlandkurs auf EU-Ebene". Victoria ("Fuck the EU") Nuland wäre stolz auf die grüne Kandidatin.

Baerbock tritt klar für höhere Ausgaben für Rüstung und Bundeswehr ein und befürwortet zusätzliche Auslandseinsätze. "Wir dürfen uns nicht wegducken", so Baerbocks sicherheitspolitisches Mantra. "Wenn der Westen Ländern wie China, Rußland oder der Türkei nicht das Feld überlassen will", müsse "Europa seine Friedensrolle in der Welt ernster nehmen".

Dem neuen US-Präsidenten Biden will Baerbock dann auch "ein ambitioniertes Angebot für eine erneute transatlantische Agenda unterbreiten".

Das sind genau die bellizistischen Töne, mit denen die Grünen sich bereits seit Langem von ihrer früheren Friedenspolitik verabschiedet haben. Die Grüne Pfarrerstochter Göring-Eckardt war wenigstens ehrlich. Als sie für Bundeswehreinätze notfalls auch ohne UN-Mandat plädierte, argumentierte sie *"Wir waren noch nie eine pazifistische Partei"*.

Ob Etikettenschwindel mit akademischem Grad oder Fake-Pazifismus, bei den Grünen ist Doppelmoral und Scheinheiligkeit Teil ihrer politischen DNA. Das neue Online Magazin "Der Pionier" hat Freitag letzter Woche dazu einige schöne Beispiele gebracht.

So hatte die Kanzlerkandidatin Baerbock doch glatt vergessen, der Bundestagsverwaltung ihre Sondereinkünfte in Höhe von 25.220 Euro zu melden. Das ist allerdings ein entschuldbares Versehen, dann auf den Kontoauszügen können auch grüne Spitzenpolitiker solch kleine Beträge leicht übersehen. Viel interessanter ist, woher und warum ein Teil dieser Beträge gezahlt wurde.

Bei den Sondereinkünften, die der Bundestagsverwaltung gemeldet werden müssen, geht es um Gelder, die Frau Baerbock zusätzlich zu den Diäten als Bundestagsabgeordnete und zusätzlich als Parteichefin aus dem Personaletat der Grünen erhalten hat. Die Summe wurde jetzt nachgemeldet und setzt sich wie folgt zusammen:

2018 erhielt sie 6.788,60 Euro, die als Weihnachtsgeld deklariert waren.

Nach dem erfolgreichen Europawahlkampf 2019 sind ihr zu Weihnachten 9.295,97 Euro gezahlt worden, zum Teil als Erfolgsprämie.

Im Folgejahr 2020 gab es 7.635,71 Euro als Weihnachtsgeld und eine Corona-Sonderzahlung von 1.500 Euro.

Hier horcht man auf. Frau Baerbock hat sich von der Partei Geldprämien für errungene Wahlerfolge auszahlen lassen, Erfolge, die die Partei hauptsächlich ihrem Fußvolk zu verdanken hat. Soweit bekannt gibt es so was bei den anderen Parteien nicht.

Auch der ehemalige Bundesvorsitzende der Partei, Cem Özdemir, hat bei der Meldung von Sondereinkünften unter Vergeßlichkeit gelitten. Als es eng wurde, hat er Sonderzahlungen aus den Jahren 2014 bis 2017 in Höhe von insgesamt 20.580,11 Euro bei der Bundestagsverwaltung nachgemeldet. Bei diesen Geldern handelte es sich den Angaben zufolge um Weihnachtsgeld der Partei an Özdemir. - Die Partei gibt's den Ihren im Schlaf.

Diese Fälle der Grünen sind allerdings keine Korruptionsfälle und sie lassen sich auch von den Geldsummen her nicht mit den neuen, jüngst aufgedeckten Fällen von CDU/CSU und SPD Mitgliedern des Bundestags vergleichen. Aber ein Geschmäcke bleibt, vor allem wenn die Grünen an andere höchste moralische Ansprüche anlegen. Da darf man sich nicht wundern, wenn andere zweimal hinsehen, wenn man ihnen Inlandsflüge verbieten, den Fleischkonsum und Energieverbrauch verteuern und das Schnellfahren auf den Autobahnen abgewöhnen will.

Franz Untersteller, bis vor wenigen Wochen noch grüner Umweltminister in Baden-Württemberg, fiel so seiner eigenen Doppelmoral zum Opfer. Während seiner Amtszeit setzte er sich als Befürworter eines generellen Tempolimits von 130 Kilometern pro Stunde in Pose. Doch hinterm eigenen Steuer entpuppte er sich als Raser. Im November vergangenen Jahres wurde er mit 177 auf dem Tacho von der Polizei erwischt - erlaubt waren nur 120 Kilometer pro Stunde. Untersteller rechtfertigte sich mit dem denkwürdigen Satz: *"Ich hatte es eilig"*.

Auch bei den Flugreisen leben die Grünen im Widerspruch zu ihren eigenen Ansprüchen. Zur Halbzeit der laufenden Legislaturperiode, das war im August 2019, fand die BILD-Zeitung heraus, daß ausgerechnet Abgeordnete der Grünen die Vielflieger unter den Parlamentariern waren. Zwischen Herbst 2017 und Ende 2018 lagen die Einzelreisen der Grünen pro Person im Schnitt fast 60 Prozent über dem Durchschnitt aller anderen Fraktionen.

Aber zum Ende dieser Tagesdosis gibt es auch noch eine gute Nachricht. Laut der INSA-Sonntagsumfrage vom 25. Mai zur Bundestagswahl ist die Zustimmung zur CDU/CSU auf 26 Prozent gestiegen und die der "Grünen" auf 22 Prozent gefallen. Damit ist die Gefahr einer Baerbock-Kanzlerin zwar noch nicht gänzlich gebannt und mehr muß zur Aufklärung getan werden, aber die Entwicklung geht in die richtige Richtung.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 28. August 2021 (x1.000/...): >>>Die Ursprünge der Klimapolitik – Ein Konglomerat aus Macht und Manipulation

Die Forderungen nach einer schärferen Klimapolitik werden immer lauter. Doch entspringt die Sorge unserer Politiker um das Klima tatsächlich der Sorge um unseren Planeten? ...

Bei Umweltkatastrophen, wie z.B. den massiven Überschwemmungen in Deutschland wird regelmäßig die Forderung nach einer schärferen Klimapolitik immer lauter. Ob die Sorge unserer Politiker um das Klima jedoch wirklich der Sorge um unseren Planeten entspringt, ist kritisch zu hinterfragen. Denn wenn man sich mit den Ursprüngen der Klimabewegung befaßt, ergibt sich bei genauem Hinsehen ein ganz anderes Bild.

Kla.TV hat deshalb recherchiert, was es mit der lautstark propagierten Klimapolitik auf sich hat und wer vor allem ein derart großes Interesse daran hat, daß die drastischen Klimaziele umgesetzt werden. Begonnen hat alles im Jahr 1909, als der britische Goldminen-Magnat Cecil Rhodes, Lord Milner und ein exklusiver Kreis der vermutlich einflußreichsten britischen Intellektuellen den "Round Table" gründeten.

Ihr Ziel war es, die britische Vormachtstellung über die Welt wiederherzustellen bzw. zu erhalten. Den Mitgliedern war dabei sehr bewußt, daß sie nur dann entscheidenden Einfluß auf Politik und Wirtschaft nehmen könnten, wenn sie Presse-, Propaganda- und Bildungsstellen unter ihre Kontrolle bringen würden. Deshalb befand sich auch der Chefredakteur der Londoner Zeitung "Times", Geoffrey Dawson, nicht zufällig unter den Gründungsmitgliedern.

Elf Jahre später, im Jahr 1920, gründeten die Mitglieder des Round-Table weitere Organisationen: die britische Denkfabrik RIIA (Royal Institute of International Affairs) - auch bekannt unter dem Namen Chatham House – sowie dessen New Yorker Schwesterorganisation, den Council on Foreign Relations, kurz CFR. Unter der Leitung dieser Denkfabriken sollte das Ziel verfolgt werden, eine "englischsprachige Weltregierung" durchzusetzen.

Bis heute gehört Chatham House zu den weltweit führenden Denkfabriken, das eng verknüpft

ist mit der Finanzelite und dem World Economic Forum. So hatte der derzeitige Direktor von Chatham House, Robin Niblett, ebenso eine führende Aufgabe beim WEF. Auch zählen inzwischen sämtliche großen Weltkonzerne zu dessen Mitgliedern.

Nachfolgend eine kleine Auswahl: Nachrichtenagenturen und Medienkonzerne wie BBC und Thomson Reuters, die weltgrößten Rohstoffabbaukonzerne, Erdölunternehmen, Rüstungskonzerne, Versicherungskonzerne, Chemie- und Pharmakonzerne wie BASF und GlaxoSmithKline, die weltgrößten Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie Mobilfunk- und Internetkonzerne wie Vodafone und Google.

Darüber hinaus gehören natürlich auch Konzerne und Einrichtungen aus dem Finanzsektor zu dessen Mitgliedern: Investment- und Großbanken wie Goldman Sachs, die Deutsche Bank, die italienische Zentralbank, die Weltbank sowie die City of London. Geldgeber sind u.a. die Rockefeller-Stiftung, die Bill & Melinda Gates Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die NATO und die EU, außerdem noch George Soros und der Investmentbanker Sir Evelyn von Rothschild.

Letzterer, Sir Evelyn von Rothschild, war nicht nur Finanzberater von Königin Elizabeth II. Er ist auch Herausgeber des Londoner Wirtschafts magazins "The Economist" sowie der Zeitung "The Daily Telegraph" und unterhält eine Partnerschaft mit der führenden Londoner Wirtschaftszeitung "Financial Times" - das sind drei der einflußreichsten britischen Medien.

Die Mitglieder dieser elitären Denkfabriken haben es sich zur Aufgabe gemacht, sich auf internationaler Ebene mit aktuellen Fragen und Analysen des politischen Zeitgeschehens zu befassen. Die Lösungsempfehlungen, die sie dabei erstellen, werden durch die international tätigen Mitglieder weltweit gezielt verbreitet.

Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, wie über Jahrzehnte hinweg ein riesiges Konglomerat an Macht, Einflußnahme und Manipulation etabliert wurde, womit wir bei den Urhebern der Klimaproblematik angekommen sind. Bezeichnenderweise konzentriert sich Chatham House seit über 20 Jahren vornehmlich auf die Werbung für radikale globale Klimaschutzmaßnahmen.

Begonnen hatte es damit, daß der inzwischen verstorbene Baron Edmond de Rothschild gemeinsam mit David Rockefeller und dem US-amerikanischen "Öl-Gigant" Maurice Strong im Jahr 1987 beim 4. World-Wilderness-Kongress erstmals die Behauptung in die Welt gesetzt hat, CO₂ verursache eine menschengemachte Erderwärmung, – das sogenannte "Global Warming".

Seitdem war Chatham House Sponsor von mindestens 70 Großveranstaltungen zu diesem Thema, wodurch der Klimaschutz weltweit immer mehr in den Fokus gerückt wurde. Da die Mitglieder bzw. Sponsoren von Chatham House zugleich auch Inhaber der größten Medienketten sind, können sie, wie durch deren Gründungsherren beabsichtigt, mit Leichtigkeit ihre Agenda in die Öffentlichkeit transportieren. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Wirtschaftszeitung "Economist", die Zeitung der Rothschilds. Sie gehört zu den vehementesten Verfechtern der menschengemachten Erderwärmung.

Äußerst verwunderlich dabei ist, daß gerade die Kreise, die am meisten für die globale Umweltverschmutzung verantwortlich sind – wie etwa Öl-, Chemie-, Rohstoff- und Rüstungskonzerne – am vehementesten den Umwelt- bzw. Klimaschutz fordern. Werden nicht gerade die Rohstoffe wie Öl und Kohle als Hauptschuldige für den Klimawandel angeführt? Hinzu kommt, daß die Rüstungsindustrie für Atombombentests verantwortlich ist, welche nachweislich einen verändernden Einfluß auf unser Klima haben.

Daher könnten hinter dieser regelrechten Klimahysterie ganz andere Motive stecken, als einzig und allein die Sorge um die Zukunft unseres Planeten. Wie in der Sendung "Klimaschutz – das neue Gesicht der Eugenik" (www.kla.tv.18219) aufgezeigt wurde, ist in den Nachkriegsjahren der diskreditierte Begriff der Eugenik durch "Umweltschutz" bzw. "Ökologie" ersetzt

worden. Ziel der führenden Eugeniker war dabei, unter dem Deckmantel des Naturschutzes die Umwelt vor der "Pest" Menschheit zu schützen und das Bevölkerungswachstum "in Schach zu halten", also die Bevölkerung zu reduzieren.

Da durch die gegenwärtige Klimapolitik der technische Fortschritt und der damit verbundene Wohlstand gesenkt wird, würde dadurch genau dieses Ziel erreicht werden. Denn seit vielen Jahren wird genau von jenen Kreisen propagiert, daß die anwachsende Weltbevölkerung eine Belastung für die Ressourcen der Erde sei.

Einen weiteren äußerst interessanten Aspekt der Klimaagenda beleuchtete der Wirtschafts- und Finanzexperte Dirk Müller in der Sendung "One World - Darum ist den Eliten das Klima plötzlich so wichtig!" (www.kla.tv/15173) In dieser legte er überzeugend dar, daß es zur Durchsetzung einer globalen EINE-Welherrschaft unabdingbar ist, daß alle Völker einen gemeinsamen Gegner und damit ein gemeinsames Ziel haben, mit dem sich jeder identifizieren kann. Diese Bedrohung ist das ganze Umweltthema, insbesondere der Klimawandel, gegen den es gemeinsam vorzugehen gilt.

Unter diesem Deckmantel ist es möglich, persönliche und nationale Interessen aufzulösen, die Völker zu einen und eine wahre Klimadiktatur aufzurichten. Ebenso können die Freiheiten jedes Menschen drastisch eingeschränkt und reglementiert werden, bis hin zu einer planmäßigen Bevölkerungsreduktion. So wissenschaftlich und überzeugend all die angeblichen Fakten über den menschengemachten Klimawandel auch dargelegt werden, ist es existentiell, daß möglichst viele Menschen die Hintergründe und Ursprünge der globalen Klimaagenda durchschauen.

Nur wer die wahren Wurzeln kennt bzw. diejenigen, die uns ihre Thesen verkaufen wollen, kann all die von Politik, Medien und Wissenschaft vorgebrachten Begründungen richtig einordnen. Denn ganz offensichtlich handelt es sich hier um die Agenda einer kleinen Elite, die nach wie vor die Manipulation über die Medien beherrscht und die Menschheit nach ihren eigenen Vorstellungen und Zielen manipuliert und steuert.<<

Manuela Niblock berichtete am 2. September 2021 über die "Grünen" (x1.023/...): >>**Die Entzauberung der Grünen**

Ein Blick hinter die Fassade der angeblichen Natur-, Tier- und Umweltschutzpartei

Ein Gastbeitrag von *Manuela Niblock*

Fragt man die Durchschnittsbürger auf der Straße was sie mit den Grünen verbinden, lautet gerade bei den Jüngeren die Antwort oft: "Das ist doch die Umwelpartei" oder "Die setzen sich doch für Klima- und Tierschutz ein". Derlei Antworten sind aber keine Überraschung, denn genau so werden die Grünen schon seit Jahren von den Medien vermarktet.

Kein Wunder, da die deutschen Medienschaffenden ja bekanntlich, so haben es zumindest repräsentative Umfragen ergeben, in überwältigender Mehrheit links-grün ticken.

Schaut man aber mal hinter die Fassade und nimmt das Handeln der Grünen genauer unter die Lupe, stellt man ganz schnell fest, daß sich die Grünen in allererster Linie für sich selbst und einzig für ihre eigene Ideologie einsetzen, dem Ökosozialismus und der Umerziehung der Bevölkerung. Weg von Freiheit, Demokratie, Vielfalt und Toleranz, hin zu Ökodiktatur, Gleichheitswahn und diktatorischer Verbotspolitik.

"Nein, die Grünen fordern doch immer am lautesten Toleranz und Vielfalt", werden nun einige denken und ja, das stimmt, nur meinen die Grünen damit etwas ganz anderes als die meisten Bürger, denn Toleranz haben die Grünen und ihre Anhänger nämlich meist nur für links-grüne Meinungen. Alle anderen Meinungen würden sie am liebsten verbieten, was man durch Diffamierung, Ausgrenzung und Beleidigung gegen die Opposition im Bundestag und auch sonst gegen alle sich kritisch äußernde Menschen oder kritische Seiten in den sozialen Medien täglich beobachten kann.

Anstatt sich mit kritischen Meinungen sachlich auseinanderzusetzen und diese inhaltlich zu

diskutieren, wird nur noch geschaut womit man das Gegenüber diffamieren kann. Dabei sind abwertende und diskreditierende Begrifflichkeiten wie "Rechtspopulist", "Aluhut", "Rechtsradikal" etc. an der Tagesordnung und wenn das nicht reicht, wird noch die "Nazikeule" ausgepackt oder eine Nähe zur Holocaustleugnung konstruiert. Hauptsache, man muß sich nicht mit den Argumenten der anderen auseinandersetzen, weil dann könnte ja die eigene Unwissenheit zutage kommen oder man müßte gar feststellen, daß das Gegenüber einfach recht hat. Nein, das ginge ja gar nicht. ...

Gleiches gilt übrigens für die vielen "-ophobs" (homophob, xenophob, islamophob etc.), durch die, anstatt eine sachliche Diskussion zu führen, jeder kritischen Stimme einfach eine psychische Störung (Phobie) attestiert wird. Und schon hat man sie mundtot gemacht, denn wer möchte schon gern als psychisch krank hingestellt werden? Also hält man lieber besser gleich die Klappe und äußert sich nur noch hinter vorgehaltener Hand und im Freundeskreis, wobei auch dort immer mehr Leute vorsichtig sind mit dem was sie sagen. ...

Umfragen haben genau dies übrigens schon 2019 und noch einmal ganz aktuell im Juni 2021 klar und deutlich bestätigt. Interessant und bezeichnend dabei ist, daß einzig die Anhänger der Grünen (mit 62 %) meinen, daß sie sich nicht in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt fühlen, während die Anhänger aller! anderen Parteien (zwischen 46-62 %) ganz klar der Meinung sind, man müsse wenn man seine Meinung offen sagt mehr und mehr vorsichtig sein.

Was "Vielfalt" betrifft, so verstehen die Grünen darunter eben nicht die Unterschiedlichkeit der Menschen in ihrer Lebensweise, Ernährungsgewohnheiten, politischen Ausrichtung, Fahrzeugwahl, Wohnform, Meinungen usw., sondern Vielfalt zählt bei den Grünen nur, wenn es darum geht so viele Menschen aus so vielen, vornehmlich islamisch geprägten, Ländern wie möglich unkontrolliert ins Land zu lassen, damit das Deutschland, so wie die meisten von uns es kennen und in dem man wirklich gut und gerne leben konnte, so bald wie möglich nicht mehr wiederzuerkennen ist.

In immer mehr Stadtteilen verschiedener Großstädte ist dies leider schon jetzt der Fall. ... Wundern sollte auch das nicht, denn mit Deutschland und Vaterlandsliebe konnte so mancher Ober-Grüner ja, laut eigener Aussage, sowieso noch nie wirklich etwas anfangen und Parolen wie "Deutschland verrecke" wurden schon vor vielen Jahren auf Demos des schwarzen Blocks, an denen auch namhafte Grüne in vorderer Front teilnahmen, lautstark skandiert.

Auf der anderen Seite hatten / haben sie aber keine Scham, sich mit Steuergeldern des ach so verhaßten Deutschlands über viele Jahre hinweg alimentieren zu lassen. Nebenbei bemerkt, auch mit dem Steuergeld der verhaßten AfD-Wähler, "Aluhutträger", Nazis usw. was in diesem Fall aber anscheinend kein Problem darstellt.

"Das Land der Dichter und Denker", hieß es früher immer wenn von Deutschland die Rede war, denn der Deutsche galt überall als fleißig, strebsam, erfinderisch, sowie als wissenschaftlich und literarisch kluger Kopf und unser Land verfügte über ein ausgezeichnetes Ausbildungssystem, durch das der deutsche Facharbeiter quer über den Globus heiß begehrt war. Lang, lang ist es her ...

Davon ist inzwischen nicht mehr viel übrig, seit die 68er mit ihrem Sozialismus-Gedanken den angekündigten Marsch durch alle Institutionen mehr und mehr vollzogen haben. Immer weiter herabgesetzte Bildungspläne, damit selbst der Dummste und Faulste auch noch irgendwie durchs Abi kommt und eine freie Schulwahl, damit auch der lernschwache Malte-Torben, der früher maximal eine Hauptschulempfehlung bekam, aufs Gymnasium gehen kann und Mama dadurch im Kurs "Veganes Kochen für Fortgeschrittene" nicht schlechter da steht als die Mütter mit lernfähigeren Kindern.

Mit allen Mitteln soll also gleich gemacht werden, was einfach nicht gleich ist und nie gleich sein wird, zu Lasten der Kinder die eigentlich viel mehr könnten als man sie tun läßt und auch zu Lasten der Kinder, die gesonderte und gezielte Förderung und Aufmerksamkeit bräuchten.

Aber nun zum Thema Natur-, Klima-, Tier- und Umweltschutz, denn auch da verfolgen die Grünen ihre ganz eigene Agenda, denn schaut man sich das Handeln in Einzelheiten an, merkt man, daß das mit Umwelt- und Naturschutz meist gar nicht viel zu tun hat, sondern vornehmlich ideologische Gründe hat.

Die Natur interessiert die Grünen immer nur dann, wenn sich daraus Vehikel zur Durchsetzung ihrer Sozialismus-Ideologie ergeben.

Oder wie will man aus Naturschutzsicht erklären, daß man sich, als wegen dem Bau von Stuttgart 21 einige Bäume gefällt werden sollten, Sorgen um den in diesen Bäumen lebenden Juchtenkäfer machte, aber auf der anderen Seite uralte Waldflächen, die Lebensraum für unzählige Tierarten bilden und ein wichtiger Bestandteil für unser Klima sind, abgeholzt wurden bzw. werden sollen, um dort gewaltige Windräder hinzustellen, die nicht nur die schöne Landschaft verschandeln, sondern unserer Natur große Schäden zufügen.

Solch gigantische Windräder benötigen nämlich gewaltige Fundamente, die über große Flächen hinweg den Boden versiegeln. Pro Windrad, versteht sich!

Boden in den bei starkem Regen das Wasser verteilt auf großer Fläche langsam einsickern konnte. Dieses Wasser muß nach dem Bau dann aber woanders hin fließen, also sollte man sich dann nicht wundern, wenn durch den Bau von immer mehr Windrädern die Gefahr von Hochwassern vielerorts steigen wird. Irgendwo muß das Wasser ja schließlich hin, wenn es auf natürliche Weise nicht mehr ausreichend auf unbebauter Fläche absickern kann. ...

Davon will man dann aber sicher nichts wissen und an kommenden Hochwassern ist dann sicher wieder nicht das Politikversagen schuld sondern der Klimawandel. ...

Zu jedem Bau eines so gewaltigen Windrades kommen dann ja auch noch die Schneisen in Autobahnbreite dazu, die quer durch den Wald geschlagen und die befestigten Straßen, die gebaut werden müssen, damit die Baumaschinen und Schwertransporte, die gebraucht werden um die riesigen Rotorblätter und alle anderen Bestandteile dieser Monster-Propeller zum zukünftigen Standort zu transportieren, zu den Bauplätzen fahren können. Dies ebenfalls pro Windrad!!

Unsere letzten nicht zersiedelten Waldgebiete werden dadurch unwiederbringlich zerstört.

Die problematische Entsorgung wesentlicher Teile von Windrädern ist auch ein Punkt, der nicht unter den Tisch gekehrt werden sollte. ...

Die Abholzung von uralten Waldflächen und die Versiegelung von Böden sind aber nicht die einzigen Eingriffe in den Lebensraum vieler Tiere die durch Windräder verursacht werden, denn Jahr für Jahr werden unschätzbare (die genaue Zahl ist offen, da nicht alle geschlagenen Tiere gefunden und gemeldet werden und nicht wenige Tierkörper über Nacht auch vom Raubwild und Greifvögeln weggeschleppt / gefressen werden) Mengen von Vögeln, Fledermäusen sowie Insekten durch Windräder getötet, darunter auch seltene Vögel wie Milane, Bussarde und sogar Störche. Von der Lärmbelästigung der Anwohner gar nicht erst zu reden.

...

Zum Thema Insektensterben sollte nicht unerwähnt bleiben, daß es die Grünen waren, die sich für Biosprit etc. stark gemacht und somit auch die Entstehung von Mais- und Raps-Monokulturen gefördert haben. ...

Ebenfalls anmerken sollte man, daß die alte und neue baden-württembergische Landesregierung, bestehend aus Grüne und CDU, ein zweites Stuttgart 21 plant, nämlich den (laut Koalitionsvertrag) Ausbau der Gäubahn zwischen Stuttgart und Singen mit dem langen Gäubahntunnel zum Flughafen, was nichts anderes bedeuten soll als den Abbruch des attraktivsten Teil der weltberühmten Panorama-Bahnstrecke.

Im rot-grün regierten Berlin sieht man übrigens auch sehr gut, daß die Grünen es mit dem Baumschutz nicht so haben, wenn er ideologisch nicht irgendwie für sie nutzbar ist. Berlin verliert nämlich pro Jahr rund 1.000 Straßenbäume, dabei wären diese so wichtig fürs Klima

und gegen Überhitzung.

Auch wenn es um unser heimisches Wild geht, zeigen sich die Grünen schon seit Jahren nicht gerade als Tierfreunde, denn schon 2016 forderte ein bayerischer Grünenpolitiker in Bezug auf Baumschäden durch Verbiß: "Es darf nicht sein, daß der Freistaat jedes Jahr viel Geld ausgeben muß, nur weil die Jäger nicht genug Wild schießen."

Wer nun denkt derartige Äußerungen können im Einzelfall ja mal vorkommen dem muß man sagen, daß Ludwig Hartmann, Fraktionschef der Grünen im Bayerischen Landtag mit Äußerungen wie "Solange wir die Schalenwildbestände nicht nachhaltig senken, sind auch flächige Neuaufforstungen wie Markus Söders 30-Millionen-Bäume-Programm letztlich nur eine neue Form der Ganzjahresfütterung für Rehe" im August 2019 ebenfalls das Rehwild zum Schädling degradierte.

So forderte er unter anderem die Abschußquoten zu erhöhen und mehr revierübergreifende Drückjagden (bedeutet, daß das Wild mittels Treibern und Hunden stark beunruhigt und dadurch aus seinen Einständen heraus vor die Büchse der Jäger getrieben wird), denn für ihn gilt anscheinend ganz klar Wald vor Wild.

Der Gedanke an Lobbyismus überkommt einen dabei eigentlich ganz automatisch. ...

Die Grünen haben also schon vor Jahren gefordert und fordern heute umso mehr, daß Jäger mehr schießen sollen als sie eigentlich schießen würden und für den Erhalt einer ausgeglichenen Wildpopulation nötig wäre. Sie werden auf der anderen Seite aber nicht müde gegen die Jagd zu wettern und die Jägerschaft als schießwütigen Haufen darzustellen, der auf alles ballert was sich auch nur bewegt.

Ständig zaubern sie neue Vorschläge zur weiteren Verschärfung des Waffenrechts aus dem Hut unter dem Deckmantel der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung, dabei weiß jeder der auch nur ansatzweise zu logischem Denken fähig ist, daß Verbrecher oder gar Terroristen ganz andere Wege nutzen um an Waffen zu kommen.

Dies ist nur ein kleiner Blick hinter die Fassade der Grünen. Schaut man ein wenig tiefer, findet man noch viel, viel mehr Argumente, warum man als Natur-, Tier- und Umweltfreund auf gar keinen Fall die Grünen wählen sollte.

Jedem sollte auch klar sein, daß solche Aufreger wie Gendersprache, Unisex-Toiletten, sexuelle Vielfalt etc. die durch die Grünen in den Fokus gerückt und von den gründurchzogenen Medien wie Säue durchs Dorf getrieben werden, nichts weiter sind als Ablenkungsmanöver, damit der Fokus auf diesen Themen liegt und nicht auf dem wahren Ziel der Grünen, dem vollständigen Systemwechsel hin zum Ökosozialismus. ...<<

Der Chefredakteur Jürgen Elsässer schrieb im deutschen Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2021 im November 2021: >>**Sie hassen uns, sie verachten uns**

Preisfrage: Wer findet, daß wir in einer "eklig weißen Mehrheitsgesellschaft" leben? Und wer spricht so: "Ich werde dich finden und anspucken, dann aufhängen, mit einem Messer anstupfen und bluten lassen"? Oder so: "Ich werde mir irgendwann einen Besen nehmen und alle weißen Menschen aus Afrika rauskehren"?

Das Herzchen, das früher solche Tweets absetzte, heißt Sarah-Lee Heinrich und wurde gerade mit einem Honecker-Ergebnis (93,8 Prozent) zur Bundesvorsitzenden der Grünen Jugend gewählt. Die 20-jährige Deutsch-Afrikanerin kämpft offensichtlich seit früher Jugend mit antiweißem Rassismus, wurde verdummt durch linke Lehrer und verroht durchs Internet. Die Zitate will ich ihr ausdrücklich nicht vorwerfen, denn sie sind teils über fünf Jahre alt - und wer von uns hat mit 15 nicht dummes oder extremistisches Zeug von sich gegeben?

Aber: Wären bei einem Mitglied der AfD solche Sätze aus Teenager-Tagen aufgetaucht, ginge das nicht als Jugendsünde durch - mildernde Umstände gibt es nämlich nur für Linke. Und: Wenn Kids in diesem Alter, zu Recht!, von den Grünen für noch nicht voll zurechnungsfähig gehalten werden und sie Sarah-Lee damit in Schutz nehmen - warum befürworten sie dann die

Absenkung des Wahlalters auf 16? Die Grüne Jugend will sogar Grundschulern das volle Stimmrecht geben. ... Offensichtlich wollen diese Typen (m/w/d) uns alte weiße Männer "mit einem Messer anstupsen und bluten lassen" - und dafür sind Heranwachsende ohne ausbalanciertes Ich und Selbstkontrolle bestens geeignet.

In jedem Fall sind die erwachsenen Linken schlimmer als die pubertären - Letztere können sich nämlich noch ändern. Aber diese Hoffnung besteht nicht mehr bei der 52-jährigen Europaabgeordneten Katarina Barley. Die Sozialdemokratin kam bei Hart aber fair mit Luxus-Ratschlägen fürs Energiesparen um die Ecke: "Die Kilowattstunde, die am billigsten ist, ist die, die man nicht verbraucht." SPD-Chef Norbert Walter-Borjans (69) fand die Sorge von Millionen Deutschen vor der höchsten Inflationsrate (4,1 Prozent) zwar "verständlich", aber: "Aktuell begründet ist sie nicht."

Sein künftiger Kanzler Olaf Scholz hielt sich zu diesem Thema bedeckt - kein Wunder, denn er hat ja zugegeben, daß er die aktuellen Spritpreise nicht kennt, da er nicht selbst tankt. Dem Faß den Boden schlug ARD-Kommentator Detlef Flintz aus, auch er kann mit 63 Jahren nicht mehr die Gnade der späten Geburt in Anspruch nehmen. In den Tagesthemen sagte er: "Er ist da, der Preisschock. Gut so!" Zur Begründung führte er aus: "Denn nur, wenn Öl und Gas spürbar teurer werden, kriegen wir die Erderwärmung in den Griff."

Und weiter: "Mehr Windräder und Solarenergie. So lange können wir nicht warten und sollten froh sein, daß wir gezwungen werden, Konsum und Produktion zu ändern." Er sagte tatsächlich "gezwungen", der kleine Öko-Diktator. ... Den Ansatz, die Energie- und Rohstoffpreise zu drücken, verglich der weichgebettete Dozent der Kölner Journalistenschule mit dem Verlangen eines "Junkies", der seine Droge nicht aufgeben will. ...

Wie weit sind diese Leute von den Sorgen und Nöten des einfachen Mannes entfernt, wie sehr müssen sie das Volk verachten! Im Supermarkt sind die Lebensmittelpreise um 25 Prozent gestiegen, an der Zapfsäule bezahlen wir seit Jahresanfang über 50 Prozent mehr. Wie sollen Rentner und Hartzler über den Winter kommen? Wie können der Pendler oder der Lieferant ihre Fahrtkosten stemmen? Die Bäckerinnung befürchtet, daß die Semmel bald einen Euro kosten wird!

Als das Brot 1789 unbezahlbar wurde, empfahl Marie-Antoinette den Franzosen, sie sollten lieber Kuchen essen. Das Zitat ist vermutlich gefälscht - aber die von Barley, Walter-Borjans und Flintz sind es nicht. Ich wünsche diesen Volksverrätern wirklich nicht das Schicksal der unglücklichen Königin. Aber sehen sie nicht die Schrift an der Wand?<<

Schlußbemerkungen

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien
und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften

bis zum letzten Atemzug verteidigen,
denn wir sind es unseren Vorfahren und
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.05.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 37 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x341/79) = Zensur in der BRD. Die schwarze Liste der verbotenen Autoren, Seite 79.

x341	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Zensur in der BRD</u> . Die schwarze Liste der verbotenen Autoren. COMPACT-Spezial Nr. 9. Werder (Havel) 2016.
x356	Barmettler, André (Hg.): <u>Corona-Hysterie ohne Beweise</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 32. Mai 2020. Oberwil/Schweiz.
x362	Weidel, Alice: <u>WIDERWORTE</u> . Gedanken über Deutschland. 3. Auflage. Kulmbach 2019.

Internet

x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ - Juli 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x995	http://vatikanische-nwo.blogspot.com/search/label/Freimaurer - September 2020
x997	http://vatikanische-nwo.blogspot.com/search/label/Katholische%20Kirche - September 2020
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.003	https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Gesellschaft/Frankfurter_Hefte#Frankfurter_Hefte_(1946%E2%80%931984) - März 2021
x1.007	https://www.stmichael-online.de/vortrag_antichristus.htm - April 2021
x1.014	https://kenfm.de - Juni 2021
x1.023	https://www.hallo-meinung.de/die-entzauberung-der-gruenen/ - September 2021
x1.030	https://www.wissensmanufaktur.net/pressefreiheit-wird-nur-noch-simuliert/ - November 2021
x1.031	https://www.wissensmanufaktur.net/verschwiegenes-verharmlostes- - November 2021